

Seit 2015 wird jährlich in Genf über ein rechtsverbindliches Instrument zur Regulierung transnationaler Unternehmen verhandelt. In einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe wird um einen verbindlichen Vertrag gerungen, der es ermöglicht, Konzerne für die Verletzung von Menschenrechten und Umweltzerstörung auch entlang ihrer Lieferketten zur Verantwortung zu ziehen. Während Unternehmen den Status quo verteidigen und jede strafrechtliche Haftung ablehnen, setzen sich die betroffenen Gemeinschaften und soziale Bewegungen dafür ein, dass Unternehmen für die von ihnen verursachten Schäden geradestehen müssen. Beispielhaft für diesen Einsatz ist die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative, obwohl sie bei der Volksabstimmung Ende November knapp gescheitert ist.

Wie offensiv Konzerne ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertreten, macht auch die beispiellose Kampagne des Ölmultis *Chevron* gegen den Anwalt Steven Donziger deutlich, der maßgeblich zu jenem

EDITORIAL

historischen Urteil beigetragen hat, durch das *Chevron* zu einer Entschädigung in Milliardenhöhe verpflichtet wurde, die das Unternehmen bis heute verweigert.

Der Schwerpunkt des Heftes befasst sich auch mit der Auslegung und Anwendung schon bestehender internationaler Rechtsinstrumente wie der ILO-Konvention 169, etwa in Bezug auf den Bergbau in indigenen Gebieten Brasiliens. Kritisch

werden auch die wahrscheinlichen Folgen eines Abkommens zwischen der EU und dem *Mercosur* beleuchtet, über das noch verhandelt wird.

Berichte über den Sieg der MAS in den bolivianischen Wahlen und den positiven Ausgang des Verfassungsreferendums in Chile zeigen, dass die Zukunft trotz der in den letzten Jahren erfolgten Rechtswende in vielen Ländern des Kontinents weiterhin offen ist. Eine internationale Ordnung, in der die Rechte von Mensch und Umwelt Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen sowie den Profitinteressen von Konzernen haben, ist möglich, auch wenn sie – trotz des mit der Klimakrise verbundenen Zeitdrucks – Schritt für Schritt erkämpft werden muss.

Anregende Lektüre und besinnliche Feiertage wünscht **Hermann Klosius**.

INHALT

THEMA: KONZERNMACHT EINDÄMMEN!

Verantwortung heißt, der Wirtschaft ihren Platz zuweisen . . . 4 Von Alberto Acosta	
Schweizer Initiative knapp gescheitert. 6 Von Hannah Locher	
Menschenrechte brauchen Gesetze 7 Von Bettina Rosenberger	
<i>Chevron</i> gegen Donziger: Vernichtung eines Kritikers von Konzernmacht. 9 Von Hermann Klosius	
„Consulta previa“: Zwischen indigener Selbstbestimmung und technokratischem Projektmanagement. 10 Von René Kuppe	
„Regierungen schützen Aktivisten zu wenig“ Interview mit Mary Lawlor 12 Von Yvette Sierra Praeli	
<i>Peru</i> : Bedrohliches Sauerstoff-Duopol 15 Von Jürgen Kreuzroither	
<i>Brasilien</i> : Bergbau auf indigenem Land in der Bolsonaro-Ära 16 Von Ricardo Verdum	
<i>EU-Mercosur</i> : Mit Vollgas in die Klimakrise 18 Von Iris Frey und Alexandra Strickner	
Die FinCEN Files 20 Von Jürgen Kreuzroither	

AKTUELLES & ANALYSE

Bolivien : Die Demokratie ist zurück 21 Von Robert Lessmann	
Chile : Streit im Bauvolk des künftigen Chile 23 Von Erhard Stackl	
Peru : Parlamentarischer Putsch und Widerstand 25 Von Eny Angenvoort	
Eta in Honduras : Zwischen Zerstörung und Überleben 26 Von María Iglesias	
Guatemala am politischen Tiefpunkt 27 Von Ralf Leonhard	
Nicaragua knebelt NGOs 28 Von Ralf Leonhard	
Mexiko : Ernüchternde Zwischenbilanz des Präsidenten . . 29 Von Leo Gabriel	
USA : Latinx Vote 30 Von Laurin Blecha	
Kuba : Der Retter von Havanna 31 Von Gerhard Drekonja-Kornat	
Nachruf auf Quino 33 Von Laurin Blecha	
Kurznachrichten 34	
Eine grüne Stimme für Wiens Latinos 36	
Buchbesprechungen : 37	



„Wir können nicht darauf warten, dass Leute wie ich erwachsen werden und die Verantwortung für alles übernehmen. Wir müssen jetzt handeln.“

Greta Thunberg, *Aktivistin*

Jänner 2018 in Brasilien: Im Bergwerk *Corrego de Feijão*, einem der weltweit größten Eisenerzbergwerke, bricht ein Staudamm. Das giftige Abwasser zerstört dutzende Häuser, kontaminiert die Umwelt und fordert etwa 270 Menschenleben. Was sich damals in Brasiliens Südosten abspielte, war nicht einfach ein Unfall. Es war die unübersehbare Verletzung von Natur- und Menschenrechten. Denn wer Großprojekte wie dieses bewilligt, ohne das Vorsorgeprinzip zu beachten und notwendige Schutzvorkehrungen zu treffen, nimmt auch solche Risiken in Kauf.

Wie immer in solchen Fällen ist die Liste der Verantwortlichen lang. Die größte Schuld trägt die brasilianische Bergbau-firma *Vale*, die weltweit größte Eisenerzproduzentin und –Exporteurin. Der Konzern, der für dieses Desaster bereits zu Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe verurteilt wurde, ist auch mitschuldig am Dambruch von *Samarco Mineração* vor bereits fünf Jahren. Doch oft übernehmen die Firmen, die ihren Sitz meist im globalen Norden haben, für den angerichteten Schaden keine Verantwortung. Das trifft übrigens auch auf den deutschen TÜV Süd zu, der wenige Monate vor dem Dambruch das Bergwerk *Corrego de Feijão* als sicher zertifiziert hatte. Das Unternehmen mit Sitz in München wurde zwar Anfang dieses Jahres angeklagt, doch ein Gerichtsverfahren fand bisher nicht statt.

Was in Brasilien geschah, ist kein Einzelfall. Es gibt Firmen, die Projekte betreiben, die enorme Umweltzerstörung mit sich bringen und schwerwiegende soziale Folgen haben. Erwähnt sei an dieser Stelle der Fall *Chevron-Texaco*, der in Ecuadors Amazonasregion sowohl die Natur als auch die Gemeinschaften Indigener zerstört hat. Der US-Konzern fiel vor allem durch seine aggressive und systematische Weigerung auf, Verantwortung zu übernehmen. Ebenfalls emblematisch ist der Rohstoffkonzern *Glencore* mit Sitz in der Schweiz. Als Teil eines internationalen Konsortiums betreibt er im Nordosten Kolumbiens die Kohlemine *El Cerrejón*, einen der größten Tagebaue der Welt. Er verursacht sowohl bei Menschen als auch bei Tieren große Schäden und verseucht

VERANTWORTUNG HEISST,

Die durch Covid-19 ausgelöste Krise ist lediglich eine von vielen Pandemien, die durch den Kapitalismus verursacht werden. Der Autor sieht es als historische Verantwortung der BürgerInnen privilegierter Gesellschaften wie der unseren, sich für die Einhaltung höherer Sozial- und Umweltstandards durch die hier ansässigen multinationalen Unternehmen einzusetzen. Denn unser Wohlstand beruht nicht zuletzt auf deren Praktiken gegenüber Mensch und Natur in anderen Weltregionen.

Von Alberto Acosta

den Fluss *Ranchería*, die Wasserquelle der Region. Es ist zwar bekannt, doch es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass *Glencore* auf Grund seiner Bergbau-Aktivitäten sowohl in Lateinamerika als auch in Afrika einen äußerst schlechten Ruf hat.

Die Wirtschaftsbeziehungen neu dimensionieren

An zahlreichen solchen Projekten beteiligt ist auch die Finanzwelt. So überrascht es nicht, dass in der Liste fragwürdiger Vorhaben Banken und multilaterale Finanzinstitute auftauchen, mit Verbindungen zu einer Vielzahl oft transnationaler Konzerne, die aktiv am Kredit-Tanz für gigantische Rohstoff-Projekte teilnehmen und sogar veraltete Technologien verkaufen. Es gibt internationale Firmen, die zu jedem Wahnsinn bereit sind, um ihre Produkte verkaufen zu können. Für die „begünstigten“ Länder wächst dabei vor allem eines: der Schuldenberg.

Ein Beispiel dafür ist der Bau eines Atomkraftwerks auf den Philippinen. Es wurde in den 1970er Jahren errichtet, allerdings in einem Erdbebengebiet und gefährlich nahe an einem Vulkan. Das 2,5 Milliarden Dollar teure AKW, das längst Risse hat und bröckelt, hat bis heute keine einzige Glühbirne gespeist... Nicht vergessen sollten wir außerdem das enorme Geschäft, das mit moderner Sklaverei, Kinderarbeit in Ländern des Südens oder dem massiven Einsatz von verbotenen Pestiziden sowie genetisch modifizierten und für jede Lebensform schädlichen Organismen gemacht wird. Für Umwelt und Gemeinschaften enorm zerstörerisch sind aber auch Bergbau und Erdölförderung, angetrieben durch die Nachfrage der Länder des globalen Nordens, die sich auf Kosten des Elends im Süden bereichern und ihren Wohlstand sichern.

Im Zeitalter des globalisierten Kapitals sollte es selbstverständlich sein, dass die

Händler und Gläubiger, die Konstrukteure, Verwalter und Aktionäre dieser Großkonzerne Verantwortung übernehmen, insbesondere weil viele dieser Aktivitäten oft durch Korruption und diverse Formen der Gewalt geprägt sind. In der Praxis gibt es jedoch kaum Instanzen, wo entsprechende Ansprüche geltend gemacht werden können. Doch nicht nur das: Steueroasen tragen dazu bei, Anonymität und Strafflosigkeit jenes Kapitals zu wahren, das mit der Zerstörung von Mensch und Natur zu tun hat.

Es ist deshalb an der Zeit, den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ihren Platz zuzuweisen, das heißt: diese Beziehungen neu zu dimensionieren, der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse der Gemeinschaften und Gesellschaften – sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene – Vorrang einzuräumen und nur in gewissen Fällen, etwa um die regionale Autonomie zu stärken, den Import spezifischer Produkte zuzulassen, zum Beispiel Lebensmittel oder Medizin aus dem nahen Ausland. So wie es der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) Anfang der 1930er Jahre formuliert hat: „Ich sympathisiere daher mit denjenigen, die die wirtschaftliche Verwicklung der Nationen minimieren, nicht mit denen, die sie maximieren wollen. Ideen, Wissen, Gastfreundschaft, Reisen – das sind die Dinge, die von ihrer Natur her international sein sollten. Aber lasst uns die Güter weiterhin lokal produzieren, solange dies vernünftig und möglich ist, und lassen wir vor allem die Finanzen hauptsächlich national bleiben.“

Die aktuelle Produktions- und Konsumlogik demontieren

Angesichts der Ereignisse der vergangenen Monate und der zunehmenden Pandemien – Covid-19 ist nur eine von vielen, die durch den Kapitalismus verursacht

DER WIRTSCHAFT IHREN PLATZ ZUWEISEN



Die riesige Glencore-Mine in Cerro de Pasco, Peru, führt zu Schwermetallvergiftungen der Bevölkerung. Besonders betroffen sind Kinder.

werden – ist es unerlässlich, die globalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu überdenken. Die Wirtschaft muss sich sowohl den Gegebenheiten des Planeten als auch den Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaften als Teil der Natur unterordnen. Und wenn es darum geht, die Ausbeutung der Natur zur Anhäufung von Kapital hinter uns zu lassen, dann gilt dies umso mehr für die Ausbeutung der Menschen.

Diese Herausforderung erfordert sozio-ökologische Vernunft sowie die Fähigkeit, die gegenwärtige Produktions- und Konsumlogik zu demontieren. Es ist notwendig, sich von den perversen Mechanismen und Zahnrädern des Weltmarktes zu lösen – allen voran von der Spekulation – und gleichzeitig den Umbruch zu fördern: freilich keine einfache Aufgabe. Wenn wir sie aber nicht in Angriff nehmen, werden sich die Pandemien vervielfachen und selbst jene treffen, die glauben, der durch das Kapital verursachten globalen Sintflut entkommen zu können.

Im Bestreben, die Weltwirtschaft zu überdenken, taucht die Forderung nach

einem internationalen System auf, das sowohl Menschen als auch Tieren, Pflanzen und ganzen Ökosystemen Rechte einräumt; einem System, das Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltpflicht für sämtliche Organisationen festlegt – sowohl staatliche als auch private –, die im Bereich Handel, Finanzen oder Technologie international agieren; einem System, das im Rahmen der Vereinten Nationen jene Tribunale einbezieht, die es ermöglichen, jede in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen entstandene Kontroverse auszufechten, und wo Verantwortung eingefordert werden kann.

Doch so dringlich dieses Anliegen auch ist, wird die Initiative dazu nicht von den aktuellen internationalen Machtstrukturen ausgehen. Auch in den einzelnen Ländern ist es schwierig, da sich die international wirtschaftlich tätigen Unternehmen hinter dem Argument verschanzen, ihre Konkurrenzfähigkeit wäre gefährdet, würden sie die an den Rechten von Mensch und Natur orientierten unverzichtbaren Normen akzeptieren.

Deshalb müssen die angemessenen Regeln für Unernehmensverantwortung von jedem einzelnen Land aus angegangen werden. In der Pflicht stehen vor allem jene Staaten, die über eine verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft verfügen, die sich für die Durchsetzung von Natur- und Menschenrechten einsetzt.

Die Schweiz ist ein solches Land. Ihre Wirtschaft ist zwar relativ klein, verfügt aber über ein erhebliches Potenzial, international Einfluss auszuüben. Und bei der Volksabstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative¹ haben die Bewohner:innen die Chance, einen Präzedenzfall zu schaffen und dadurch anderen vergleichbaren Initiativen – etwa dem vorgeschlagenen Lieferkettengesetz in Deutschland – Aufwind zu verleihen. Ein ähnliches Gesetz ist

in Frankreich seit 2017 in Kraft.

Durch die Annahme der Initiative könnte sich die Schweiz als ein Land mit Unternehmen präsentieren, deren Produkte im In- und Ausland verantwortungsbewusst hergestellt worden sind, sowohl in Bezug auf die Menschheit als auch auf Mutter Natur. Wir sind, in allen Ecken der Welt und auf allen Handlungsebenen, dazu aufgerufen, den Lauf der Geschichte zu ändern, damit unsere Enkeln den zahlreichen Epidemien von heute und den künftig drohenden nicht zum Opfer fallen. ■

Der Autor ist Ökonom und war Vorsitzender der ecuadorianischen Verfassung von 2008, die erste weltweit, bei der die Natur als Rechtssubjekt berücksichtigt wird. Der Beitrag wurde auf der Seite mutantia.ch erstveröffentlicht. Übersetzung: Romano Paganini, Bearbeitung: Hermann Klosius

¹ Der Beitrag wurde vor dem 29.11., dem Termin der Volksabstimmung, verfasst. Zwar votierten 50,7 Prozent der Teilnehmer:innen für die Annahme der Initiative, doch wurde sie aufgrund der fehlenden Mehrheit der Schweizer Kantone abgelehnt (siehe folgender Beitrag).

SCHWEIZER INITIATIVE KNAPP GESCHEITERT

Die **Konzernverantwortungsinitiative** forderte eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen für Schäden geradestehen, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Am 29. November hat die Schweizer Stimmbevölkerung über das Anliegen abgestimmt. Obwohl 50,7 Prozent für die Initiative votierten, ist sie am Ständemehr gescheitert.

Von Hannah Locher

Skrupellose Konzerne wie *Glencore* vergiften Trinkwasser, vertreiben Menschen und zerstören ganze Landstriche. Korruptionszahlungen, Menschenrechtsverletzungen und gravierende Umweltzerstörung gehören offenbar bei gewissen globalen Großfirmen zum Geschäftsmodell. Sie nutzen die Situation in Ländern aus, die über keine funktionierende Justiz verfügen.

In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco beispielsweise vergiftet der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore mit einer Mine die Bevölkerung einer ganzen Stadt. Der Konzern kontrolliert hier die Miningesellschaft *Volcan*, die zu den weltweit größten Produzentinnen von Zink, Blei und Silber gehört. Die Mine produziert zu den branchenweit niedrigsten Kosten, belastet damit aber die Umwelt mit Schwermetallen.

Den Preis dafür zahlen die Menschen mit ihrer Gesundheit. Die Mine führt zu einer extremen Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und weitere Schwermetalle. Alles ist vergiftet: die Luft, der Boden, das Wasser. Die Lebenserwartung der Einwohner:innen ist fünf Jahre niedriger als in anderen peruanischen Städten, die Kindersterblichkeit deutlich höher. Gerade für die Kinder haben die Bleivergiftungen dramatische Folgen: Sie führen zu Blutarmut, Behinderungen und Lähmungen.

Glencore macht immer wieder mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. So auch in Kolumbien: Hier betreibt Glencore seit Jahren Teile der Kohlemine *El Cerrejón* in der Region La Guajira im Nordosten des Landes. Es handelt sich um die größte offene Kohlemine der Welt. Mehrere Dörfer mussten der Mine bereits Platz machen, ihre Bewohner:innen wurden zwangsumgesiedelt und verloren ihre Lebensgrundlage. Der Kohleabbau führt

zu hoher Feinstaubbelastung und Industrieabwasser verschmutzt den Fluss Rancheria, der rund 450.000 Menschen mit Wasser versorgt. Seine Vergiftung mit hohen Schwermetallkonzentrationen führt häufig zu Hautkrankheiten wie Ausschläge und Juckreiz, Atemwegserkrankungen, Husten und andauernde Grippe-symptome. Lokale Ärzt:innen beobachten viele Fälle von Brust- und Lungenkrebs. Im ganzen Departement herrscht wegen des Bergbaus große Wasserknappheit. Frühere Tätigkeiten wie Fischfang, Jagd und Landwirtschaft sind nur noch sehr bedingt möglich.

Breite Unterstützung aus Politik und Wirtschaft

Um solche skrupellose Geschäfte zu stoppen, wurde 2015 die Konzernverantwortungsinitiative lanciert. Unterstützt und getragen wurde sie von 130 Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Hilfswerken und Kinderrechtsorganisationen, einem Wirtschaftskomitee mit über 300 Unternehmer:innen, von mehr als 500 bürgerlichen Politiker:innen im „Bürgerlichen Komitee für Konzernverantwortung“ sowie von der katholischen und reformierten Landeskirche und Freikirchen.

Mit der Initiative verlangten die Befürworter:innen, dass Konzerne künftig für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung geradestehen sollen. Vorgesehen war eine zivilrechtliche Haftung bei Schäden, die Konzerne oder ihre Tochtergesellschaften nachweislich verursachen. So hätten Betroffene die Möglichkeit erhalten, in der Schweiz auf Wiedergutmachung zu klagen. Damit hätte sich die Schweiz einem internationalen Trend angeschlossen: In Frankreich wurde 2017 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, in Kanada, Großbritannien oder den Niederlanden können Geschädigte bereits heute vor Gericht Wiedergutmachung verlangen und in der EU wird 2021 eine Verschärfung der heutigen Regeln erwartet.

Zehntausende Freiwillige gegen die Konzernlobby

Die Lobby der Großkonzerne verbreitete in den Monaten vor der Abstimmung in großem Stil Unwahrheiten über die Initiative: Sie versuchte mit aller Kraft – und einem Kampagnenbudget von mindestens acht Millionen Franken – zu verhindern, dass in Zukunft Großkonzerne für Men-

schenrechtsverletzungen und die Zerstörung der Umwelt geradestehen müssen.

An der Basis war die Unterstützung hingegen sehr groß. So haben Freiwillige in der ganzen Schweiz über 450 Lokalkomitees gegründet, die sich in ihrer Gemeinde für das Anliegen einsetzten. Mit Infoveranstaltungen und Standaktionen informierten sie die Bevölkerung über die Hintergründe der Initiative. Über 80.000 orange Balkonfahnen zeigten deutlich, dass unzählige Menschen hinter diesem Anliegen stehen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Initiative fordert nur das, was im Alltag üblich ist: Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür geradestehen.

Die entstandene Bewegung ist einzigartig: Noch nie haben sich in der Schweiz so viele und so unterschiedliche Menschen gemeinsam für ein Ziel eingesetzt. Dieses unglaubliche Engagement, diese riesige Kraft wird auch in Zukunft eine Rolle spielen. Die Zivilgesellschaft hat der Konzernlobby gezeigt, dass die Zeiten, in denen die großen Konzerne mit ihren Verbänden einfach durchmarschieren konnten, vorbei sind.

Knapp Niederlage

Am 29. November hat die Schweizer Stimmbevölkerung über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt. 50,7 % sagten Ja zu mehr Konzernverantwortung. Für die Annahme einer Volksinitiative reicht in der Schweiz die Mehrheit der Stimmen nicht, es wird auch eine Mehrheit der Kantone benötigt. Trotz Stimmenmehrheit scheiterte die Initiative mit 8,5 zu 14,5 am Ständemehr. Auch dieses Resultat ist historisch: Seit 65 Jahren ist keine Volksinitiative mehr vom Volk angenommen worden, aber an den Kantonen gescheitert. Das hat nun auch eine größere Diskussion über dieses System ausgelöst, weil bevölkerungsarme, ländliche Kantone heute massiv mehr Stimmkraft haben als die bevölkerungsstärkeren städtischen Gebiete.

Klar ist aber: Das Rad der Zeit lässt sich nicht zurückdrehen. Die Mehrheit der stimmberechtigten Schweizer:innen hat klar gemacht: Konzerne müssen Menschenrechte und internationale Umweltstandards respektieren – und zwar überall auf der Welt! ■

Die Autorin arbeitet im Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative.

MENSCHENRECHTE BRAUCHEN GESETZE

Für ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte

Im Jänner jährt sich der Dammbbruch von Brumadinho in Brasilien zum zweiten Mal. Die dadurch ausgelöste Schlammlawine riss 270 Menschen in den Tod. Weder der Minenbetreiber Vale noch der deutsche Zertifizierer TÜV Süd übernehmen bis heute Verantwortung für diese Katastrophe. Damit die Straflosigkeit von Unternehmen endlich beendet wird, braucht es ein verbindliches internationales Regelwerk. Darüber wird seit Jahren im UN-Menschenrechtsrat verhandelt.

Von Bettina Rosenberger



„Total vor Gericht!": Aktivist:innen fordern die Verurteilung des französischen Ölkonzerns wegen seiner menschenrechtswidrigen Praktiken in Afrika; ein Gericht in Nanterre erklärte sich im Jänner 2020 für nicht zuständig.

Das verbindliche UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (*UN-Treaty*) würde sicherstellen, dass Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden Verantwortung übernehmen müssen. Seit einem halben Jahrzehnt wird nun im UN-Menschenrechtsrat unter ecuadorianischem Vorsitz über das historische Abkommen verhandelt. Im Kampf für eine Welt, in der Menschen und die Umwelt vor Profitinteressen von Konzernen gestellt werden, wäre es ein wichtiger Meilenstein. Denn seit Jahrzehnten gab es zwar immer wieder ambitionierte Versuche, im Rahmen der UNO die Regulierung von Konzernen voranzutreiben, doch diese scheiterten bislang unter anderem aufgrund des Drucks von Unternehmensverbänden.

Zahnlose UN-Leitprinzipien

Im Jahr 2011 wurden schließlich die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) beschlossen.

Die UNGPs bestehen aus drei Eckpfeilern: Staaten müssen gewährleisten, dass Menschenrechte von Unternehmen eingehalten werden, Unternehmen müssen dies für ihre Aktivitäten ebenso sicherstellen, und Betroffene von Verletzungen müssen entschädigt werden. In diesem Kontext wird explizit von sogenannten menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gesprochen. Hervorzuheben ist diesbezüglich, dass die UNGPs auch Tochterunternehmen und Zulieferbetriebe umfassen.

Doch die Freiwilligkeit, auf der die Leitprinzipien basieren, macht sie zu einem wirkungslosen Instrument. Die Implementierung der UNGPs liegt in der Verantwortung des jeweiligen Staates; setzt ein Staat die UNGPs nicht um, hat er keinerlei negative Konsequenzen zu befürchten. Im Jahr 2014 rief der UN-Menschenrechtsrat dazu auf, Nationale Aktionspläne zu Wirtschaft und Menschenrechten zu erarbeiten und zu implementieren, mit dem Ziel, dass die UNGPs endlich umgesetzt

werden. Doch in Österreich, wie in vielen anderen Staaten, gibt es bis heute keinen solchen Aktionsplan und damit auch keine Umsetzung der UNGPs.

Das Ringen um ein verbindliches Abkommen

Ebenfalls 2014 brachten Südafrika und Ecuador im UN-Menschenrechtsrat die Resolution 26/9 ein. Österreich votierte zwar dagegen, aber die Mehrheit der Staaten sprach sich für die Resolution aus. In Folge erteilte der Menschenrechtsrat der dafür etablierten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe das Mandat, ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten zu erarbeiten. Dies war der Startschuss für den *UN-Treaty*-Prozess. Um ihn zu unterstützen, bildete sich in den letzten Jahren die *Treaty Alliance*, ein Zusammenschluss von über 600 zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen aus über 90 Ländern. Seit 2015 wird nun im Rahmen des UN-Menschenrechtsrates jährlich über ein rechtlich verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten verhandelt.

Von 26. bis 30. Oktober 2020 tagte die sechste Verhandlungsrunde der „UN-Arbeitsgruppe für ein verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und transnationalen Konzernen sowie anderen Unternehmen“. Als Grundlage diente der neue Vertragsentwurf. Coronabedingt wurde die Verhandlungsrunde erstmals in einem hybriden Format abgehalten. Über 30 Staaten sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die *Treaty Alliance Österreich*, waren vor Ort in Genf. Die österreichische Zivilgesellschaft beteiligte sich aktiv mit mehreren Stellungnahmen an den Diskussionen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Österreich nicht nur Mitglied des UN-Menschenrechtsrates ist, sondern derzeit sogar dessen Präsidentin stellt, muss das fehlende Engagement Österreichs im Rahmen der Verhandlungen kritisiert werden. Österreich hätte aufgrund dieser Position eine besondere Verantwortung, sich aktiv und konstruktiv in die Verhandlungen einzubringen.

Doch auch die Delegation der EU beteiligte sich nur passiv an den Verhandlungen, indem lediglich Fragen gestellt

weiter Seite 8 ➔

⇒ von Seite 7: UN-TREATY

wurden. Dieser Umstand hängt mit dem fehlenden Mandat der EU-Kommission zusammen. Erst mit einem diesbezüglichen Mandat könnte sich die EU-Delegation aktiv beteiligen. Darauf bezieht sich auch die Vertretung der österreichischen Delegation, wenn sie betont, lediglich eine Position vertreten zu können, die jener der EU entspricht. Dass es auch anders geht, zeigte die aktive Teilnahme Frankreichs.

Fakt ist: Die Verhandlungen werden seit einem halben Jahrzehnt geführt. Ein Zeitraum, in dem es durchaus möglich sein müsste, eine Position zu entwickeln. Die Diskussion über den Vertragsentwurf zu einem verbindlichen UN-Abkommen war von großer Konstruktivität geprägt und es konnten bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen werden. So ist zu begrüßen, dass der neue Entwurf auch staatseigene Unternehmen betrifft. Doch damit der *UN-Treaty* Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden entlang globaler Lieferketten verhindert und sicherstellt, dass Unternehmen für ihre Aktivitäten Verantwortung übernehmen, sind essentielle Ergänzungen notwendig.

So sollte u.a. festgeschrieben werden, dass dieser Vertrag generell Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen hat. Darüber hinaus braucht es auch noch zentrale Ergänzungen, damit Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen der Zugang zu Rechtsmitteln erleichtert wird. Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie machen deutlich, wie dringend es einer Regulierung von Unternehmen bedarf, damit diese ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nachkommen. Unternehmen weigerten sich beispielsweise, für bereits produzierte Waren zu bezahlen.

Entwicklungen in Europa

Umso erfreulicher ist es, dass die EU zumindest auf einer anderen Ebene endlich aktiv wurde: EU-Justizkommissar Didier Reynders kündigte im Frühjahr 2020 an, er werde Anfang 2021 den Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz vorlegen. Diese Rechtsvorschrift wird eine verbindliche Regulierung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht beinhalten. Auch auf nationaler Ebene gibt es seit einigen Jahren spannende Entwicklungen. In Frankreich trat im März 2017 das „*Loi de Vigilance*“ in Kraft. Das französische Gesetz ist das erste in Europa, das verbindliche men-

schenrechtliche Sorgfaltspflichten beinhaltet und für die gesamte Lieferkette in allen Sektoren gilt. Ebenso gibt es auch in den Niederlanden mittlerweile ein Gesetz, das verbindliche Regeln für Unternehmen enthält. In der Schweiz fand Ende November die Volksabstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative statt, der eine langjährige zivilgesellschaftliche Kampagne vorausgegangen ist. In Deutschland wird in Regierungskreisen ebenfalls bereits über einen Entwurf für ein Lieferkettengesetz diskutiert, von dem erste Eckpunkte im Sommer 2020 veröffentlicht wurden.

Kampagne in Österreich

Es ist Zeit für ein Lieferkettengesetz in Österreich! Daher initiierte die *Treaty Alliance Österreich*, ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus NGOs und Arbeitnehmer:innenvertretungen, die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze! – Damit Lieferketten nicht verletzen!“. Die Kampagne fordert verbindliche Regeln für Unternehmen, damit diese Menschenrechte und Umweltstandards entlang ihrer internationalen Lieferketten achten. Die Forderungen beziehen sich auf drei Ebenen: Die österreichische Regierung muss einen Entwurf für ein nationales Gesetz vorlegen, um Menschenrechte und Umweltstandards zu schützen. Dieses muss die gesamte Lieferkette umfassen und alle Sektoren betreffen. Da es auch verbindliche Regeln auf EU-Ebene braucht, wird die österreichische Regierung dazu aufgefordert, sich konstruktiv in die angekündigte Initiative von EU-Kommissar Reynders einzubringen. Außerdem fordert die Kampagne, dass sich Österreich nach einem halben Jahrzehnt endlich aktiv an den Verhandlungen zum *UN-Treaty* beteiligt und den *UN-Treaty*-Prozess unterstützt!

Ausbeutung zum Frühstück

Wie dringend es verbindliche Regeln braucht, um Menschen zu schützen, zeigt zum Beispiel ein Blick auf die Arbeitsbedingungen, die auf den Kaffeeplantagen in Guatemala herrschen: Kinderarbeit sowie Zwangsarbeit sind hier weit verbreitet. Vielen Arbeiter:innen werden die Ausweispapiere entzogen, zudem haben sie

weder schriftliche Arbeitsverträge noch Lohnzettel. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Verfolgung klagen viele Arbeiter:innen die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen nicht an. Der Internationale Gewerkschaftsbund gab bekannt, dass zwischen 2007 und 2013 mindestens 53 Gewerkschaftsvertreter:innen in Guatemala ermordet wurden. Mindestens sieben weitere Gewerkschafter:innen wurden zwischen 2013 und 2016 getötet. Viele Arbeiter:innen haben daher Angst, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Laut den Zahlen der ILO sind nur 2,5% aller guatemalteken Arbeitnehmer:innen Gewerkschaftsmitglied. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahlen im Landwirtschaftsbereich noch niedriger sind. Guatemala gehört zu den zehn größten globalen Kaffee-Exporteuren, auch nach Europa.



Umstrittene Nickelmine in Guatemala

Egal, ob Kaffee, Tee, Schokolade oder Obst, der Griff ins Supermarktregal bedeutet oftmals noch immer den Kauf eines Produkts, in dem Arbeitsausbeutung steckt. Das Gleiche gilt auch für die Einkäufe in Kleidungs- und Elektronikgeschäften. Tag für Tag werden Menschenrechte sowie Umweltstandards entlang von globalen Lieferketten systematisch missachtet, um noch größere Profite zu erzielen. Allein im Jahr 2019 wurden 212 Umweltschützer:innen ermordet, über zwei Drittel davon in Lateinamerika. Das bedeutet, dass pro Woche etwa vier Menschen ermordet wurden, weil sie sich für die Umwelt einsetzten. Damit muss Schluss sein, es ist Zeit zum Handeln: Menschenrechte brauchen Gesetze! ■

Bettina Rosenberger ist Geschäftsführerin des NeSoVe (Netzwerk Soziale Verantwortung) und hat die *Treaty Alliance Öst.* bei den diesjährigen Verhandlungen zum *UN-Treaty* in Genf vertreten.

CHEVRON GEGEN DONZIGER: VERNICHTUNG EINES KRITIKERS VON KONZERNMACHT

Der US-Konzern Chevron versucht, den Anwalt Steven Donziger zum Schweigen zu bringen. Donziger war maßgeblich an jenem historischen Gerichtsurteil beteiligt, das vom Ölgiganten wegen der Zerstörung einer Urwaldregion in Ecuador – dem „Chernobyl des Amazonas“ – 9,5 Mrd. US-Dollar Schadenersatz forderte.

Von Hermann Klosius

Fast drei Jahrzehnte lang hat Donziger indigene und bäuerliche Gemeinschaften Ecuadors im Kampf gegen Chevrons Weigerung, Verantwortung für die in Ecuador angerichteten Schäden zu übernehmen, vertreten¹. Wegen dieses Engagements steht er seit Mitte 2019 in Manhattan unter Hausarrest. Am 19. Jänner erwartet ihn ein Prozess, in dem er wegen Missachtung des Gerichts zu sechs Monaten Haft verurteilt werden könnte. Seit dem Milliardenurteil gegen Chevron vom Jahr 2011 geht der Konzern gerichtlich gegen Donziger vor und versucht, ihn ökonomisch, beruflich und persönlich zu zerstören. Seine langfristige Strategie, so ein internes Memo aus dem Jahr 2009, sei Donziger zu dämonisieren.



Texacos verseuchtes Vermächtnis in Ecuadors Urwald

Donziger stand an der Spitze des Teams von Anwälten, das im Namen der 30.000 armen bäuerlichen und indigenen Kläger:innen jenes Urteil erstritt, das Chevron zu 9,5 Mrd. Dollar für die Säuberung von etwa 4000 km² kontaminiertem ecuadorianischem Regenwald verurteilte. Drei Berufungsgerichte sowie die

Höchstgerichte Ecuadors und Kanadas bestätigten das Urteil. Doch Chevron weigerte sich zu zahlen und ging zum Gegenangriff über, womit der Konzern 60 Anwaltsbüros und etwa 2000 Anwält:innen beauftragte (mit dem geschätzten Einsatz von bisher etwa zwei Mrd. USD). Unter einem Gesetz, das ursprünglich für den Kampf gegen die Mafia geschaffen wurde, klagten sie Donziger und seine ecuadorianischen Verbündeten in New York an.

Kurz vor der Verhandlung ließ der Konzern seine Forderung nach finanzieller Entschädigung fallen, wodurch die Entscheidung nicht bei Geschworenen, sondern allein in den Händen von Richter Lewis A. Kaplan lag, einem früheren Anwalt der Tabakindustrie. Kaplan schenkte Chevrons einzigem Zeugen, dem früheren ecuadorianischen Richter Alberto Guerra, Glauben, der angab, u.a. von Donziger bestochen worden zu sein, das Urteil als Ghostwriter zu verfassen. Wie später bekannt wurde, hatte Chevron Millionen für seinen Umzug in die USA bezahlt und seine Zeugenaussage 53 Mal geprobt.

Privatisierung der Justiz

Nach Kaplans ungerechtem Urteil gegen Donziger verlangte Chevron von diesem die Aushändigung seines Mobiltelefons und Computers. Bevor noch eine Entscheidung über Donzigers Einspruch dagegen gefallen war, verhängte Kaplan eine Millionenstrafe über ihn und verlangte von der Staatsanwaltschaft, ihn wegen Missachtung des Gerichts anzuklagen. Auf deren Weigerung reagierte Kaplan, indem er im August 2019 die private Anwaltskanzlei *Seward & Kissel LLP*, die Chevron erst 2018 in einem Verfahren vertreten hatte, mit der Strafverfolgung Donzigers beauftragte. Der legendäre Menschenrechtsanwalt Martin Garbus dazu: „Das ist der erste mir bekannte Fall, in dem ein Richter einem privaten Unternehmen die Zuständigkeit der US-Regierung zur Strafverfolgung überträgt, um einen Kritiker zum Schweigen zu bringen.“

Joshua Galperin, Professor für Umweltrecht an der Universität Pittsburgh, kommentierte: „Ethische Regeln in Gerichtsverfahren sind komplex, doch ein allgemeines Prinzip ist es, nicht nur eine tatsächliche Ungerechtigkeit, sondern auch deren Anschein zu vermeiden, da das zum Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in das Justizsystem führen kann.“ Die Ernennung von *Seward* gebe „in dieser Hinsicht zu ernster Besorgnis Anlass“. Seit einigen Jahren versuchen Ölkonzerne, potentielle Kläger:innen durch eigene Klagen abzuschrecken oder finanziell in die Knie zu zwingen. Der Fall Chevron stellt eine Verschärfung dar, indem er künftige Fälle ermöglichen könnte, in denen Richter:innen private Rechtsfirmen dazu ermächtigen, Kritiker:innen eines Unternehmens ins Gefängnis zu bringen, ohne ihre Geschäftsbeziehungen zu diesem Unternehmen offenzulegen.

Als Richterin im Fall Missachtung des Gerichts wählte Kaplan Loretta Preska, ein führendes Mitglied der rechtsextremen *Federalist Society*, zu deren wichtigen Geldgebern Chevron gehört. Sie verhängte Hausarrest über Steven Donziger und lehnte seine Freilassung auf Kautions ab – wegen angeblicher Fluchtgefahr. Im vergangenen Mai erlaubte sie *Seward & Kissel* die Fortsetzung von Donzigers Strafverfolgung. Im August entzog ihm ein Gericht des Staates New York die Anwaltslizenz, obwohl sich ein von der Anwaltsvereinigung des Staates ernannter Schiedsrichter dagegen ausgesprochen hatte.

Weltweite Solidarität

Donziger beantragte die Intervention eines höheren Gerichts und verlangte die Einstellung des Verfahrens, wofür sich auch Menschenrechtsgruppen, Akademiker:innen und Jurist:innen aussprachen. Weltweit wächst die Solidarität mit Steven Donziger. Zweimal sprachen sich Nobelpreisträger:innen (29 im April und 55 im November) für seine Freilassung aus dem Hausarrest aus und forderten, die Anklage gegen ihn fallen zu lassen, sowie das Ende seiner unfairen juristischen Behandlung; in einem anderen Brief bezeichneten 475 Anwält:innen und Menschenrechtsaktivist:innen diese Auseinandersetzung als „einen der wichtigsten Fälle unserer Zeit

⇒ von Seite 9: CHEVRON GEGEN DONZINGER

in Sachen Unternehmensverantwortung und Menschenrechte“. Sieben prominente US-Anwälte bildeten ein Beobachtungskomitee um sicherzustellen, dass künftige Verfahren gegen Donziger gesetzeskonform und unter Einhaltung ethischer Grundsätze geführt werden.

Trotz allem konnte Chevron bisher wichtige Medien erfolgreich von der Berichterstattung über diesen Fall abhalten. Die 30.000 Menschen im Osten Ecuadors, die inmitten eines von Öl verseuchten Landes und verschmutzter Flüsse leben, warten indessen weiterhin auf Entschädigung. Fünf wissenschaftliche Studien haben ein in dieser Region erhöhtes Risiko für Krebs und andere Krankheiten ergeben (im Unterschied zu einer von Chevron beauftragten Studie). Etwa zehn persönliche Bekannte Donzigers sind hier an Krebs gestorben. Unter ihnen Rosa Montero, eine enge Freundin, und im Juli Oscar Herrera, einer der führenden Köpfe der Koalition zur Verteidigung des Amazonas.

Für Donziger ist Michael Wirth, der CEO von Chevron, für die andauernden Todesfälle verantwortlich, da das Unternehmen sich weigert, das Urteil der ecuadorianischen Gerichte anzuerkennen und mit der Säuberung der vergifteten Region zu beginnen. „Dadurch ist letztlich er für hunderte, wenn nicht tausende Todesfälle in Ecuador verantwortlich, die auf die toxischen Rückstände in Wasser, Böden und Luft zurückgehen. Wäre das Urteil respektiert worden, wären sie vermeidbar gewesen. In jeder zivilisierten Gesellschaft, in der das Gesetz geachtet wird, würden Herr Wirth und die anderen Chevron-Verantwortlichen für diese ökologische und humanitäre Katastrophe juristisch zur Verantwortung gezogen werden.“■

¹ Die Schäden wurden zwischen 1964 und 1992 von der Firma Texaco verursacht, die im Jahr 2001 von Chevron aufgekauft wurde.

Quellen und weitere Information:

<https://www.salon.com/2020/08/27/the-case-of-steven-donziger-and-chevron-how-those-who-fight-corporate-tyranny-are-crushed/>
<https://prospect.org/power/chevron-big-oil-power-prosecute-its-biggest-critic/>

<https://www.thenation.com/article/activism/a-new-justice-movement-emerges-to-defend-steven-donziger/>

<https://www.makechevroncleanup.com/>

„CONSULTA

Zwischen indigener Selbstbestimmung

Das Recht auf Konsultation ist zum neuen Eckstein für die öffentlichen Konfliktdebatten um Ressourcenabbau in Lateinamerika geworden. Die Interpretation dieses Rechts durch die von Mega-projekten betroffenen indigenen Völker unterscheidet sich dabei grundlegend von jener der Konzerne und Regierungen.

Von René Kuppe

Überlagert und begleitet wird der Begriff der Konsultation auch von einem in den Raum gestellten Recht auf vorweg zu erteilende Zustimmung – englisch *Prior Informed Consent* (PIC). Die Debatten um Konsultation und PIC haben sich nicht nur indigene Basisbewegungen und Umweltschützer:innen angeeignet, sie wurden auch von Energiegewinnungs- und Bergbaukonzernen aufgegriffen und von diesen mit der Beschwichtigungspolitik der sozialen Unternehmensverantwortung (CSR) verbunden. Ebenso spielt der Rückgriff auf Konsultationsmechanismen eine wichtige Rolle im Vorgehen der staatlichen Bürokratie, um Ressourcengewinnungsprojekte möglichst reibungsfrei in die Wege leiten zu können. Woher stammt diese Relevanz des Konsultationsrechtes und wie konnte das Thema in Lateinamerika derart breite Resonanz gewinnen?

Im Jahr 1988 wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein rechtsverbindliches Abkommen zum Schutz „Indigener und tribaler Völker“ angenommen. Diese Konvention Nr. 169 ersetzt ein älteres Übereinkommen (ILO Konvention 107), das die Integration dieser Gruppen im Auge hatte. Gemäß der Konvention 169 soll es nun Ziel staatlicher Politik sein, die Identität dieser Völker anzuerkennen und zu schützen; staatliche Maßnahmen, die diese Völker betreffen, sollen nur unter deren Beteiligung und Mitwirkung ergriffen werden. Eine besonders relevante Bestimmung findet sich in Artikel 6: Danach sollen die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren konsultiert werden, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen

werden. Weiters heißt es: „Die in Anwendung dieses Übereinkommens vorgenommenen Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen.“

Diese Bestimmung wirkt im ersten Moment umwälzend: Indigenen Völkern wird ein Mitwirkungsrecht bei vorgesehenen staatlichen Maßnahmen eingeräumt, welche sie betreffen können.

Zankapfel Bodenschätze

Bei Erarbeitung der Konvention spielte die Frage der Land- und Territorialrechte eine besondere Rolle. Obwohl grundsätzlich Eigentum der indigenen Völker über traditionell besessene Ländereien anerkannt wird, ist die Frage des Eigentums an den Bodenschätzen durch die Konvention offen gelassen worden. Als Ausgleich für die Zurückhaltung der Konvention bei Zuordnung des Eigentums an Bodenschätzen heißt es im Artikel 15 der Konvention: „In Fällen, in denen der Staat das Eigentum an den mineralischen oder unterirdischen Ressourcen [...] behält, haben die Regierungen Verfahren festzulegen [...], mit deren Hilfe sie die betreffenden Völker zu konsultieren haben, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß ihre Interessen beeinträchtigt werden würden, bevor sie Programme zur Erkundung oder Ausbeutung solcher Ressourcen ihres Landes durchführen oder genehmigen. Die betreffenden Völker müssen wo immer möglich an dem Nutzen aus solchen Tätigkeiten teilhaben und müssen einen angemessenen Ersatz für alle Schäden erhalten, die sie infolge solcher Tätigkeiten erleiden.“

Vereinfacht gesagt, durch Konsultationen sollen Schäden der indigenen Völker im Planungsstadium von Bergbauprojekten verhindert oder zumindest reduziert werden; indigene Völker sollen, anstatt Eigentümer der natürlichen Reichtümer zu sein, Vorteile aus der Nutzung derselben gewinnen und Schäden ersetzt bekommen.

Die Konvention fiel, begleitet von trüpfelnden Ratifizierungen durch einzelne lateinamerikanische Staaten, in den Jahren nach ihrem Inkrafttreten in einen Dornröschenschlaf, der allerdings durch zwei Er-

PREVIA“

und technokratischem Projektmanagement



Versammlung einer von Großprojekten betroffenen indigenen Gemeinde in Alta Verapaz, Guatemala

eignisse gestört wurde: Im September 2008 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Deklaration über die Rechte der indigenen Völker an. Auch in diesem Instrument ist das Konsultationsrecht bei Bergbauvorhaben auf indigenem Land und generell bei staatlichen Maßnahmen, die indigene Völker betreffen, vorgesehen. Die einzelnen darin enthaltenen Rechte werden jedoch so verstanden, dass sie Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes indigener Völker sind.

Zuspitzung von Ressourcenkonflikten

Im Jahr darauf kam es zu blutigen Zusammenstößen, als peruanische Sicherheitskräfte Straßenblockaden nahe der Stadt Bagua auflösten, die sich gegen die nach Ansicht der indigenen Organisationen nicht konsultierte Annahme von Gesetzen zur Umsetzung eines internationalen Freihandelsabkommens richteten. Die Auseinandersetzung forderte mindestens 33 Tote und 150 Verletzte, motivierte den damaligen Präsidenten Alan García zu wüsten Verbalausfällen gegen die Amazonasvölker, führte aber schließlich auch dazu, dass Peru 2011 unter der Nachfolgeregierung Ollanta Humala das erste lateinamerikanische Land wurde, in dem ein Gesetz zur nationalen Regelung der Konsultation in Kraft trat. Es sah für die Durchführung eines Konsultationsverfahrens ein relativ stringent geregeltes Regime vor, dessen Kontrolle in die Hand der staatlichen Bürokratie gelegt wurde.

In der Folge spitzten sich in ganz Lateinamerika Ressourcenkonflikte vor dem Hintergrund einer neuen Phase des Extraktivismus zu: Bemerkenswert ist, dass die Konfliktlinien in vielen Ländern der Region ähnlich verliefen, unabhängig davon, ob es sich um Staaten mit wirtschaftsliberaler Ausrichtung wie Kolumbien oder Peru, um sozialdemokratisch regierte wie (damals) Brasilien und Chile oder „staatssozialistische“ Länder handelte.

Im Zuge der ansteigenden Mobilisierung der indigenen Völker und des Erstarkens von Volksbewegungen nach der Jahrtausendwende wurde die Berufung auf das Konsultationsrecht eine der wichtigsten Waffen im Kampf gegen die massiv negativen Auswirkungen von Bergbau und sonstigem kommerziellem Ressourcenabbau – und schließlich immer mehr auch Basis für den grundsätzlichen Widerstand gegen das Modell des Extraktivismus.

Die rechtlichen Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen eigneten sich aber auch dazu, dass die verschiedenen Akteure inhaltlich sehr unterschiedliche Auffassungen zu Umfang und Umsetzung des Konsultationsrechtes einbrachten. Dazu beigetragen hat auch die immer stärkere Verrechtlichung des Außendiskurses der sozialen und indigenen Bewegungen: Die Debatten orientieren sich nicht zuletzt auch an der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte in mehreren lateinamerikanischen Staaten und des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes in San José de Costa Rica, woraus teilweise unterschied-

liche Argumente für Anforderungen an Konsultationsprozesse gewonnen werden können.

Kontroverielle Rechtsauslegung

Die Widersprüche betreffen praktisch alle Aspekte dieses Rechtes:

Was muss konsultiert werden? Vor allem ist umstritten, welcher Grad an Betroffenheit eines indigenen Volkes gegeben sein muss, um eine Konsultationspflicht auszulösen. Was geschieht mit einem Bergbauvorhaben, das zwar nicht im direkt von einem indigenen Volk besiedelten Gebiet realisiert werden soll, das aber Auswirkungen auf die ökologischen Gegebenheiten in der Umgebung, auf die Wasserqualität des durchfließenden Flusses hat?

Wann muss konsultiert werden? Zweifellos sind Entscheidungen und Projekte im Voraus zu konsultieren. Ein bereits in die Wege geleitetes Projekt wird kaum umgeplant oder gestoppt werden können. Was geschieht jedoch, wenn erst im Zuge des Projektverlaufs unvorhersehbare Probleme auftauchen? Wie sollen Bergbauprojekte vorweg konsultiert werden, wenn wegen internationaler Ausschreibung die Firma, die den Zuschlag bekommen soll, nicht feststeht? Während Staaten die Konsultation als einmaligen Vorgang sehen, der das Projekt mit dem „grünen Licht“ der sogenannten Soziallizenz absegnet, sehen indigene Völker Konsultationen als partizipativen Prozess, der die wesentlichen Schritte des gesamten Projekts begleiten soll.

Wer muss konsultiert werden? Das peruanische Konsultationsgesetz etwa beschränkt die Konsultation auf Bevölkerungen, die „direkte Nachkommen“ der präkolumbischen Bewohner des Landes sind. Die staatliche Verwaltung kontrolliert die Umschreibung jener Gruppen, die Nutznießer des Konsultationsrechtes sein sollen und hat jahrelang die als Campesinos bezeichneten Bewohner der Andengebiete und der Küste vom Recht, konsultiert zu werden, ausgeschlossen, da diese als Mestizen eingestuft werden. Nach dieser Logik fiel die Hauptbergbauregion Perus aus dem Anwendungsbereich der Konsultation heraus. Im Gegensatz dazu haben in ganz Lateinamerika sehr unterschiedliche lokale Bevölkerungen „ihr“ Konsultationsrecht eingefordert, um Einwände gegen vorgesehene Großprojekte erheben zu können – und waren oftmals dabei erfolgreich: So wurde in Kolumbien das Konsultati-

⇒ von Seite 11: CONSULTA PREVIA

onsrecht gesetzlich auf afrokolumbianische Gemeinschaften, Roma und andere ethnische Minderheiten ausgeweitet.

Wie muss konsultiert werden? „Gutgläubigkeit“ – ein uraltes juristisches Konzept – ist bei Durchführung der Konsultationen vorausgesetzt: Die abschätzbaren Details und Risiken eines Vorhabens sollen nicht vorenthalten, sondern deutlich dargelegt werden; diese Darlegung soll in kulturell sensibel vermittelter Weise erfolgen; die Auswirkungen sollen auch aus kultureller Perspektive der konsultierten Gruppe und nach deren sozialen Normen und Dynamiken bewertet werden. Demgegenüber betreiben die Staaten aus vorgeblich naturwissenschaftlicher Objektivität oftmals eine formalisierte und technokratische Form der Darlegung von Risiken. Konsultationen werden zusätzlich, schon aus Kostengründen, in vorgegebene enge zeitliche Ablaufschemata gepresst.

Gutgläubige Konsultation bedeutet auch, dass diese Verfahren ohne Druck erfolgen müssen: Verbotener Druck ist nicht nur direkte Gewaltandrohung, sondern auch die Ausnützung wirtschaftlicher Not-situationen, in welchen eine angestrebte Zustimmung zu technischen Projekten auf Grund der in Aussicht gestellten materiellen Vorteile und somit durch wirtschaftlichen Druck erreicht wird.

Wer muss konsultieren? Rechtlich ist der Staat für die Konsultation verantwortlich. In der Praxis kommt Firmen bei der Beeinflussung von Konsultationsverfahren eine große, kaum transparente Rolle zu; der Staat verlässt die ihm theoretisch zugedachte Rolle als objektiver Akteur, der nicht einseitig auf die Erzielung eines für die Firma vorteilhaften Ergebnisses hinarbeiten darf. Indigene Organisationen verweisen darauf, dass die Rolle, die privaten Firmen beim Konsultationsverfahren zukommt, der neoliberalen Logik der Privatisierung von Staatsfunktionen entspricht.

Beratung oder Selbstbestimmung?

Die umstrittenste Frage schließlich: *Was ist das Ergebnis des Konsultationsprozesses?* Wie es in den internationalen Rechtsinstrumenten formuliert ist, sollen Konsultationen mit dem Ziel durchgeführt werden, Einverständnis oder Zustimmung für das vorgesehene Vorhaben zu erreichen. Staaten folgern daraus, dass indigenen Völkern kein Recht zustehe, ihre Zu-

stimmung gegebenenfalls auch zu verweigern. Auch sie müssten auf „Zustimmung“ hinarbeiten. Indigene Aktivist:innen fragen dagegen, welchen Sinn Konsultationen letztlich haben, die nicht auch auf eine wirksame und eventuell sogar unbegründete Ablehnung eines Projektes hinauslaufen können. Sie berufen sich dabei auch auf ihr Selbstbestimmungsrecht, das das Recht, über Ressourcen in ihrem Lebensraum zu entscheiden, beinhaltet.

Eine differenzierte Sicht hat die Rechtsprechung des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes entwickelt: Staaten seien einerseits nicht in jedem Fall an eine Ablehnung eines Projektes durch eine indigene Gruppe gebunden, dürften aber andererseits ein Projekt nicht realisieren, sofern erwiesen ist, dass von diesem gravierende und weitreichende Gefährdungen für die Gruppe auszugehen drohen. Je tiefer ein Vorhaben ins Leben einer indigenen Gruppe eingreife, desto intensiver sei zu konsultieren, um eine Ausgestaltung anzustreben, die auch den Vorstellungen der indigenen Gruppe entspreche und letztlich deren Konsens finde.

Eine besonders doppelbödige Strategie haben die Bergbau- und Energiegewinnungskonzerne im Zuge ihrer CSR-Politik entwickelt: Sie betonen, sich „freiwillig“ ans Prinzip des PIC gebunden zu sehen und in ihrer Firmenpolitik die soziale Wohlfahrt der von Großprojekten betroffenen „lokalen“ Bevölkerungen in den Mittelpunkt zu stellen. Aus den Selbstdarstellungen internationaler, oftmals kanadischer oder schweizerischer Konzerne, die sich im Bergbau in Lateinamerika engagieren, gewinnt man den Eindruck, dass sie gewillt sind, ohne Erlangung der so genannten Soziallizenz kein Projekt in die Wege zu leiten.

Diese Selbstdarstellung verschweigt, dass es nach wie vor die Staaten sind, die Bergbaukonzessionen und Lizenzen vergeben: Während also die sozialpsychologisch geschulten Kontaktpersonen der Konzerne vor Ort mit verhandlungswilligen indigenen Einzelpersonen über einen „Konsens“ debattieren, haben ihre Juristen in staatlichen Bergbaubehörden bereits Anträge gestellt, um an Ausschreibungen mitzuwirken oder Konzessionen erteilt zu bekommen. Die formell vorgesehene Konsultation erfolgt danach im Schnellverfahren. Der Konflikt ist für die indigene Gemeinschaft damit freilich nicht gelöst. ■

Der Autor ist Jurist und Anthropologe in Wien, der sich seit Jahrzehnten mit den Rechten indigener Völker beschäftigt.

„REGIERUNGEN

Anfang Mai dieses Jahres, inmitten der Pandemie, hat Mary Lawlor ihr Amt als UN-Sonderberichterstatterin über die Lage der Menschenrechtsverteidiger:innen angetreten, was sie bisher daran gehindert hat, jene entlegenen Orte aufzusuchen, an denen das Risiko für diese Personen am höchsten ist. Im Interview spricht sie unter anderem über die Rolle der Regierungen und Unternehmen bei Drohungen und Angriffen gegen jene, die in Lateinamerika ihre Rechte und die Umwelt verteidigen.

Lateinamerika gilt als die gefährlichste Region für die Verteidiger von Menschenrechten und Umwelt. Warum ist das so?

Die Lage in Lateinamerika ist sehr ernst. In vielen Fällen werden Menschen, die ihr Land, die Rechte der indigenen Völker und die Umwelt verteidigen, wegen dieser Menschenrechtsarbeit verfolgt. Ihr Risiko, ermordet zu werden, ist am höchsten, wobei natürlich auch Frauen und Indigene betroffen sind. Bei den laut der Organisation *Front Line Defenders*¹ im Vorjahr dokumentierten 304 Fällen ging es zu 40 Prozent um Verteidiger indigener Rechte oder der Umwelt. Die meisten Morde gab es in Kolumbien. Oft stehen sie in Zusammenhang mit Projekten großer Unternehmen, mit Bergbau und auch Projekten, die mit Entwaldung und illegalen Aktivitäten zu tun haben.

Es gibt Aktivist:innen und Gemeinschaften, die sich gegen die Auswirkungen dieser Geschäfte zur Wehr setzen und ihr Recht auf vorherige freie und informierte Konsultierung einfordern, doch viele von ihnen werden dabei ermordet. Das ist eine Tragödie nicht nur für ihre Familie und Freunde, sondern auch für die Gemeinschaft. Ihre Lebensform und Subsistenz ist untrennbar von der Gemeinschaft, denn sie leben davon, was auf ihrem Land wächst, und wenn ihre Wälder gerodet oder ihre Flüsse kontaminiert werden, können sie nirgendwohin ausweichen.

Geht es bei den Morden um den Zugang zu den Bodenschätzen?

SCHÜTZEN AKTIVISTEN ZU WENIG“

Interview mit
Mary Lawlor



dafür erbrachte, dass DESA den Mord beauftragt hatte. Die vom Unternehmen gedungenen Mörder wurden verurteilt. Es ist also ein klares Beispiel für die Bedrohung und Ermordung von Umweltschützern durch Unternehmen. Ihre Lizenzen erhalten diese Unternehmen in der Regel von den Regierungen, die eigentlich die Rechte der Menschen schützen sollten, die auch die Unternehmen respektieren sollten.

In welchem Land finden Sie die Lage besonders schlimm?

Meine Aufgabe als Berichterstatterin für Menschenrechte ist es, auf die Lage ihrer Verteidiger aufmerksam zu machen und ihnen den bestmöglichen Schutz zu

Die Frauen sind doppelt bedroht, sowohl als Frauen als auch wegen ihrer Arbeit als Verteidigerinnen der Menschenrechte. Die Bedrohung kann von ihrer eigenen Familie ausgehen, von Regierungen oder Unternehmen. Wenn es sich, wie bei Berta Cáceres, um indigene Frauen handelt, sind sie – überall auf der Welt – doppelt diskriminiert. Denn sie werden nicht als den Männern gleichgestellt gesehen. Doppeltes Risiko besteht auch für Transpersonen, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Das Muster ist für mich klar. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Interessen und der Bedrohung der Umwelt. Was mit den Umweltschützern geschieht, lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die Lebensweise der Gemeinschaften trennen; dazu kommt Korruption, die ihre Gefährdung erhöht. Bei einer Mission in Guatemala lernte ich dortige Umweltschützer:innen kennen, darunter eine Gruppe von Frauen, die sechs Monate lang Tag für Tag protestiert hatten. Angesichts von Protesten in mehreren Teilen des Landes schien die Regierung überfordert. Kürzlich hatte ich mit an einer Kohlemine in Kolumbien beteiligten Unternehmen gesprochen; sie respektieren aus meiner Sicht Verteidiger von Menschenrechten nicht.



Der ermordete peruanische Menschenrechtsaktivist Arbildo Meléndez

Sie haben gesagt, dass die Unternehmen manchmal mitverantwortlich dafür sind, was mit den Umweltschützern geschieht. Welche Rolle spielen sie bei deren Bedrohung und Ermordung?

Der am besten dokumentierte Fall ist wohl jener von Berta Cáceres in Honduras. In ihre Ermordung war das Unternehmen DESA, waren DESA-Mitarbeiter verwickelt. Berta verteidigte ihr Volk, die *Lenca*, gegen die Errichtung eines Wasserkraftwerks, das ihre Wasserversorgung bedrohte. Die Regierung sah sich zu einer Untersuchung gezwungen, die Beweise

bieten. Im Zentrum meiner Arbeit stehen die Personen, nicht die Länder. Es gibt aber in ganz Lateinamerika Beispiele für die Verletzung von Menschenrechten, und nicht immer geht es dabei um Umwelt, Territorien und indigene Völker. In patriarchalen oder religiösen Gesellschaften werden etwa die reproduktiven Rechte der Frauen eklatant verletzt und auch jene von LGBTI-Personen. Es gibt schreckliche Angriffe und Morde. Es gibt kein Land ohne Menschenrechtsverletzungen.

Ist die Bedrohung für Frauen höher?

Die Verantwortung der Regierungen

Sie haben seit Ihrem Amtsantritt in Briefen an über 30 Länder, neun davon in Lateinamerika, Erklärungen gefordert. Was war das Ergebnis davon?

Einige haben reagiert, andere nicht. Manche schicken als Antworten einen Schimmeltex, der nicht auf die Fragen eingeht. Peru haben wir zum Beispiel zum Fall des im April 2020 ermordeten indigenen Anführers Arbildo Meléndez befragt,

weiter Seite 14 ➔

⇒ von Seite 13: INTERVIEW MIT
MARY LAWLOR

der im Namen seiner Gemeinschaft einen Landtitel forderte und sich gegen Entwaldung und Drogenhandel einsetzte. In ihrer Antwort erklärte die peruanische Regierung, sie habe die zuständigen Behörden der Provinz beauftragt, die Verantwortlichen auszuforschen. In manchen Fällen gibt es also Bemühungen der Regierung, und in diesem Fall war die Reaktion der peruanischen Regierung angemessen.

In Peru gibt es eine im April 2019 beschlossene Vorgangsweise zum Schutz von Verteidigern der Menschenrechte, der im Fall einer Bedrohung aktiviert werden kann. Gegenüber früher, als es weder diesbezügliche Gesetze noch eine definierte Politik gab, ist das ein Fortschritt. Aber Peru sollte auch das Abkommen von Escazú ratifizieren, das Umweltschützer:innen den Zugang zu Informationen der Behörden ebenso ermöglicht wie die Teilnahme am Entscheidungsprozess und Zugang zur Justiz. Peru war schließlich in den Verhandlungen eingebunden, und das Abkommen muss noch von zwei Ländern ratifiziert werden, um in Kraft zu treten.²

Viele indigene Führungspersonen wurden ermordet, weil sie ihr Land verteidigt haben.

Das ist eine schmerzliche Tatsache. Viele bemühen sich Jahre hindurch vergeblich, einen Rechtstitel für das Land zu erhalten. Wenn aber einzelne Personen oder Gruppen in dieses Territorium eindringen, erhalten sie problemlos Eigentumstitel und verkaufen diese dann an große Unternehmen. Es gibt diesbezüglich also eine Ungleichbehandlung von indigenen Völkern und Leuten, die mit Land spekulieren. In Brasilien habe ich vor einigen Jahren erfahren, wie es manche schaffen, zuerst in nicht genutzte Territorien einzudringen und danach falsche Eigentumstitel zu erhalten.

Zur Ermordung von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist:innen kommt es oft im Zusammenhang mit illegalen Aktivitäten. Ist das vor allem in entlegenen Gebieten der Fall?

Eine meiner Prioritäten wird der Versuch sein, die Menschenrechtsverteidiger in ländlichen Zonen, die keinen Zugang zu

den Vereinten Nationen haben, mit der internationalen Gemeinschaft oder mit NGOs, die sie beschützen können, in Kontakt zu bringen. Sobald es die Pandemie zulässt, plane ich Treffen in ländlichen Regionen, da von denen, die sonst meist in Städten stattfinden, viele lokale Aktivist:innen ausgeschlossen sind. Infolge ihrer Isolierung ist das Risiko für sie höher und sie werden leichter zur Zielscheibe.

Halten Sie die Schutzmaßnahmen seitens der Regierungen für ausreichend?

Eindeutig nein. Ich kann sagen, dass die Regierungen in allen Regionen der Welt zu wenig tun, um die Verteidiger der Menschenrechte zu schützen. Es ist eine klare Verpflichtung dazu nötig, man braucht Gesetze und politische Maßnahmen zu ihrem Schutz und eine öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit. Sie haben Gründe für diese Tätigkeit und Anspruch auf Schutz und das Recht, der Gesellschaft auf diese Weise zu dienen. Es bedarf also der Klarheit in Bezug auf die Wertschätzung dieser Personen und ihrer legitimen Tätigkeit.

Reichen die bestehenden Gesetze aus?

Ich denke, dass es an politischem Willen mangelt. Wohin man in der Welt auch schaut, sieht man, dass die Regierungen politischen und strategischen Interessen dienen, die jene der Verteidiger der Menschenrechte unterminieren. Dabei kann Korruption im Spiel sein oder der Wunsch, Einnahmen für das Land zu erreichen, doch was immer die politischen und wirtschaftlichen Interessen sein mögen, sie sollten respektieren, was die Erklärung der Menschenrechte vorsieht: dass die Umweltschützer:innen und ihre Arbeit geschützt werden müssen. Ihrer öffentlichen Anerkennung müssen Gesetze und eine entsprechende Politik folgen.

Während der Pandemie wurden etliche Umweltschützer:innen ermordet, in Peru, Kolumbien, Mexiko ... Trotz der eingeschränkten Bewegungsfreiheit haben die Angriffe nicht aufgehört.

Die Menschenrechtsarbeit war in dieser Zeit schwieriger, da sie oft aus der Entfernung erfolgen musste, und wegen der

Unmöglichkeit von Ortsveränderungen auch gefährlicher. Die Regierungen haben während der Pandemie oft noch empfindlicher auf Kritik reagiert, auch gegenüber Ärzt:innen und Journalist:innen, die sich kein Blatt vor den Mund nahmen.

Sie haben Zahlen über die berichteten Fälle von Drohungen und Morden erwähnt. Liefern sie ein verlässliches Bild des Geschehens?

Global Witness veröffentlicht dazu jährlich Berichte, aber nicht über alle Fälle von Übergriffen gibt es ausreichende Information. Zusätzlich besteht eine Taktik von Regierungen darin, immer neue Anklagen zu erheben und ungerechte Prozesse anzustrengen, um auf diese Weise die Verteidiger:innen der Menschenrechte zu neutralisieren.

Gibt es Straflosigkeit?

Ja. Oft hat es damit zu tun, dass die Regierung korrupt ist. In manchen Fällen haben die Regierungen einfach nicht die Mittel oder die Fähigkeit, die Schuldigen auszuforschen. ■

Das von Yvette Sierra Praeli geführte Interview ist am 19.10.2020 auf <https://es.mongabay.com> erschienen; Übersetzung und Kürzung: H. Klosius

¹ Front Line Defenders wurde 2001 von Mary Lawlor gegründet; sie war zuletzt Direktorin der Organisation.

² Am 20. Oktober lehnte eine Kommission des peruanischen Kongresses die Ratifizierung ab, da sie die Souveränität des Landes im Bereich Justiz beeinträchtigen würde. Da aber Argentinien (19. Oktober) und Mexiko (5.11.) ratifiziert haben, wurde die erforderliche Anzahl von elf Ratifizierungen erreicht, womit der Vertrag im Februar 2021 in Kraft treten kann.

Weitere Informationen:

<https://es.mongabay.com/2020/09/violencia-pandemia-lideres-indigenas-asesina-dos-latinoamerica/>

<https://es.mongabay.com/2020/09/ben-leather-defensores-ambientales-latinoamerica-entrevista/>

<https://es.mongabay.com/2020/09/defensores-ambientales-desplazados-en-latinoamerica/>

<https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defending-tomorrow/?eType=EmailBlastContent&eId=9f7ea043-75fd-4dd4-8a62-b65a78174d98>

BEDROHLICHES SAUERSTOFF-DUOPOL

Sauerstoff-Flaschen können Leben retten. Doch in Peru haben sich zwei Riesen den Markt aufgeteilt – mit tödlichen Konsequenzen in der Corona-Krise.

Von Jürgen Kreuzroither

Peru gehört zu den von der Covid-19-Pandemie am härtesten betroffenen Ländern. Bei bald einer Million Infizierten und 36.000 Toten weist das Land unter den Flächenstaaten die zweithöchste Sterblichkeitsrate weltweit auf¹.

Viel wurde diskutiert, warum Peru trotz frühzeitigem, entschlossenem Handeln der Zentralregierung heute sogar schlechter dasteht als Brasilien mit seinem jegliche Prävention konterkarierenden Präsidenten. Oft genannt werden der extrem hohe Anteil informell Beschäftigter (70 Prozent!), die sprichwörtlich „von der Hand in den Mund“ leben, was die Befolgung eines monatelangen Lockdowns kaum möglich macht, und der Zentralismus des peruanischen Staates, der Lokalbehörden wenig an Kompetenzen überlässt. Solche Umstände spielen zweifellos eine wichtige Rolle, doch gibt es einen anderen Faktor, der speziell zur hohen – Corona-bedingten – Sterblichkeit beiträgt: die Monopolsituation bei der Versorgung mit medizinischem Sauerstoff.

Monopol unter staatlichem Zutun

Innerhalb weniger Wochen ist die Nachfrage nach medizinischem Sauerstoff in Peru auf das Drei- bis Vierfache des üblichen Bedarfs geschneit. Die wenigsten Krankenhäuser haben eigene Sauerstoffabfüllanlagen. Weil sie weder Betten noch Sauerstoff haben, müssen sie Patient:innen nach Hause schicken. Dort sind sie sich selber überlassen – beziehungsweise ihren Familien, die irgendwie schauen müssen, wie sie den Sauerstoff heranschaffen. Lieferanten für medizinischen Sauerstoff sind in Peru rar gesät. Dies liegt vor allem daran, dass zwei internationale Konzerne den Sauerstoffmarkt in Peru unter sich aufteilen.

Einer davon ist die *Linde*-Gruppe. Der ursprünglich deutsche Traditionsbetrieb hat seinen Firmensitz heute in Irland und unterhält Filialen in der ganzen Welt. In Peru beliefert er die staatlichen Kranken-

häuser mit medizinischem Sauerstoff und hält dabei mit 80% ein Quasimonopol.

Das Problem ist hausgemacht. Denn seit 2010 verbietet das Gesundheitsministerium Sauerstoff mit einem Reinheitsgrad von weniger als 99% für den medizinischen Gebrauch, während in den Nachbarländern auch 93%iger Sauerstoff

zugelassen ist. Die peruanische Norm hatte zur Folge, dass ältere einheimische Anlagen schließen mussten. Der zweite, wesentlich kleinere, Anbieter ist die US-Firma *AirProducts*. In den vergangenen 15 Jahren haben sich diese beiden Firmen kleinere Sauerstoff-Anbieter einverleibt und kontrollieren nun den Markt in Peru.

Ihre Vormachtstellung ist unerschütterlich. Die Geschäfte mit den staatlichen Krankenhäusern gingen sogar weiter, nachdem die Kartellbehörde INDECOPI vor sieben Jahren ein Bußgeld von umgerechnet gut fünf Millionen Euro gegen die Sauerstoff-Fabrikanten verhängt hatte. Ihnen wurde vorgeworfen, illegale Preisabsprachen getroffen zu haben. Ihr Einspruch gegen das Urteil blieb erfolglos.

Medizinischer Sauerstoff ist nicht nur wegen des Coronavirus knapp in Peru. Krankenhäuser waren schon immer die unattraktiveren Abnehmer für die Sauerstoff-Fabrikanten. Dazu muss man wissen: Der Herstellungsprozess für industriellen und medizinischen Sauerstoff ist weitgehend derselbe – nur dass der für medizinische Zwecke konzentrierter und reiner ist. Mit industriellem Sauerstoff für die Bergbau-Industrie als Hauptabnehmerin lassen sich viel bessere Geschäfte machen. Verschärfend kommt hinzu, dass Peru ausgerechnet den Bergbau für systemrelevant erklärt hat: Viele Bergbauunternehmen haben auch während des Lockdowns durchgearbeitet.

Die peruanische Regierung hat zwar mittlerweile ein Notdekret erlassen, wonach die Herstellung medizinischen Sauerstoffs Vorrang haben muss. Das hat die Situation aber nicht wesentlich verändert: Es fehlen die entsprechenden Verträge mit den Sauerstoff-Lieferanten.



Peruanische Patientin mit Sauerstoffbedarf

P
E
R
U

Profit vor Menschenleben

Die Folge all dessen sind menschliche Tragödien ohne Ende infolge der hohen Corona-Sterblichkeitsrate. Die mit ihren erkrankten Angehörigen allein gelassenen Familien stehen schnell vor dem finanziellen Abgrund: Schon der Normalpreis für eine Flaschenfüllung Sauerstoff (zehn Kubikmeter) beträgt umgerechnet 42 Euro. Mindestens zwei Füllungen pro Tag brauchen schwer erkrankte Covid-19-Patient:innen – das macht gut 600 Euro pro Woche, mehr als das Doppelte des Mindestmonatslohns. Doch „normal“ ist heute die Ausnahme: Peruanische Medien berichten von erpresserischen Zwischenhändlerpreisen bis 1.500 Euro pro Flasche.

Angesichts der unhaltbaren Zustände haben 34 deutsche NGOs und Kirchenstellen schon zwei offene Briefe an die Linde AG gerichtet, mit der Aufforderung, Verantwortung als weltweit führender Gashersteller und Quasi-Monopolist in Peru zu übernehmen, die Produktion auszuweiten und die Preise transparenter zu gestalten. Die ernüchternde Antwort: Die Produktion sei in Richtung medizinischem Sauerstoff umgelenkt worden und die Preise entsprächen den Ergebnissen öffentlicher Ausschreibungen. Dem steht der Bericht eines erfahrenen Händlers in der Hafenstadt Callao entgegen: Die Lieferpreise seien zuerst exorbitant gestiegen und dann war gar kein Sauerstoff mehr zu bekommen. Auch die deutsche Wirtschaftswoche vom 30. Juli widerspricht implizit: Sie berichtet vom steigenden Gewinn von Linde, trotz Corona-bedingtem Umsatzeinbruch. ■

¹ Datenabfrage von der Webseite der John Hopkins Universität, Stand: 3.12.2020

Am 5. Februar 2020 unterzeichnete Präsident Jair Messias Bolsonaro einen Gesetzesentwurf (Nr. 191) und sandte ihn an den Nationalkongress. Darin schlägt er vor, die Erforschung und Gewinnung von Mineralien und Kohlenwasserstoffen in indigenen Gebieten zu erlauben und dort die Installation und den Betrieb von Wasserkraftwerken, Übertragungs-, Verteilungs- und Pipelinesystemen zuzulassen.

Von Ricardo Verдум

Nach der kritischsten Phase der COVID-19-Pandemie in Brasilien zwischen April und August signalisierten die Wirtschaftslobbys dem Nationalkongress ihre Zustimmung zur Gesetzesvorlage.

Der Entwurf dient vorgeblich der Präzisierung der Bundesverfassung von 1988. Er schlägt auch vor, das Indigenenstatut zu reformieren, um indigenen Völkern und Gemeinschaften die wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Territorien durch Landwirtschaft, Viehzucht, Abbau von Bodenschätzen oder Tourismus zu ermöglichen. Dabei übergeht er die Nationale Kommission für indigene Politik (CNPI), die zwischen 2008 und 2009 an einem neuen Statut für indigene Völker im Land gearbeitet hatte.

Ein autoritäres Projekt

Der autoritäre und nur scheinbar demokratische Charakter der Gesetzesvorlage lässt sich schon aus den darin verwendeten Begriffen „autorisieren“ und „erlauben“ ablesen. In der Praxis erhöht sie die Verwundbarkeit und Spannungen in den indigenen Gebieten. Gleichzeitig legitimiert sie den historischen Prozess der Plünderung ihrer Ländereien und Territorien durch Landbesitzer, Landräuber, Gummizapfer und Bergleute. Strukturelle Ungleichheiten politischer wie wirtschaftlicher Natur werden erneuert und verstärkt und höchstwahrscheinlich wird der historische Hintergrund die politischen Vereinbarungen und den Entwicklungsverlauf beeinflussen.

Es wird eine Strategie verfolgt, die die Emanzipationsbemühungen indigener Bewegungen der letzten drei Jahrzehnte neutralisieren soll. Der Gesetzestext sowie seine erläuternden Bemerkungen verwen-

den Ausdrücke und Ideen wie Protagonismus, Freiheit, Willensautonomie, Konsultation, Entwicklung und „indigenes Unternehmertum“. Diese Begriffe sind im gegebenen Kontext jedoch Ausdruck einer klar neoliberalen Handlungs- und Transformationslinie. Sie zielt darauf ab, Territorien, Natur, Kenntnisse und Wissen, soziale Beziehungen der Gemeinschaft, Körper sowie individuelle und kollektive Gefühle und Subjektivitäten zu instrumentalisieren und zu kommerzialisieren (und als Folge davon verwundbar zu machen).

Für die Erforschung und Gewinnung von Mineralien und Kohlenwasserstoffen sowie für die Nutzung der Wasserressourcen zur Stromerzeugung in indigenen Gebieten verlangt der Gesetzesentwurf mehrere Voraussetzungen: technische Studien; Anhörung der betroffenen indigenen Gemeinschaften; Genehmigung der Aktivitäten durch den Nationalkongress; Beteiligung der betroffenen indigenen Gemeinschaften an deren Erträgen; Entschädigung der indigenen Gemeinschaften, die von der Beschränkung ihrer Nutzungsrechte von indigenem Land betroffen sind.

Schlechte Erfahrungen

Während der Gesetzesentwurf betont, dass er sich ausschließlich auf bereits demarkiertes indigenes Land bezieht, bekräftigt er zugleich, dass während des Prozesses der Identifizierung und Demarkierung von indigenem Land vorab eine von der Indianerbehörde FUNAI gebildete Expertengruppe (GT) technische Machbarkeitsstudien vor Ort erstellen kann. Jüngste Aktivitäten solcher Gruppen, deren Mitglieder keine ausreichende sozialanthropologische Qualifikation mitbringen und eindeutig auf andere Interessen als die kollektiven Rechte indigener Völker ausgerichtet sind, lassen negative Auswirkungen für die betroffene lokale indigene Bevölkerung befürchten.

Dafür spricht die Geschichte früherer Demarkationsarbeiten, die von GTs in verschiedenen Regionen des Landes durchgeführt wurden. Oft wurde dabei aus wirtschaftlichen und politischen Interessen Druck auf die indigene Bevölkerung und die Demarkationsteams ausgeübt und sogar physische oder verbale Gewalt an-

gewandt. Dabei geht es darum, den Besitzanspruch über die von indigenen Völkern geraubten Gebiete zu legitimieren.

Hinsichtlich der isolierten Gemeinschaften heißt es im Gesetzesentwurf, liege es an der FUNAI, die Grenzen zu definieren, innerhalb derer Forschungsaktivitäten und Abbau verboten sind, und die erforderlichen Strategien zum Schutz dieser Gemeinschaften festzulegen. Die Fragilität staatlicher Politik gegenüber freiwillig isolierten oder erst jüngst kontaktierten indigenen Völkern und Gemeinschaften gibt Anlass zur Sorge. Dies gilt sowohl für die Gewährleistung territorialer Rechte als auch für die Prävention, den Schutz und die medizinische Versorgung.

Im Allgemeinen finden Gesundheitsmaßnahmen viel eher in Notsituationen statt und weniger als Ergebnis einer Handlungsstrategie. Eine solche Strategie muss unbedingt sektorübergreifend sein und auf der Anerkennung der spezifischen Rechte dieses Teils der indigenen Bevölkerung beruhen. Eine gemeinsame Verordnung des Gesundheitsministeriums und der FUNAI vom 20. Dezember 2018 legt die Grundsätze, Leitlinien und Strategien für das gemeinsame Handeln des Sondersekretariats für indigene Gesundheit und der FUNAI bei der Planung, Koordinierung und Durchführung von Gesundheitsmaßnahmen fest.

Dürrtiger Schutz, begrenzte Rechte

Mehr jedoch als Definitionen fehlen kontinuierliche Investitionen in den Schutz dieser Völker. Es ist zu bezweifeln, dass sie angesichts der politischen, institutionellen, budgetären und prozessualen Demontagestrategie, die wir jetzt in beiden Gremien sehen, im erforderlichen Umfang und Tempo stattfinden werden. Der Gesetzesvorschlag sieht Anhörungen der betroffenen indigenen Gemeinschaften vor, die von der FUNAI identifiziert werden sollen. Anhörung bedeutet bekanntlich Konsultation und keine Einwilligung, geschweige denn freie und informierte vorherige Einwilligung.

Während der Gesetzesvorschlag indigene Völker und Gemeinschaften als Rechtssubjekte in der sogenannten partizi-

BERGBAU AUF INDIGENEM LAND

Extraktiver Neoliberalismus versus

IN DER BOLSONARO-ÄRA

kollektive Rechte indigener Völker

pativen Demokratie betrachtet, beschränkt er ihre Teilnahme gleichzeitig auf die durch die Machtstruktur und die etablierten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen im Land auferlegten Grenzen. Der Konsultationsvorschlag verankert weder die Notwendigkeit einer Zustimmung noch das Vetorecht der indigenen Völker gegen den staatlichen oder privatwirtschaftlichen Gegenstand der Beratung – sowohl in Bezug auf die Erkundung als auch auf die Gewinnung von Rohstoffen.

In ihrem Vorhaben sieht die Bundesregierung formell die im Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Rechte indigener Völker und Stammesvölker vorgesehene Anhörung vor, berücksichtigt aber nicht die in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (2007) festgelegten Grundsätze und Verfahren, insbesondere das Recht auf freie vorherige und informierte Einwilligung, noch erkennt und respektiert sie das Recht auf Selbstbestimmung von Menschen, die in nicht autonomen Gebieten und in unter Vormundschaft stehenden Gebieten leben. Das postuliert der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der in Brasilien seit 1992 in Kraft ist.

Korruption durch Zuckerbrot?

Der Gesetzentwurf will die betroffenen indigenen Gemeinschaften an den Erträgen des Bergbaus und Ölförderungen beteiligen. Es muss ein beratendes Gremium eingerichtet werden, bestehend aus Indigenen der betroffenen lokalen Gemeinschaften. Zu seinen Aufgaben und Befugnissen zählt die Verwaltung der Finanzmittel aus der Entschädigung für die Abgabe der Nutzungsrechte und den anteiligen Erträgen aus dem Bergbau.

Staatliche und private Unternehmer sind bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit finanziellen Ressourcen von jeder Verantwortung befreit, außer in Fällen, in denen die Einzahlung auf das Bankkonto des jeweiligen beratenden Gremiums zur Weiterleitung an die betroffenen indigenen Gemeinschaften nicht erfolgt ist.

Für den Fall, dass die betroffene Gemeinde nicht in der Lage ist, innerhalb eines Jahres einen solchen Treuhandrat zu

bilden oder die Übernahme der Mittel ablehnt, sieht der Gesetzentwurf vor, dass diese Beträge auf dem Konto des so genannten *Indigenous Heritage Income* (RPI) hinterlegt werden, einem von der FUNAI verwalteten Fonds. Außerdem ist der Vorschlag aus institutioneller Sicht oberflächlich und unklar und eröffnet breiten Raum für Manipulationen und politischen Klientelismus. Wir sind besorgt über die politischen Koalitionen und die Ideen hinter der vorgeschlagenen Regelung und darüber, wie sie in der Praxis tatsächlich funktionieren wird.



Eisenerztransport der Firma Vale vom Tagebau in Carajas, Pará, zur Küste

Wir haben auch Zweifel, dass es signifikante Fortschritte bei den Regeln und Praktiken in Bezug auf Kompetenzen, Planung, Ausführung, Überwachung, Transparenz und soziale Kontrolle dieser Finanzmittel geben wird. Insbesondere in Zeiten fragwürdiger Regierungsziele ist es gut möglich, dass Gelder zweckwidrig, etwa zur Finanzierung der für Indigene zuständigen Behörden, verwendet werden.

Auftakt zu Goldrausch?

Zusätzlich zur einseitigen und autoritären Entscheidung der Regierung und des Kongresses über Bergbauprojekte ermöglicht der Gesetzentwurf, *garimpeiros* – privaten Goldsuchern – den Bergbau ausschließlich in bestimmten indigenen Gebieten zu erlauben. Die betroffene indigene Gemeinschaft darf direkt oder in Partnerschaft mit Nichtindigenen in diesen Ge-

bieten Bergbau betreiben oder es Letzteren erlauben. Erfahrungsgemäß wird allein die Ankündigung dieser Möglichkeit zu einer Zunahme der Angriffe auf indigene Gemeinschaften führen, mit den in Brasilien und in anderen Ländern Lateinamerikas schon bekannten und untersuchten Folgen.

In den Schluss- und Übergangsbestimmungen ist folgende Passage hervorzuheben: „Die Aktivitäten werden unbeschadet der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen des Unternehmers, einschließlich der Umweltsanierung des Gebiets und der Stilllegung der Einrichtungen, eingestellt, falls der Nationalkongress den Genehmigungsantrag ablehnt.“ Mit anderen Worten, die Regierung garantiert dem Unternehmer volle Entschädigung, auch für angeblich „nach Treu und Glauben vorgenommene Verbesserungen“. Die betroffene-

nen Gemeinden gehen dabei leer aus und müssen mit den entstandenen sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Schäden leben. Auch die bisher in indigenen Gebieten gesetzlich untersagte Erforschung und Kultivierung gentechnisch veränderter Organismen wäre zulässig.

Nach unserem Verständnis verstößt der Gesetzentwurf 191/2020 gegen die kollektiven Rechte der indigenen Völker und sollte auch wegen des autoritären Verfahrens zur Gänze abgelehnt werden: Rechte, die durch die Bundesverfassung von 1988 und völkerrechtliche Normen, insbesondere das ILO-Abkommen 169 und die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker, offiziell anerkannt und garantiert werden. ■

Der Autor ist Doktor der Sozialanthropologie an der Universität von Brasília und Forscher im Labor für Ethnizität, Kultur und Entwicklung des Nationalmuseums in Brasilien.

MIT VOLLGAS IN DIE KLIMAKRISE

Mehr Autos, mehr Rindfleisch, mehr Pestizide. Warum das EU-Mercosur-Abkommen ein Klimakiller ist und die EU-Handelspolitik neue Perspektiven braucht.

Von Iris Frey & Alexandra Strickner

Mitte 2019 verkündete die EU-Kommission, dass sie eine grundsätzliche Einigung mit den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay erreicht habe. Das EU-Mercosur-Abkommen, Teil eines umfassenden Assoziierungsabkommens mit diesen Ländern, wird bereits seit 20 Jahren verhandelt. Angefeuert durch immer neue Meldungen über immer stärker um sich greifende Brände im Amazonas-Tropenwald, hat sich allerdings eine breite Opposition von globalisierungskritischen Organisationen, Gewerkschaften, Bauernverbänden, Landwirtschaftsminister:innen, Umwelt-NGOs bis hin zur *Fridays for Future*-Bewegung in Europa und in den Mercosur-Ländern gegen das Abkommen in Stellung gebracht.

In den letzten Monaten sind auch neue Zusammenschlüsse und Netzwerke entstanden. Im Sommer fand die erste weltweite online-Versammlung für den Amazonas statt – organisiert und getragen von vielen sozialen Bewegungen und indigenen Organisationen in all jenen Ländern, in denen der Amazonas liegt. Daraus sind neue Kampagnen entstanden, um gemeinsam für die Rettung des Amazonas-Regenwalds, der Lebensräume der indigenen Bevölkerung und gegen das EU-Mercosur-Abkommen zu kämpfen. So gab es Ende August den ersten weltweiten Amazonasstreik. Im Oktober 2020 hat sich das internationale Klimabündnis, ein Zusammenschluss von mehr als 1.800 Gemeinden, gegen das Abkommen ausgesprochen. Im November 2020 haben auch mehr als 190 Ökonom:innen öffentlich die Nachhaltigkeitsstudie der *London School of Economics* als unzureichend und die Methoden dieser Studie als veraltet kritisiert.

Dieser Widerstand zeitigt Erfolge. Neben Österreich und der Wallonie, die seit langem das Abkommen ablehnen, kommen nun auch aus Frankreich, Irland,

Luxemburg, Deutschland und Schweden ablehnende Signale. Das Projekt der deutschen Ratspräsidentschaft, die Ratifizierung 2020 auf den Weg zu bringen, ist somit gescheitert. Das Abkommen wackelt. Die auf die deutsche folgende portugiesische Ratspräsidentschaft wird ebenfalls versuchen, die Ratifizierung voranzutreiben. Die hitzige Debatte dreht sich heute nicht mehr nur um das Abkommen selbst, sondern um die grundsätzliche Ausrichtung der EU-Handelspolitik.

Folgen für Mensch und Umwelt

Aber zurück zum Anfang: Das EU-Mercosur-Abkommen soll die Zölle auf beiden Seiten des Atlantiks senken oder ganz abschaffen, sodass die EU mehr Rindfleisch, Hühnerfleisch, Soja und Bioethanol aus den Mercosur-Staaten importieren kann. Besonders die Soja- und Rindfleisch-Importe sind Treiber für Rodungen, Landkonflikte, Menschenrechtsverletzungen und massiven Biodiversitätsverlust in Südamerika. Für Plantagen und Weideflächen werden riesige Flächen teilweise illegal abgebrannt und abgeholzt. Die industrielle Landwirtschaft zerstört die Lunge der Welt und treibt uns mit Vollgas voran in die Klimakrise.

Im Gegenzug für großzügige Einfuhrquoten für Agrarprodukte sollen die Mercosur-Länder Importzölle auf 91 Prozent der EU-Waren sukzessive beseitigen, damit vor allem Deutschland mehr Maschinen, Autos und Chemikalien dorthin exportieren kann. Schon jetzt verkaufen die BASF und Bayer in Brasilien jeweils mindestens zwölf Pestizidwirkstoffe, die in der EU längst nicht mehr zugelassen sind. Die deutschen Konzerne vergiften dadurch Menschen und Umwelt in Übersee: Allein in Brasilien starben zwischen 2008 und 2017 über 7.200 Menschen an Pestizidvergiftungen, die Dunkelziffer liegt vermutlich weit darüber.

Schon im Sommer letzten Jahres wurde die grundsätzliche politische Einigung zum Abkommen auf EU-Ebene erzielt. Nach einem ersten Proteststurm der Zivilgesellschaft und besorgt wegen der bevorstehenden Wahl, hat der österreichische Nationalrat die Regierung daraufhin zu einem Nein auf EU-Ebene verpflichtet. Auch die Parlamente der Niederlande und Walloniens haben ihre Regierungen auf ein Nein

eingeschworen. Damit das Abkommen durchgeht, braucht es auf EU-Ebene Einstimmigkeit. Ginge es nach diesen Parlamenten, wäre das Abkommen also gestoppt, wären da nicht die anderen Länder und deren mächtige Konzern-Lobbys. Denn Deutschland, die Hochburg der mächtigen Autolobby und der Stammsitz von Bayer und BASF, bläst schon zum Kampf. Im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft hat Deutschland angekündigt, das Abkommen durchzuboxen. Und spätestens seit CETA wissen wir, wie sehr einzelne Staaten unter Druck geraten, wenn sie sich der neoliberalen EU-Handelsagenda widersetzen. Der internationale Druck auf die österreichische Regierung und die anderen kritischen Länder wird also weiter steigen.

Kaum Regeln, kein Schutz

Es braucht nicht viel Scharfsinn, um zu erkennen, welche Agenda die EU mit dem EU-Mercosur-Abkommen verfolgt: Der Löwenanteil der Exporte sind verarbeitete Güter aus Europa, während rund drei Viertel der Importe aus dem Mercosur-Raum aus mineralischen und agrarischen Rohstoffen bestehen. Die extraktivistische Handelspolitik zielt darauf ab, die billige Rohstoffversorgung aus dem globalen Süden zu sichern und neue Absatzmärkte für hoch spezialisierte Güter zu erschließen. Was sich in wohlklingenden Passagen des Abkommens wie dem Nachhaltigkeitskapitel verbirgt, ist entweder nicht bindend oder nicht durchsetzbar. So sind weder verbindliche Regeln zur Unternehmensverantwortung entlang der Lieferketten enthalten noch durchsetzbare Schutzinstrumente für Mensch und Umwelt. Das bestätigt auch der geheim gehaltene Text des Assoziierungsabkommens, der kürzlich von Greenpeace geleakt wurde: Das Pariser Klimaabkommen und andere Umweltschutz-Bestimmungen werden nur als unverbindliche Absichtserklärungen erwähnt, die sich schön anhören, aber nicht einklagbar sind. Außerdem gibt es im Abkommen auch keine effektiven Maßnahmen, um Menschenrechtsverstöße bei Landkonflikten zu ahnden. Und in den unüberschaubaren Weiten der Sojaplantagen werden Pestizid-Sprüheinsätze nicht selten gezielt zur Vertreibung Indigener eingesetzt.



Foto: Elisabeth Blum

Fotoaktion der Plattform „Anders Handeln“ vor dem Wirtschaftsministerium (9.11.2020)

Das Abkommen ist emblematisch für die „wertebasierte“ Handelspolitik der EU, mit der sie behauptet, Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechtsstandards und Normen in den Bereichen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz und Sicherheit zu verbinden. Sie erweist sich immer dann als substanzlos, wenn man sich die Handelsverträge und Abkommen im Detail durchliest. In den allermeisten Abkommen gibt es zwar Mechanismen, mit denen die Staaten einander mit Handelssanktionen bestrafen können, wenn eine Vertragspartei die Bestimmungen nicht einhält, das Nachhaltigkeitskapitel ist aber immer von solchen durchsetzbaren Sanktionen ausgenommen.

Gewinner und Verlierer

Am EU-Mercosur-Abkommen lässt sich auch gut nachvollziehen, warum die Erzählung vom „Wohlstand für alle durch mehr Handelsliberalisierungen“ genauso beliebt wie falsch ist. Beliebte, weil sie der EU als Vorwand dient, um sich billigen Rohstoffnachschub zu sichern. Und wie bequem, wenn der Abbau von Rohstoffen und die schmutzige Produktion mit wenig Wertschöpfung und schlechten Löhnen weiterhin im globalen Süden stattfinden und man die Grenzen einfach abschotten kann. Währenddessen konsumieren wir hier im globalen Norden die „sauberen“

Produkte und sind bei den global agierenden Konzernen in den Bereichen mit hoher Wertschöpfung angestellt, üblicherweise in Forschung, Entwicklung, Marketing und Vertrieb.

Die Daten zeigen dabei eindeutig, dass das EU-Mercosur-Abkommen in Südamerika den Wohlstand bedroht und nicht fördert. Eine Studie der *Universidad Metropolitana* in Argentinien vom Dezember 2017 schätzt, dass allein in Argentinien 186.000 Arbeitsplätze im Industriesektor durch das Abkommen gefährdet sind, das heißt in spezialisierten Berufen, die bessere Löhne bringen. Die regionalen Wertschöpfungsketten mit kürzeren Transportwegen stehen auf dem Spiel, die im Mercosur-Raum in den letzten Jahrzehnten entstanden sind und die so wichtig für eine robuste und diversifizierte Wirtschaft sind.

Eines ist klar: Es gibt kein endloses Wachstum auf einem endlichen Planeten. Im Angesicht der drohenden Klimakatastrophe müssen wir also unsere Wirtschaft radikal umbauen. Dazu gehören auch die Handelsbeziehungen: nicht in Richtung protektionistische Abschottungspolitik à la *America First*, sondern in Richtung progressiver Deglobalisierung. Corona hat gezeigt, wie fragil die globalen Wertschöpfungsketten mit ihrer Just-in-Time-Produktion sind. Und klimafreundlich geht auch anders, denn im Moment machen die

globalen Handelsströme in etwa ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen aus, Tendenz steigend. In der öffentlichen Debatte wird seit Neuestem wieder über Industriepolitik diskutiert. Darüber, dass strategisch wichtige Güter wieder in Europa hergestellt werden sollten, die Wertschöpfungsketten wieder so zu kürzen, dass sie regional und lokal ausgestaltet werden können. Im Bereich Ernährung heiße das Ernährungssouveränität, die möglichst regionale und demokratische Gestaltung der Lebensmittelversorgung. Der globale Handel soll nur Güter ergänzen, die nicht regional oder lokal hergestellt werden können.

Wenn die EU ihre Absichtserklärungen zur wertebasierten Handelspolitik und den *Green New Deal* wirklich ernst nehmen würde, dann müsste sie genau in diese Richtung weitergehen. Das EU-Mercosur-Abkommen sähe dann komplett anders aus: Die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens wären fix darin verankert, die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umwelt- und Sozialstandards wären einklagbar und es gäbe verbindliche Regeln zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten. ■

Iris Frey und Alexandra Strickner sind Aktivistinnen von Attac Austria in Wien. Eine kürzere Version dieses Beitrags ist am 30.10. im Tagebuch Nr. 11 unter dem Titel „Handelspolitik, wertebasiert“ erschienen.

DIE FINCEN FILES ...

... mit österreichisch-lateinamerikanischer Beteiligung

Zum bereits fünften Mal seit 2014¹ machten im September Enthüllungen aus der Finanzwelt weltweit Schlagzeilen. Diesmal gelangten geheime Geldwäscheverdachtsmeldungen, die US-Banken verpflichtend an das US-Finanzministerium zu richten haben, an die Öffentlichkeit. Sie verdeutlichen die Löchrigkeit des Systems zur Bekämpfung illegaler Finanzströme, die vor allem auf die laxen Umsetzung durch Banken zurückzuführen ist.

Von Jürgen Kreuzroither

Zum wiederholten Mal koordinierte das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (engl. ICIJ) die Recherchen, an denen mehr als 400 Journalist:innen aus 88 Ländern beteiligt waren. Die geheimen Papiere wurden ursprünglich dem US-Onlineportal *BuzzFeed News* zugespielt und stammen aus Aktenlieferungen an den US-Kongress im Zuge der Untersuchung russischer Beeinflussung der Wahl Donald Trumps 2016.

Die Verdachtsmeldungen zeichnen ein verstörendes Bild. Ungeachtet aller Anstrengungen gegen Geldwäsche werden Finanzströme aus dunklen Quellen durch das internationale Bankensystem geschleust. Die geleakten 2.100 Meldungen stehen im Zusammenhang mit rund 200.000 fragwürdigen Geldtransfers, die ein Volumen von zwei Billionen USD umfassen. Drei multinationale Großbanken ragen dabei heraus: *Deutsche Bank*, *JP Morgan* und *Standard Chartered*.

Odebrecht-Skandal mit Österreich-Connection

Eine Koproduktion der peruanischen NGO *Instituto de Defensa Legal* (IDL) mit dem ORF und Profil, alle Teil des ICIJ-Forscherteams, brachte eine notorische Bekannte der österreichischen Banklandschaft wieder vor den Vorhang: die *Meinl Bank*.

Der brasilianische Bau- und Rüstungskonzern *Odebrecht*, Protagonist des größten, ganz Lateinamerika umfassenden Bestechungsskandals, unterhielt für diese dunklen Machenschaften eine eigene Abteilung. Den zu schmierenden politischen

Entscheidungsträger:innen wurde zunächst die Eröffnung eines Kontos bei der karibischen *Antigua Overseas Bank* nahegelegt. Nachdem diese aufgrund der sich verschärfenden Geldwäschebestimmungen nicht mehr zur Verfügung stand, kaufte Odebrecht 2010 kurzerhand und auf Empfehlung des damaligen Meinl Bank-CEOs Peter Weinzierl die brachliegende Lizenz der Meinl Bank Antigua.

Laut Kronzeugenaussage eines ehemaligen führenden Odebrecht-Mitarbeiters war die Meinl Bank Österreich voll im Bild über den wahren Hintergrund des Kaufs der Mehrheitsanteile an ihrer Antigua-Filiale. Odebrecht wickelte über diese rund 1,6 Milliarden USD an Transaktionen ab – unter mehrmaliger Beteiligung des ehemaligen Mutterhauses in Wien.

Schließlich nahm 2017 die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) aufgrund einer Verdachtsmeldung von Standard Chartered, die als Korrespondenzbank fungiert hatte, die Ermittlungen auf. Im Ergebnis wurde der Meinl Bank, die inzwischen *Anglo Austrian Bank* hieß, Ende 2019 von der Europäischen Zentralbank die Konzession entzogen und im Frühjahr 2020 die Insolvenz eingeleitet.

Tathilfe bei Venezuelas Ausplünderung

Eine weitere Lateinamerika-Tangente ergibt sich aus den FinCEN Files. US- und EU-Banken standen den sogenannten „Bolgarchen“ bei der Außerlanderschaffung von Geldvermögen tatkräftig zur Seite – insgesamt ist von 4,8 Milliarden USD die Rede. Als Bolgarchen werden – mit ironischem Seitenhieb – eine Handvoll reicher Geschäftsleute bezeichnet, die dank ihrer guten Beziehungen zur (bolivarianischen) Staatsführung Venezuelas mit zahlreichen Staatsaufträgen versehen werden, obwohl sie mittlerweile Miami, Madrid oder das dominikanische Punta Cana als Residenz vorziehen.

Ein emblematischer Fall ist die Familie *Ceballos*, die seit Jahrzehnten im Baugeschäft tätig ist. Schon unter Chávez gewann sie dutzende Aufträge zur Errichtung von Schulen, Abwasseranlagen oder auch zur Renovierung eines Sportstadions in Caracas. Die guten Beziehungen blieben auch mit Maduro bestehen.

Der wichtigste Auftrag für die *Ceballos* kam jedoch auf Umwegen zustande. 2011 wurde das italienische Energieunternehmen *Energy Coal SPA* mit dem Bau von 1.540 Wohneinheiten für Niedrigverdiener:innen in einer Chávez-Hochburg nahe der Hauptstadt beauftragt. Der Deal war als Bartergeschäft vereinbart, bei dem Venezuela die 126 Millionen USD Auftragssumme in Form von Koks liefern sollte. Die des Baugeschäfts unkundigen Italiener beauftragten ein Unternehmen der *Ceballos-Gruppe* mit der Errichtung. Der Staat zahlte insgesamt sogar 146 Millionen, kam aber in einer nachfolgenden Untersuchung zum Ergebnis, dass die ausführende Baufirma überfakturiert hatte. Dessen ungeachtet erhält die *Ceballos-Gruppe* weiterhin staatliche Bauaufträge.

Der Zahlungsverkehr wurde vom Miami-Zweig der *Espirito Santo-Bank*, Portugals zweitgrößtem Finanzinstitut, abgewickelt. Dessen langjähriger Chef hatte zuvor die rasche Expansion der Bank dank guter Beziehungen zu Politiker:innen und Vermögenden in Ländern des Globalen Südens vorangetrieben. So wurde der Bank von den USA zum Beispiel 2005 die Offenlegung geheimer Konten Augusto Pinochets nahegelegt.

Für die *Ceballos* hat die *Espirito Santo* insgesamt 262 Millionen USD bewegt. Im Fall des oben genannten Geschäfts meldete die bereits in Bedrängnis geratene Bank verdächtige Transfers auf Konten von Familienmitgliedern. Wenig später musste sie Insolvenz anmelden. Der gewesene Bankchef wurde erst heuer einer Reihe von Finanzvergehen für schuldig befunden. Inzwischen verlagern die Bolgarchen ob des US-Sanktionsregimes gegen Venezuela Teile ihres Vermögens weg von Miami und der Schweiz in Richtung Zypern und Türkei.

Clanchef Alejandro Ceballos ist übrigens begeisterter Besitzer eines Pferderennstalls. In einem Interview anlässlich eines Rennens in Kentucky legte er den Venezolaner:innen nahe, sein gesetztes Pferd als das ihre zu betrachten. Er meinte es zwar nicht so, könnte aber durchaus Recht haben. ■

¹ 2014: *LuxLeaks*, 2015 *Swiss Leaks*, 2016 *Panama Papers*, 2017 *Paradise Papers*

DIE DEMOKRATIE IST ZURÜCK

... und mit ihr die MAS mit ihrem *proceso de cambio*. Die Machtergreifung der Rechten wurde an den Wahlurnen zurückgewiesen.

Von Robert Lessmann

Das hatten die Demoskopien nicht erwartet. Mit 55,1 Prozent der Stimmen setzte sich das Kandidatenduo des *Movimiento al Socialismo* (MAS), Luis Arce und David Choquehuanca, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2020 bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durch. Sie selbst waren davon ähnlich überrascht wie seinerzeit beim Erdrutschsieg vom Dezember 2005, mit dem Evo Morales erstmals zum Präsidenten gewählt wurde. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,4 Prozent inmitten der Corona-Pandemie war dies ein überzeugendes Votum für die Demokratie und die Fortführung des von der MAS getragenen Prozesses des Wandels. Der Zweitplatzierte, der liberalkonservative Carlos D. Mesa, errang mit seiner *Comunidad Ciudadana* 28,8 Prozent, gefolgt vom radikal-katholischen Rechtsaußen Fernando Camacho (*Creemos*) mit 14 Prozent.

Damit endet auch das dubiose Interregnum von Jeanine Añez, die am 12. November 2019 entgegen der verfassungsmäßigen Reihenfolge in den alten Präsidentenpalast *Palacio Quemado* eingezogen war, nachdem Präsident Evo Morales zwei Tage vorher unter dem Eindruck massiver Proteste gegen angeblichen Wahlbetrug und unter dem Druck von Polizei und Militär zunächst nach Mexiko und dann Argentinien ins Exil gegangen war. Añez hatte bei der umstrittenen Wahl vom 20. Oktober 2019 gerade einmal 4 Prozent der Stimmen bekommen, Morales 47,8, Mesa 36,8 und der Evangelikale Chi Hyun Chung 9 Prozent.

Beinhardter Machtkampf

Viele sprachen von einem Putsch. Von Anfang an hatten sich die alten Eliten schwer getan mit der Machtübernahme durch die indigene und arme Bevölkerungsmehrheit. Das zeigte sich im Widerstand gegen die Verfassungsgebende Versammlung (Juli 2006 bis Jänner 2009), die schließlich aus Sicherheitsgründen in eine



Luis Arce und David Choquehuanca beim Amtsantritt

Militärkasernen vor den Toren der Hauptstadt Sucre umziehen musste, ebenso wie im permanenten Widerstand der Tieflanddepartements mit Separationsgelüsten, der im Zivilputsch vom September 2008 seinen Höhepunkt fand. Nun nutzte man eklatante Fehler und Schwächen der MAS zur Machtergreifung. Morales hatte das Votum einer Volksabstimmung vom Februar 2016 missachtet und war entgegen Art. 168 der Verfassung erneut angetreten.

Schon vor der Wahl vom Oktober 2019 hatte es Warnungen vor einem bevorstehenden Wahlbetrug beziehungsweise einem Putsch gegeben, war es zu gewalttätigen Übergriffen gegen Wahlbüros und Kundgebungen der MAS gekommen. Als am Wahlabend die Schnellauszählung (nicht die amtliche!) bei einem für Mesa unerwartet günstigen Zwischenstand angehalten wurde und die regierungsnahen Presse am nächsten Tag den Sieg für die MAS verkündete (ein amtliches Endergebnis lag erst Tage später vor), sah sich die Opposition bestätigt. Eine Protestwelle nahm ihren Lauf, die Büros der Wahlbehörde gingen in sechs der neun Departements in Flammen auf und die ganze Auszählung endete im Chaos. Die Wahlbeobachter der OAS monierten vorzeitig schwere Unregelmäßigkeiten und heizten so die Stimmung weiter an. Unabhängige Untersuchungen zweifelten später das Ur-

teil der OAS überhaupt an. Die Regierung reagierte wenig souverän, Morales wenig staatsmännisch. Schließlich meuterte die vom Lager Camachos bestochene Polizei und Morales verlor die Unterstützung des Militärs. Eine Verkettung von Zufällen oder sorgfältige Choreografie?

Der Machtergreifung folgte eine beispiellose Kampagne der Repression und Einschüchterung. In Sacaba und Senkata wurden Proteste von Polizei und Armee zusammengeschossen: 26 Tote und hunderte Verletzte blieben zurück. Innen- und Verteidigungsminister der „Interimsregierung“ behaupteten, die Sicherheitskräfte hätten „nicht einen Schuss abgegeben“, die Protestierenden hätten sich gewissermaßen gegenseitig erschossen. Polizei und Militärs genossen durch ein am 14. November eigens erlassenes Dekret No. 4078 Straffreiheit. Diese Massaker werden erst jetzt unabhängig untersucht.

MAS-Angehörige und Sympathisanten wurden systematisch verfolgt und eingeschüchtert, die Justiz als politisches Kampfinstrument missbraucht. Gegen MAS-Funktionäre wurden hunderte Verfahren angestrengt. Den angesehenen früheren Wirtschafts- und Finanzminister und heutigen Präsidenten Luis Arce hatte man zur dringend notwendigen Nachbehandlung seiner Krebserkrankung erst nicht ausreisen lassen wollen. Als er dann als desi-

⇒ von Seite 21: BOLIVIEN

gnierter Präsidentschaftskandidat zurückkam, wurde er noch vor der Pass- und Zollkontrolle mit einer Gerichtsvorladung konfrontiert.

Auch der Geschäftsführer des Vorzeigeunternehmens *Mi Teleférico*, das mit der österreichischen Firma Doppelmeier zusammenarbeitet, klagte, er wisse nun, was politische Verfolgung sei, und verließ das Land. Seinen Posten übernahm ein Widersacher aus der Stadtverwaltung von La Paz. Neben politischen steckten oft handfeste materielle Motive dahinter. Der öffentliche Sektor wurde filetiert, der Chef der staatlichen Flugesellschaft BOA vom Geschäftsführer der privaten Konkurrenzlinie AMAZONAS abgelöst. Die Korruption, die schon immer eine Rolle gespielt hatte, erlebte wahre Höhenflüge. Der neue Geschäftsführer der Telefongesellschaft ENTEL, ein Freund Camachos, setzte sich nach nur 82 Tagen unter Veruntreuungsvorwürfen ins Ausland ab – und wurde bei der Einreise in die USA wegen illegaler Einfuhr großer Mengen von Bargeld festgenommen.

Dann kam Corona. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten war viel im Bereich der Basisgesundheit geleistet worden. Doch auf eine solche Pandemie war man unvorbereitet. 700 kubanische Ärzt:innen waren nach der Machtergreifung mit Schimpf und Schande des Landes verwiesen worden. Dass nun im großen Stil Beatmungsgeräte eingekauft wurden, die nicht nur völlig überteuert waren, sondern auch nicht funktionstüchtig, empörte auch viele von Morales Enttäuschte, die der „Interimsregierung“ bislang noch die Stange gehalten hatten. Die internationale Diplomatie hat sich – bis auf wenige Ausnahmen – mit ihrer Indifferenz gegenüber diesen Vorgängen nicht mit Ruhm bekleckert.

„Frau Añez' neue Kleider“

Dass Frau Añez im Jänner bekannt gab, selbst für die Präsidentschaft kandidieren zu wollen, zerstörte das Image einer „Interimsregierung“, die behauptete, nur Sicherheit und Demokratie wiederherstellen zu wollen, und spaltete die politische Rechte. Deren desolater Zustand hatte sich vorher schon gezeigt, als der Rechtsaußen Camacho und sein Sozius Marco Antonio Pumari von den „Zivilkomitees“ von Santa Cruz bzw. Potosí sich unter heftigen gegenseitigen Korruptionsvorwürfen öffent-

lich zerstritten und dann wieder versöhnten. Eine wiederholte Verschiebung des Wahltermins war nun auch mit dem Hinweis auf Corona unglaublich geworden. Die sozialen Bewegungen mit dem Gewerkschaftsbund COB an der Spitze organisierten im August landesweite Straßenblockaden und wurden aus dem Exil in Buenos Aires noch einmal zurückgepfiffen, sonst wäre Añez möglicherweise bereits da gestürzt oder bürgerkriegsähnliche Situationen entstanden. Das Machtergreifungsprojekt der „Rechten“ war da eigentlich schon gescheitert. Jedenfalls machten die Augustaktionen der sozialen Bewegungen den Weg zu den Wahlen vom 20. Oktober frei.

nisse wogen insofern doppelt schwer. An das Chaos der vorherigen *politiquería* werden sie sich kaum erinnern. Mit der „Interimsregierung“ bekamen sie nun ein Jahr lang eine geballte Kostprobe davon: Korruption, Repression, Selbstprivilegierung, eine Wirtschaft auf Pump und in freiem Fall – plus Coronakrise mit 8.987 Toten (Stand: 5.12.).

Große Herausforderungen

Gleichwohl sind die Herausforderungen groß: Eine überfällige Umstrukturierung der exportorientierten Wirtschaft ist heute viel schwieriger. Die Devisenreserven schmelzen schon seit 2015. Zudem hat die „Interimsregierung“ in großem Stil



Präsident Arce (Mitte) und Vize Choquehuanca in der Aymara-Stätte Tiwanaku

Das Votum von 55,1 Prozent ist angesichts des Klimas von Repression und Einschüchterung umso höher zu bewerten. Und es stützt die Putschthese: Auch beim Stopp der Schnellauszahlung mit 45 Prozent Stimmenanteil der MAS am Wahlabend 2019 wäre durchaus noch eine absolute Mehrheit denkbar gewesen, weil Stimmen aus den ländlichen und weit entfernten MAS-Hochburgen erfahrungsgemäß später eintreffen. Aus heutiger Sicht ist der MAS-Sieg vor allem ein Votum für Stabilität und Sicherheit. Der MAS ist es gelungen, ihre Kernwählerschaft aus sozial benachteiligten Sektoren und indigener Bevölkerungsmehrheit zu mobilisieren. Darüber hinaus: Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten ist 35 oder jünger. In ihrer politisch bewussten Lebenszeit haben sie nichts anderes gekannt als eine Regierung „Evo“. Deren Fehler und Versäum-

Kredite aufgenommen. Die Pandemie dauert an. Die Gesellschaft ist entlang sozialer, aber auch rassistischer Trennlinien gespalten. Mehr als einmal hatte Añez versprochen, eine Rückkehr „der Wilden“ an die Regierung zu verhindern. Es war 2019 weniger eine Konterrevolution der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie (die es ohnehin kaum gibt). Es war vielmehr die Revolte eines Kleinbürgertums, das um seine Privilegien fürchtete.

Auch an der Basis der Gemeinden und in den sozialen Bewegungen wurden Bürgermeister und *dirigentes* vertrieben und herrscht jetzt ein Gedränge bei Postenvergabe und Kandidat:innenreihung. Im März stehen Gemeindewahlen an. Es heißt, Arce hätte 142 Ministerposten gebraucht, um alle Begehrlichkeiten aus den sozialen Bewegungen zu befriedigen.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, eine Spaltung der MAS zu verhindern. Der charismatische Morales konnte die 36 verschiedenen Völker und die Vielzahl von sozialen Bewegungen unter einen Hut bringen. Gleichzeitig ist er aber für viele zur Reizfigur geworden, nicht nur aus der Mittelschicht. Auch die sozialen Bewegungen haben sich mehrheitlich gegen eine Präsenz der alten Minister in der neuen Regierung ausgesprochen. Andererseits wurde das Kandidatenduo Luis Arce und David Choquehuanca (Vize) von Wahlkampfleiter Morales im Exil in Buenos Aires bestimmt. (Die Basis hätte Choquehuanca als Präsident bevorzugt.) Ob das Gespann aus dem „Technokraten“ Arce und dem „Indígena“ Choquehuanca Partei und Gesellschaft zusammenhalten kann, muss die Zukunft zeigen. Auf die Expertise von anderthalb Jahrzehnten Regierungserfahrung zu verzichten, wäre unklug. Nur die MAS hat das zu bieten. Diese in den Dienst der neuen Regierung und der Parteiorganisation zu stellen, ohne sich in den Vordergrund zu spielen, ist aber eine Herausforderung für die alte Garde.

Insgesamt gilt es, aus der Vergangenheit zu lernen. Die MAS und ihr *proceso de cambio* hatten Kratzer bekommen und waren verblasst. Wahlsiege mit mehr als 60 Prozent der Stimmen (2009 und 2014) liegen lange zurück. Ein kontinuierlicher Niedergang in Ansehen und Wählergunst lässt sich nicht leugnen. Im Parlament hat die MAS die Zweidrittelmehrheit verloren, aber die einfache Mehrheit in beiden Kammern behalten. Aktuell läuft nun die Opposition Sturm dagegen, dass die MAS auf der letzten Parlamentsitzung der alten Legislaturperiode noch beschlossen hat, dass für die Nominierung von Botschafter:innen und hohen Sicherheitsposten künftig die einfache Mehrheit ausreicht. Das mag uncharmant sein, ist aber legal. Dass die „Interimsregierung“ seinerzeit die ordnungsgemäß von Regierung und Senat bestimmten Botschafter:innen ohne jeden Parlamentsbeschluss aus dem Amt gejagt hat (auch in Wien!) und noch kurz vor dem Amtswechsel einen Botschafter von Juan Guaidó in Bolivien akkreditierte, ist der Opposition in ihrer Larmoyanz scheinbar nicht mehr erinnerlich. Trotzdem: Das Wahlergebnis in eine Hegemonie in Gesellschaft und Staat umzusetzen, ohne in Triumphalismus und Rache zu verfallen, wird nach allem, was geschehen ist, eine große Herausforderung sein. ■

STREIT IM BAUVOLK DES KÜNFTIGEN CHILE

Nach dem riesigen Erfolg der Gegner:innen des Neoliberalismus in Chile beginnt nun die Auseinandersetzung darüber, wie die künftige Verfassung aussehen soll. Die Linke ist sich noch uneins.

Von Erhard Stackl

Als enormer Sieg der einfachen Leute gegen die herrschende Elite der Reichen wurde in Chile der Ausgang des Referendums vom 25. Oktober gefeiert. 78 Prozent stimmten für die Schaffung einer neuen Verfassung, „Pinochet, wir begraben dein Erbe“, war einer der Slogans. In ihrer Begeisterung sahen manche schon eine Neuaufgabe der *Unidad Popular* entstehen, die vor exakt 50 Jahren als Bündnis von Sozialisten, linken Christen und Kommunisten unter Präsident Salvador Allende ihre gesellschaftsverändernde Arbeit aufnahm (die drei Jahre später von Militärs und anderen rechtsrechten Kräften brutal abgebrochen wurde).

zum Sozialismus einzuschlagen“ wäre „ein Fehler“, meint die Politologin Claudia Heiss, eine der wichtigsten Stimmen im Verfassungsprozess. Von der aus der Studentenbewegung hervorgegangen neulinken Partei *Revolución Democrática* (RD) nominiert, sitzt sie im technischen Vorbereitungscommittee aller Parteien, das die Grundlagen für die im kommenden April zu wählende „konstitutionelle Versammlung“ erarbeitet.

Immerhin erwartet Heiss aber, dass der nun in Gang gekommene Prozess „die Ungleichheit verringern, den Sozialschutz stärken und die Macht neu verteilen“ werde. Im Interview mit dem Magazin *The Clinic* strich sie zwei positive Schlussfolgerungen aus dem Plebiszit hervor: Zum einen die mit 51 Prozent für Chile hohe Wahlbeteiligung – trotz der Corona-Krise. (Heuer haben sich dort 560.000 Menschen mit dem Covid-Virus infiziert, 15.600 starben.)

Am Referendum in Chile beteiligten sich mit 7,5 Millionen Wähler:innen mehr Menschen als bei allen anderen Wahlen



Foto: Ximena Gallequillos

Stimmabgabe in einer Schule im Stadtteil Peñalolén von Santiago am 25. Oktober

„*El Pueblo unido, jamás será vencido*“ („Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden“) war damals die wichtigste Parole, doch heute herrscht unter Chiles Linken Uneinigkeit, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung der Wähler:innen für die Abhaltung einer verfassunggebenden Versammlung ziehen sollen. Das Ergebnis als Auftrag aufzufassen, „das Privateigentum abzuschaffen und den Weg

seit der Rückkehr zu Demokratie 1990. Von den Hunderttausenden, die nach Schülerprotesten gegen Fahrpreiserhöhungen im Oktober 2019 ein Jahr lang mit massiven, von der rechten Regierung Sebastián Piñeras gewaltsam unterdrückten Demos und Streiks gegen das neoliberale System protestiert hatten, sehen laut Heiss offenbar viele in einer neuen Verfassung den legitimen Ausweg.

⇒ von Seite 23: CHILE

Die zweite Lehre des Referendums sei aber, dass ein großer Teil der Chilen:innen das Vertrauen in die traditionellen Parteien weitgehend verloren habe. Von jenen, die für eine Verfassungsversammlung stimmten, waren nur 21 Prozent dafür, dass sie zur Hälfte aus Parlamentsabgeordneten bestehen solle. 79 Prozent stimmten für die zweite Option, für diesen Zweck im kommenden April eine völlig neu zusammengesetzte Versammlung zu wählen.

An der Abstimmung konnten auch 60.000 im Ausland lebende Chilen:innen teilnehmen. Laut der Wiener Sektion der weltweiten Initiative *Chile despertó* (Chile ist erwacht) stimmten in Österreich 86 Prozent mit „*apruebo*“ für die neue Verfassung; es gab insgesamt 225 Stimmen.

Das waren immerhin mehr als im kleinsten Wahlsprengel auf chilenischem Staatsgebiet. In der *comuna* der Antarktis, die hauptsächlich aus der Militärbasis Bernardo O'Higgins besteht, wurden 31 Stimmen abgegeben, davon 68 Prozent mit „*rechazo*“ gegen eine neue Verfassung.

Der *rechazo* gegen eine Systemänderung gewann überhaupt nur in fünf der 346 *comunas* von Chile. Neben der Antarktis-Station noch in Colchane, einer armen Siedlung ganz im Norden des Landes, sowie in drei sehr wohlhabenden Stadtteilen im Osten der Metropole Santiago: Lo Barnechea, Las Condes und Vitacura. Hier, an den Abhängen der Anden, ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Insel des Reichtums entstanden, mit einem Business-Zentrum im Stil Manhattans, protzigen Einkaufszentren und Villenvierteln mit parkähnlichen Gartenanlagen. Hier ist bis heute die wirtschaftliche Macht Chiles konzentriert. Anhänger der beiden regierenden Rechtsparteien warnten hier, dass die neue Verfassung zu einem Sowjetsystem führen oder das Land nach dem Vorbild von Hugo Chávez in ein „Chilezuela“ verwandeln könnte.

Der langjährige Kampf der Rechten, eine systemändernde Abstimmung zu verhindern, ist offenbar gescheitert. Die große Frage ist jetzt, wer von den traditionellen politischen Kräften des Landes nun offensiv für ein Ende des neoliberalen Modells eintreten wird. Schon bilden sich Bündnisse, die Kandidaten für die Verfassungsversammlung aufstellen werden. Die Sozialisten gelten dabei den übrigen Linken als Wackelkandidaten. Nach 1990 hatten

sie gemeinsam mit den Christdemokraten (DC) als *Convergencia democrática* agiert, von 2013 bis 2018 dann ohne DC, aber mit den Kommunisten als *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit).

Jetzt wollen die Sozialisten unter der Bezeichnung *Unidad Constituyente* ihr altes Bündnis mit den Christdemokraten aufleben lassen, das allerdings für weitere Oppositionsparteien offen sein soll. Doch sowohl die Kommunisten wie die auch der Großteil der im Bündnis *Frente Amplio* (Breite Front) vereinten neuen Linksparteien lehnten das Angebot vorerst ab. Die Linke hofft darauf, dass sie in der Versammlung Verstärkung bekommen wird. Zum einen wurde festgelegt, dass die Hälfte der Delegierten Frauen sein sollen, zum anderen soll es auch fixe Startplätze für Vertreter:innen der Indigenen Chiles, vor allem der *Mapuche*, geben, sowie für „Unabhängige“. Für letztere Plätze bewerben sich bereits Vertreter:innen der Internet-Generation, darunter Rapper:innen und Schauspieler:innen.

Die Versammlung soll viele Gestaltungsmöglichkeiten haben. Sie könnte Chile z.B. vom präsidentialen in ein parlamentarisches System (mit einem nicht sehr mächtigen Premierminister) verwandeln und den Zentralismus verringern. Gebunden sind die Delegierten an die Demokratie, an bereits gefällte Gerichtsurteile und an internationale Verträge.

Unumstößlich ist nach Meinung der meisten Expert:innen auch die Regel, dass für die Festschreibung neuer Verfassungsbestimmungen jeweils eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist (was den Reichen wohl wie bisher eine Sperrminorität einräumen und einen wirklichen Systemwechsel verhindern würde). Speziell die Kommunisten (PC) vertreten aber die Ansicht, dass diese Regel in der Dynamik der Verfassungsgebung auch fallen könnte.

Zwischen den Stühlen sitzt vorläufig die neulinke *Frente Amplio*, die wie die PC Christ- und Sozialdemokraten dafür verantwortlich macht, dass das inhumane Pinochet-System seinen Schöpfer so lange überleben konnte. Diese neue Linke will vor allem die direkte Demokratie stärken und sich nicht den Kommunisten unterordnen.

Kommunist im Umfragehoch

In ersten Umfragen für die Präsidentenwahlen, die ebenfalls 2021 stattfinden sollen, liegt Beatriz Sánchez von der *Frente Amplio* bei zehn Prozent (bei der Wahl

2017 kam sie auf 20%). Der Rechtskandidat Joaquín Lavín, einst glühender Pinochet-Verehrer, liegt bei sieben Prozent. An der Spitze rangiert mit knapp 40 Prozent sensationellerweise ein Kommunist: Daniel Jadue, 53, seit 2012 Bürgermeister der Kommune Recoleta im Norden Santiagos.

Jadue ist ausgebildeter Stadtplaner und Soziologe, aber auch Enkel palästinensischer Einwanderer, der seine erste Politisierung bei der Jugendorganisation der PLO in Chile erlebte. Landesweit bekannt wurde er als vorbildlicher Lokalpolitiker, der in seinem Viertel u.a. *Farmacias Populares* (Volksapotheken) für Bedürftige einführte, die Medikamente wesentlich günstiger abgeben als private. „Mehr als 150 *comunas* haben diese Initiative bereits imitiert“, sagt Jadue, der danach auch noch Volksoptiker und Volksbuchhandlungen einführte.

Seiner Meinung nach müssten die Gemeinden für leistbares Wohnen, für Gesundheit und Erziehung sorgen, sagte Jadue dem linken US-Magazin *Jacobin*. Dazu müsste die neue Verfassung so gestaltet sein, dass Steuermittel nicht nur der Zentralregierung und Gemeinden mit reichen Einwohner:innen zur Verfügung stehen. Er vertrete das Gegenmodell zum Radikalkapitalismus, der alles teurer mache. Gefragt, ob er dieses Modell „sozialistisch“ nenne, meinte er, dass er nicht an Begriffen interessiert sei, sondern Chile „in Richtung soziale Gerechtigkeit“ verändern wolle. Der Sozialistischen Partei wirft er Kumpanei mit dem Neoliberalismus vor, die neuen Linken sind für ihn „universitäre Kreise“ ohne Basisarbeit und mit „fast Null Verbindungen zu den Bürgern“.

Angeekelt ist Jadue mit Bemerkungen in Richtung der Juden Chiles. „Mit der jüdischen Gemeinde komme ich gut aus“, sagte er der konservativen Zeitung *El Mercurio*. „Mit der zionistischen habe ich gewisse Probleme.“ An anderer Stelle beklagte er, dass linksalternative Medien aus der jüdischen Gemeinde unterstützt würden, „um dort die Palästinenser unsichtbar zu machen“. Das führte zu scharfen Reaktionen von Gerardo Gorodicher, dem Präsidenten der Jüdischen Gemeinde: In anderen Ländern würde solch ein Kandidat nicht in den Umfragen geführt, den würde „die eigene Partei entfernen“. Es braucht nicht viel Fantasie, um anzunehmen, dass Chiles Innenpolitik neben allen anderen offenen Fragen nun auch noch ein Schatten des Nahostkonflikts berühren wird. ■

PARLAMENARISCHER PUTSCH UND WIDERSTAND

Eine erneute Regierungskrise hat Peru zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt zugesetzt. In nur sieben Tagen – zwischen dem 9. und dem 17. November – wurden zwei Präsidenten ausgewechselt und ein dritter mit der Aufgabe betraut, für Stabilität und die Sicherstellung der Präsidentschaftswahlen im April 2021 zu sorgen. Dazwischen fanden zahlreiche Proteste statt, die gewaltsam von der Polizei unterdrückt wurden. Dies alles zu einer Zeit, in der Peru eine der höchsten Corona-bedingten Sterblichkeitsraten weltweit aufweist und die Pandemie die Wirtschaft um 13,9 % schrumpfen ließ.

Von Eny Angenvoort

Die Amtsenthebung von Präsident Martín Vizcarra vom 9. November war der Höhepunkt im Konflikt zwischen seiner Regierung und der Legislative, der seit seiner Amtsübernahme 2018 als Nachfolger von Pedro Pablo Kuczynski schwelte. Vizcarras Amtszeit war von einem ständigen Tauziehen zwischen seiner Regierung und dem Parlament geprägt. Von ihm eingeleitete Reformen zur Korruptionsbekämpfung wurden vom Kongress systematisch verschleppt, wobei ihm mehrfach das Vertrauen verweigert wurde. Dieser Umstand führte zur Auflösung des Kongresses im September 2019 und zu Neuwahlen im Jänner 2020. Der neue Kongress, der aus neun Fraktionen besteht, zeigte sich auch nicht kooperativ und versuchte bereits im September Vizcarra abzusetzen. Nun ist es ihm gelungen, ihn wegen „permanenter moralischer Unfähigkeit“ des Amtes zu entheben. Hierfür wurden neue Anschuldigungen erhoben, wonach Vizcarra als Regionalpräsident von Moquegua Bestechungsgelder erhalten haben soll.

Das Amtsenthebungsverfahren, für das eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, stützte sich auf Artikel 113 der Verfassung von 1993. Für Vizcarras Absetzung stimmten 105 Abgeordnete, von denen 68 selbst Ziel von Ermittlungsverfahren sind. Am 10. November wurde der ehemalige Kongresspräsident Manuel Merino zum neuen Interimspräsidenten ernannt. Merino ist ein altdienstes Mitglied von *Acción Popular* und gegen ihn ist ebenfalls mehrmals ermittelt worden.

Unmittelbar nach Vizcarras Absetzung gab es in Lima erste Proteste gegen das Vorgehen des Kongresses. Sie wurden von Anfang an vorwiegend von jungen Menschen organisiert und entwickelten sich in Lima und anderen Städten des Landes unter Parolen wie „*Este congreso no me*

representa“ rasch zum täglichen Ritual. Als am 11. November Merino sein Kabinett vorstellte, drohte die Krise zusätzlich, eine rechtsextreme Wendung zu nehmen, denn das Kabinett bestand aus Ultrakonservativen und Altgardisten der APRA, also ausgerechnet der Partei, die bei den Wahlen keinen einzigen Parlamentssitz erobern konnte. Zum Premierminister wurde der ehemalige Verteidigungsminister der APRA-Regierung Ántero Flores ernannt.

Der erste nationale Protestmarsch gegen die Regierung Merino fand am 12. November statt. In Lima kam es zu Gewaltexzessen durch die Polizei, die mit Schrotkugeln, Gummigeschossen, scharfer Munition und Gasgranaten gegen die Demonstrant:innen vorgeing. Während des zweiten nationalen Marsches am 14. 11. agierte die Polizei in

Lima wieder mit extremer Härte. Zahllose Menschen wurden verletzt, viele festgenommen und es gab Angriffe auf die Presse. Die Studenten Bryan Pintado (22) und Inti Sotelo (24) wurden durch Schrotkugeln getötet.

Noch am selben Abend traten mehrere Minister zurück und am folgenden Tag verkündete Manuel Merino seinen Rücktritt. Zeitgleich stellten die Angehörigen der Opfer Strafanzeige gegen Merino, Flores und einen Generalleutnant der Nationalen Polizei. Mittlerweile gilt als erwiesen, dass die polizeiliche Repression von höchster Stelle angeordnet worden war. Nach anhaltenden Protesten wurde schließlich am 16. November Francisco Sagasti zum dritten Interimspräsidenten Perus in-

nerhalb einer Woche gewählt. Er ist Mitbegründer des *Partido Morado* und gilt als gemäßigte Kraft. In seiner Antrittsrede bat er im Namen des Staates die Angehörigen der getöteten Jugendlichen um Verzeihung.

Neue Widerstandsgeneration

Durch die Proteste sind neue Akteure in Erscheinung getreten. Es sind hauptsächlich Jugendliche zwischen 16 und 25, die bislang als unpolitisch, individualistisch und süchtig nach sozialen Medien galten. Sie sind eine heterogene und parteilose Gruppe, die ihre Mobilisierungen spontan und effizient über die sozialen Medien koordiniert.

In Anlehnung an den 200. Jahrestag der Gründung Perus als Republik am 28. Juli 2021 werden sie „Generation der 200 Jahre Unabhängigkeit“ genannt. Die Ernennung des neuen Präsidenten Sagasti haben sie



Foto: Beto Baron

Francisco Sagasti, der neue Interimspräsident

begrüßt, fordern aber Gerechtigkeit für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und die getöteten Studenten. Sie fordern zudem eine neue Verfassung sowie die Sicherstellung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April 2021.

Mittlerweile steht fest, dass es während Sagastis Amtszeit kein Referendum zur Verfassungsreform geben wird, denn aus seiner Sicht obliegt diese Aufgabe der neuen Regierung. Darüber hinaus – betrachtet man die hohe Anzahl an Präsidentschaftskandidaten – gibt es genug Gründe anzunehmen, dass das Ergebnis der kommenden Wahl nicht viel anders als das der letzten ausfallen wird, nämlich in Form eines fragmentierten Kongresses mit instabilen und kaum gefestigten Parteien. ■

HURRIKAN ETA IN HONDURAS.. ZWISCHEN ZERSTÖRUNG UND ÜBERLEBEN

Von María Iglesias,
Korrespondentin aus Honduras

Am vergangenen 31. Oktober wird in Honduras eine zehntägige Feriensaison beworben, um den durch die Corona-Quarantäne hart getroffenen Tourismus wiederzubeleben. Doch schon am 1. November beginnen im Nachbarland Nicaragua die Evakuierungen, da sich Hurrikan ETA mit Stärke 4 nähert und sich anschickt, mit zerstörerischer Kraft auf die beiden Ländern gemeinsame Küste zu treffen. Trotzdem ermuntert die honduranische Regierung die Bevölkerung, weiterhin die Ferien zu genießen.

Am Montag, den 2. November, weisen die ins Meer mündenden Flüsse einen erhöhten Wasserstand auf. Es ist das Produkt aus starken Regenfällen und einem infolge erhöhten Meeresspiegels verursachten Rückstau. Die Bevölkerung ist alarmiert, nimmt aber zugleich mit Erstaunen die staatliche Desorientierung wahr, als Präsident Juan Orlando Hernández inmitten der Regenfälle noch mehrere Gemeinden besucht, um die Tourismus-Kampagne fortzusetzen.

Erst am 4. November wird angesichts von bereits acht Überschwemmungstoten die höchste Warnstufe im ganzen Staatsgebiet ausgerufen – ohne vorbereitete Unterkünfte. Verzweiflung, Angst und Desinformation verursachen Chaos. Ganze Familien beschließen, per Rüberleiter auf die Dächer ihrer Häuser zu klettern, nachdem die Gewalt der Flüsse ein Meer ohne Ende aus Schlamm, Bäumen, Tierkadavern und Geröll ausgebreitet hat. Nicht allen gelingt dies, und bei Einbruch der Nacht geben manche Hausmauern nach.

Am 5. November stehen ganze besiedelte Regionen unter Wasser. Dabei hat die Sturmgewalt des Hurrikans honduranisches Gebiet kaum berührt, sondern sich rechtzeitig in ein tropisches Unwetter gewandelt, wodurch der Regen zum Protagonisten der Katastrophe wird. Die Zufahrtsbrücken vom Landesinneren in die Nordzone sind eingestürzt, der Straßenbelag hat sich gelöst und so die Durchfahrt verunmöglicht, was Evakuierungen verhindert. Der Präsident verlangt dessen ungeachtet, allerdings vergeblich, über die

Medien die Evakuierung von mehr als zwei Millionen Menschen innerhalb von zwei Stunden.

Bis zum Sonntag, dem 8. November, müssen Bewohner:innen weiterhin auf den Dächern der Häuser ausharren. Einige Schulen werden zu vorübergehenden Unterkünften umfunktioniert. Während die Mehrheit keine Unterstützung erhält, beschließen die Bürger:innen Whatsapp-Gruppen einzurichten, um Hilfsgüter aus nicht betroffenen Städten zu organisieren. Bilder davon gehen angesichts des untätigen Staates schnell viral.

Am 9. November fällt der Polizei nichts Besseres ein, als von den sich freiwillig engagierenden Bootsbesitzer:innen Maßnahmen wie Rettungswesten für jede evakuierte Person, Handgel und MNS-Masken zu verlangen, während die zu Rettenden barfuß, hungrig und unterkühlt bis zu den Hüften im Schlamm stecken und nur mehr um Hilfe schreien können. Unterdessen ist die Zahl der Vermissten auf 2.000 gestiegen.

Die Trucks, die aus der Hauptstadt angefahren kommen um Hilfsgüter zu verteilen, welche die Bevölkerung in einer spontanen Kampagne unter dem Motto „Nur das Volk rettet das Volk“ gespendet hat, werden von den Militärs an Mautstellen angehalten. Man verlangt Genehmigungen und dass jeder Sack den Stempel von *Copeco*, der Permanenten Katastrophenschutzbehörde (*Comité Permanente de Contingencia*), aufweist. Und wieder erfüllen die schnell vorbereiteten Videos die Überlebenden mit Empörung. Die Frustration steigert sich noch, als der Präsident im staatlichen Fernsehen auftritt und bekräftigt, er habe alles unter Kontrolle und werde ein Hilfspaket mit Namen „Sie sind nicht allein“ im Wert von 50.000 Lempiras (2.025 USD) an die Geschädigten übergeben. Schnell stellt sich heraus, dass die enthaltenen Produkte im Supermarkt für



Foto: José Valle

Auf Hilfe durch die Regierung warteten Tausende vergeblich.

12.000 Lempiras (516 USD) zu haben sind.

Die Tragödie wird die kommenden Monate andauern. Dafür sorgt ausgerechnet die zentrale Katastrophenschutzbehörde: Deren aktueller Direktor ist ein Reggaeton-Sänger mit diesbezüglich verfänglichem Künstlernamen „Killa“. Er wurde nur zwei Wochen vor dem Ernstfall bar jeder Qualifikation in dieses für einen Karibikanrainerstaat besonders wichtige Amt berufen, denn hier sind Umweltkatastrophen durch die jährliche Hurrikansaison quasi vorprogrammiert.

Und „Killa“ ist die bereits dritte Neubesetzung dieses Amtes seit März 2020 (sic!) – die Vorgänger wurden wegen Korruptionsverdachts entlassen. Während der jüngste *Copeco*-Direktor in den Medien erscheint und von 23 Toten spricht, kursiert in der Bevölkerung längst, dass in den Leichenschauhäusern mehr als 100 an die Ufer geschwemmte Körper lagern und der Verbleib ganzer Gemeinden noch ungewiss ist.

Insgesamt bleiben mehr als zwei Millionen in Mitleidenschaft gezogene Personen ihrem Schicksal überlassen. Sie sind Gefangene eines Wirbelsturms aus Korruption und Betrug, der noch schlimmer, weil nachhaltiger wütet als jener der Natur. Honduras bleibt ein Land, in dem sich die Frustration über die Tragödie mit der Unsichtbarkeit der vor der Welt verschwiegenen Fakten verbindet, und das in naher Zukunft nur eine Überlebensoption hat: die Gewissheit, dass nur das Volk das Volk rettet. ■

Übersetzung: Brigitte Ghafouri-Schmidt;
Bearbeitung: Jürgen Kreuzroither

AUCH HURRIKANS KENNEN ZWEITE WELLEN

Keine zwei Wochen nach Hurrikan *Eta* mit 260 Todesopfern traf Mitte November bereits *Iota* auf die Karibikküste Mittelamerikas. Diesmal waren Nicaragua und Honduras die hauptbetroffenen Länder. Im Gegensatz zu *Eta* wurde jetzt großteils vorsorglich evakuiert, dennoch sind in Mittelamerika und Kolumbien erneut etwa 50 Menschen zu Tode gekommen, unter anderem deshalb, weil vom ersten Zyklon nicht überschwemmte Gebiete nun auch betroffen waren und sich viele Anwohner:innen entschieden hatten, aus Sorge vor Einbrüchen ihre Behausungen nicht zu verlassen.

Eine erste grobe Schätzung der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank geht von vier Millionen Betroffenen, darunter 400.000 Evakuierten, durch die beiden Zyklone aus. Die finanziellen Schäden könnten sich auf fünf Milliarden USD belaufen.

Präsidenten fordern Klimagerechtigkeit

Die Präsidenten der heimgesuchten Länder beklagten in einem eilig arrangierten Treffen die Aussicht, sich für die notwendigen Aufbauarbeiten erneut tief verschulden zu müssen, und zeigten sich frustriert angesichts der Corona-bedingt mangelnden internationalen Aufmerksamkeit. Angesichts der dreifachen – nicht zuletzt von der Klimakrise herrührenden – Belastung der Region (stärker werdende Hurrikans; sich ausbreitender mittelamerikanischer Trockenkorridor; Covid-19-Pandemie) – fordern die Präsidenten einen besseren Zugang zu den Mitteln des Grünen Klimafonds der UNO. Sie pochen dabei auf Klimagerechtigkeit, denn während Mittelamerika verhältnismäßig wenig zur globalen Klimakrise beiträgt, ist es von den Folgen schon jetzt überproportional betroffen. Eine weiter anschwellende Auswanderungsbewegung steht wohl bevor.

Jürgen Kreuzroither

GUATEMALA AM POLITISCHEN TIEFPUNKT

Sollte jemand an der moralischen Verkommenheit des guatemalteki-schen politischen Systems gezweifelt haben: Die Ereignisse Ende November müssten diese Zweifel beseitigt haben. Mitten in der Corona-Krise und unmittelbar nach den Verheerungen, die zwei Tropenstürme in Folge ausgelöst haben, beschloss die Regierungsbündnis hinter verschlossenen Türen ein Rekordbudget, das weder für die Corona-Geschädigten noch für die Opfer der Hurrikans Sonderzahlungen vorsah.

Im Gegenteil: Gesundheits- und Bildungsausgaben wurden gekürzt, in einem Land, wo 60 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Kräftig erhöht wurden dagegen die Ausgaben für „Arbeitsessen“ und andere Privilegien der Abgeordneten. Massenproteste waren angekündigt. Aber ausgerechnet am 21. November stand vor dem sonst schwer bewachten Kongress kaum Polizei. Die wenigen Polizisten ließen maskierte „Demonstranten“ gewähren, die in aller Ruhe Molotov-Cocktails präparierten und das Gebäude in Brand setzten. Die Türen wurden von innen geöffnet, damit ein wütender Mob eindringen und offenbar gezielt Büros verwüsten und Akten vernichten konnte.

Videos beweisen, dass man sich mit Feuerlöschern und gefüllten Wasserkübeln auf Brandstiftung vorbereitet hatte. Der Brand konnte daher schnell gelöscht werden. Während die Regierung von „Terroristen“ und versuchtem Staatsstreich sprach, warfen auch konservative Beobachter den Regierungsabgeordneten vor, den Anschlag selbst inszeniert zu haben. Auch als wenige Tage später ein Bus vor dem Nationalpalast abgeackelt wurde, schritt die Polizei nicht ein. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Keine Rücksicht übten die Polizisten gegenüber gewaltfreien Demonstrant:innen am Hauptplatz. Zwei junge Männer verloren durch gezielt abgeschossene Tränengaspatronen das linke Auge. Opposition und öffentliche Meinung fordern wegen der Vorfälle den Rücktritt des eben erst ernannten Innenministers Gendri Reyes. Der von den chilenischen Carabineros ausgebildete Militär war 2009 als Chef des Sicherheitsapparates des Präsidenten abgelöst worden, weil er Zahlungen für seine

Untergebenen unterschlagen hatte. Drei Jahre später verlor er einen anderen Posten, nachdem er Schutzgeldzahlungen von Bordellen eingetrieben hatte. Präsident Alejandro Giammattei will den bereits dritten Innenminister seiner knapp elf Monate währenden Präsidentschaft vorerst nicht opfern. Auch der Aufforderung von Vizepräsident Guillermo Castillo, gemeinsam „zum Wohle Guatemalas zurückzutreten“, leistete der Staatschef keine Folge. Die beiden reden nicht mehr miteinander, seit Giammattei ein Superministerium geschaffen und seinen mutmaßlichen Liebhaber zum mächtigsten Mann des Kabinetts gemacht hat.



Giammattei: gescheitert als Präsident

Im Kongress herrscht eine Allianz, die vom Volksmund und den Medien als *pacto de corruptos* bezeichnet wird. Dieser Pakt hat letztes Jahr dafür gesorgt, dass die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), die unter anderem Korruptionsaffären von Politikern aufgedeckt und 2015 zum Sturz des Präsidenten Otto Pérez Molina beigetragen hat, aus dem Land geworfen wurde. Seither wird auch die unabhängige Justiz schrittweise demontiert.

Unter dem Druck der Straße und des mächtigen Unternehmerverbandes CACIF, der sich durch die offene Korruption geschädigt sieht, nahm die Kongressführung schließlich das Budgetgesetz zurück. Eine Entscheidung, die laut Verfassung nur vom Plenum getroffen werden kann, aber auf allgemeine Zustimmung traf. Man darf gespannt sein, ob Giammattei sein erstes Amtsjubiläum im Jänner noch feiern kann.

Ralf Leonhard

NICARAGUA KNEBELT NGOS

Nicaraguas Parlament hat ein Gesetz beschlossen, das nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen an die Kandare nimmt. Die Reform wird damit begründet, dass „ausländische Einmischung“ die „staatliche Sicherheit gefährdet“. Alle Agenturen, Stiftungen, Vereine oder NGOs, die im Lande arbeiten, werden verpflichtet, sich in ein Register von Auslandsagent:innen beim Innenministerium einzutragen.

Von Ralf Leonhard

Am 15. Oktober nahm Nicaraguas Parlament mit den 70 Stimmen der regierenden FSLN – bei 17 Gegenstimmen und vier Enthaltungen – das „Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten“ an. Die Registrierungspflicht trifft auch sämtliche Mitarbeiter oder Berater solcher Organisationen. Wer einmal registriert ist, muss über alle Projekte, die mit ausländischer Finanzierung geplant sind, Rechenschaft ablegen und sämtliche Finanzierungsquellen offenlegen. Monatlich ist dann eine minutiöse Buchführung über alle Eingänge und Ausgänge vorzulegen. Verboten ist das Annehmen anonymer Geld- oder Sachspenden. Finanziert werden dürfen nur jene Vorhaben, die im Vorhinein deklariert wurden. Gelder müssen über in Nicaragua registrierte Finanzinstitutionen ins Land kommen, die verpflichtet sind, jede Kontobewegung zu melden.

Personen, die im Agent:innenregister notiert sind, ist es unter Strafe verboten, „in Aktivitäten oder Themen der Innenpolitik zu intervenieren“. Genauso ist es untersagt, Organisationen, Bewegungen, politische Parteien, Allianzen oder Vereine zu finanzieren oder zu fördern, die sich in die nicaraguanische Politik einmischen. Bei Weigerung können Konten, Immobilien und anderes Eigentum der Person oder Organisation beschlagnahmt werden. Falsche Angaben werden strafrechtlich geahndet. „Ausländischen Agenten“ ist es auch verwehrt, sich für öffentliche Ämter zu bewerben. Für den Politologen Eliseo Núñez ist das ein Gummiparagraph, der „vom Regime nach Gutdünken angewandt wird“. Sollte die Opposition sich entschließen, die Wahlen im November 2021 nicht zu boykottieren, würde Ortega mittels dieses Gesetzes „jene Oppositionellen aussuchen, die ihm am wenigsten gefährlich sind“.

Überhaupt dürfte das ganze Gesetz darauf abzielen, eine dynamische Zivilgesell-



Rosario Murillo und Daniel Ortega

schaft zu zerschlagen, die vor den Wahlen Mobilisierungskraft entfalten kann, wie eine führende Mitarbeiterin einer deutschen NGO mit Projekten im Land meint.

Entsprechend laut war der Aufschrei, als der Entwurf Ende September dem Parlament zugeleitet wurde. Es protestierten nicht nur regierungskritische Organisationen, von denen die meisten ohne ausländische Unterstützung nicht arbeiten könnten. Auch der Unternehmerverband *Cosep* warnte vor einem „gigantischen Chaos“, das das „totalitäre Gesetz“ im Lande anrichten würde. „Das kommt einer Rückkehr in die 1980er Jahre gleich“, wettete *Cosep*-Präsident Michael Healy.

Die Version, die schließlich von der Nationalversammlung abgesehnet wurde, kennt eine Anzahl von Ausnahmen. Neben internationalen Organisationen und diplomatischen Vertretungen sind das Unternehmen und Investitionsprojekte, ausländische Journalist:innen und Religionsgemeinschaften. Entwicklungshilfeagenturen sind nur dann ausgenommen, wenn sie durch die Wiener Diplomatenkonvention geschützt sind. Vor allem auf kleinere nichtstaatliche Organisationen trifft das nicht zu. Die werden auch durch die Auflage, monatliche Berichte vorlegen zu müssen, gezielt daran gehindert, ihre eigentliche Arbeit zu machen.

Für die in der *Coalición Nacional* zusammengeschlossenen Oppositionsgruppen ist das Gesetz „ein weiterer Eskalationsschritt der Ortega-Murillo-Diktatur“. Gemeint sind der autoritär regierende Präsident Daniel Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo. Die Plattform der nicaraguanischen NGO-Netzwerke will das Gesetz als verfassungswidrig anfechten.

Gesetz gegen Fake News

Weiters verabschiedete das Parlament am 23. Oktober ein Gesetz über „Cyber-Delikte“, das Falschmeldungen in den Medien und sozialen Medien unter Strafe stellt. Wenn diese Information „zu Hass oder Gewalt aufruft, die wirtschaftliche Stabilität, die öffentliche Ordnung, die Volksgesundheit oder die nationale Souveränität gefährdet“, drohen Strafen von drei bis fünf Jahren Haft nebst hohen Geldbußen. Auf verleumderische Nachrichten und üble Nachrede im Netz stehen ein bis drei Jahre.

Viele Länder der Welt haben Gesetze gegen Hass im Netz beschlossen. Die nicaraguanische Variante ist aber so vage formuliert, dass Journalist:innen und Nutzer:innen sozialer Medien Zensur fürchten. So Michelle Polanco vom unabhängigen *Canal 10*: „Dieses Gesetz lässt offen, was eine Falschmeldung ist und wer darüber urteilt, ob eine Nachricht falsch oder wahr ist“. Angesichts der Schikanen gegen die freie Presse ist das kein unberechtigter Zweifel an der Lauterkeit der Absicht.

Präsident Ortega plant auch schon den nächsten Schlag gegen die Opposition. Er wünscht sich lebenslange Haft für „Hassverbrecher“. Und er lässt keinen Zweifel aufkommen, dass sich das gegen Oppositionelle richtet, die gegen sein Regime protestieren. Zweimal musste er unter internationalem Druck politische Gefangene freilassen. Jetzt will er sie lebenslang einsperren: „Es sind Kinder des Dämons, Söhne des Teufels, sie sind voller Hass, geladen mit Hass, sie atmen Hass aus: Hass, Hass, Hass, sonst nichts. Es sind feige Verbrecher, die sich unantastbar fühlen, weil wir ihnen Amnestie gewährt haben“.

Für Regimekritiker:innen ein weiterer Beweis, dass Daniel Ortega vor den Wahlen, bei denen er Ende 2021 seine insgesamt fünfte Amtszeit anstrebt, jede Opposition mundtot machen will. ■

ERNÜCHTERNDE ZWISCHENBILANZ DES PRÄSIDENTEN

Der zweite Jahrestag der Amtsübernahme von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) am 1. Dezember 2020 war Anlass für teilweise heftige Kontroversen, sowohl innerhalb der von ihm vor zehn Jahren gegründeten Partei MORENA als auch zwischen den verschiedenen politischen Lagern außerhalb davon. Allen ist jedoch die Einschätzung gemeinsam, dass die von AMLO stets ins Treffen geführte *Cuarta Transformación* hauptsächlich auf dem Führungsanspruch des Präsidenten selbst aufgebaut ist.

Von Leo Gabriel

Von dieser Vierten Wende hört man sehr viel, man sieht sie aber nicht“, sagt Porfirio Muñoz Ledo, der mit 87 Jahren wahrscheinlich älteste Mitstreiter von López Obrador, der einige Monate nach dem auf allen Ebenen fulminanten Sieg MORENAs als Parlamentspräsident die Ehre hatte, dem frischgewählten Mandatar die präsidiale Schärpe umzuhängen. Muñoz Ledo kritisiert vor allem, dass AMLO bisher wenig Bereitschaft zeigte, einen seiner Meinung nach dringenden Verfassungsprozess in die Wege zu leiten: „Die Verfassung von 1917 wurde von den Neoliberalen, vor allem unter der Ägide von Salinas de Gortari (1988-1994, Anm. d. Red.) derart durchlöchert, dass es praktisch unmöglich ist, den Reformprozess auf eine institutionelle Ebene zu heben“.

Gratwanderung statt Systemwandel

Aber auch was die Wirtschaftspolitik betrifft, hat AMLO bisher keine Anstalten getroffen, einen Systemwandel herbeizuführen. Das betrifft sowohl diverse Mega-Projekte, die vor allem von den indigenen Organisationen unter Federführung der Zapatisten heftig kritisiert werden, als auch das Festhalten an einer Sparpolitik gegenüber den humanitären Stiftungen und NGOs. Nur die längst fällige Erhöhung der Mindestlöhne und -pensionen sowie die staatlich subventionierten Preise für Grundnahrungsmittel und andere soziale Hilfen sind positiv zu verzeichnen. „Es scheint, dass diese Regierung eine linke Sozialpolitik betreibt und eine konservative Wirtschaftspolitik“, sagt der namhafte mexikanische Historiker Lorenzo Meyer.

Das scheint aber der Popularität von AMLO keinen Abbruch zu tun. Immerhin kann er auf Beliebtheitswerte von mehr als 60 Prozent zählen, trotz seines zentralistischen Führungsstils, den Meyer als „linkspopulistisch“ bezeichnet. Was den Mexikaner:innen besonders gut gefällt, sind

seine allmorgendlichen Pressekonferenzen (über 500 seit seinem Amtsantritt). Am meisten imponiert ihnen, dass die Generalstaatsanwaltschaft den vielen Korruptionsfällen der Vorgängerregierungen nachgeht. Dabei wird nicht nur die Unterschlagung von oft mehrstelligen Millionenbeträgen geahndet, sondern kommt auch deren Zusammenarbeit mit Drogenkartellen zum Vorschein. So hat der in den USA zu lebenslangem Gefängnis verurteilte Joaquín „El Chapo“ Guzmán, einst oberster Boss des „Golfkartells“, ausgesagt, verschiedene Wahlkämpfe mitfinanziert zu haben.

Der Fall Cienfuegos und das Spiel mit den Militärs

So ist es kaum verwunderlich, dass ausgerechnet der oberste Drogenfahnder der Nation, der ehemalige Verteidigungsminister in der Regierung Peña Nietos, Brigadegeneral Salvador Cienfuegos, am 15. Oktober auf dem Flughafen von Los Angeles von Beamten der obersten Drogenbehörde DEA verhaftet wurde. AMLO und der militärische Inlandsgeheimdienst SEDENA befürchteten nicht zu Unrecht, dass Donald Trump die Gelegenheit nutzen würde, die SEDENA der CIA zu unterstellen, was einer Übernahme des militärischen Sicherheitsapparats durch die USA gleichkommen würde.

Außenminister Marcelo Ebrard machte sich auf den Weg nach Washington, um Trump und Außenminister Pompeo zu erklären, dass ihre Vorgangsweise durch die bilateralen Abkommen nicht gedeckt ist. Die US-Staatsanwaltschaft gab nach und überstellte General Cienfuegos an die mexikanische Justiz, was in Mexikos Medien als „großer Erfolg“ gefeiert wurde. AMLO und Ebrard haben sich damit auch bei der Armeeführung beliebt gemacht, die versprach, den Fall weiter zu verfolgen.

López Obrador hat sich von Beginn seines Mandats an stark um ein gutes Ver-



hältnis zur Armee bemüht, die traditionell eher im Verborgenen agiert hat. So hat er den Militärs auch den Bau des neuen Flughafens in Santa Lucía überlassen und die neu gegründete Nationalgarde, die zum Großteil aus ehemaligen Soldaten und Offizieren besteht, mit dem Schutz der Grenzen betraut.

Gefährliche Zeiten

Es gibt auch handfeste innenpolitische Gründe, die AMLO dazu bewegen, sich der Loyalität der etwa 320.000 Armeegehörigen zu versichern. Beispiele wie Chile, Honduras und Bolivien haben gezeigt, dass für linke und linksliberale Regierungen die Allianz der Oligarchien mit den Militärs katastrophale Folgen haben kann. Fast jede:r Mexikaner:in hat schon einmal gedacht, dass eine messianische Figur wie AMLO, der gleich nach seiner Amtseinführung die ihm zustehende Präsidentengarde entlassen hat, leicht zum Opfer eines Attentats werden könnte. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Verbrecherbanden und ihre Kartelle ihr schmutziges Geschäft besonders im Norden und Südwesten des Landes weiterhin betreiben; insbesondere die Morde an Frauen haben in den letzten beiden Jahren zugenommen.

Inzwischen haben die Rechtsparteien PRI und PAN sowie die korrupte PRD ihre historische Niederlage vom Juni 2018 überwunden und sind dabei, sich unter dem Namen „*Sí por México*“ zu verbünden, um die Mehrheit der MORENA-Partei bei den bevorstehenden Parlaments- und Regionalwahlen zu brechen. Wie immer diese auch ausgehen mögen: Dem sozialliberalen Regime von AMLO stehen grimmige Zeiten bevor. Aber vielleicht wird der selbsternannte Erlöser angesichts des Regierungswechsels in den USA über seinen eigenen Schatten springen und die Flucht nach vorn antreten. ■

LATINX VOTE

Die USA haben gewählt und Joe Biden wird aller Voraussicht nach am 20. Jänner 2021 als 46. US-Präsident vereidigt werden. Viele Kommentator:innen haben bereits im Vorfeld auf das immer größer werdende Wähler:innensegment lateinamerikanischer Herkunft hingewiesen. Hat sich deren Gewicht an den Wahlurnen bewahrt? Was waren die Motive, die ihre Wahlentscheidung schließlich beeinflussten?

Von Laurin Blecha

Das *Pew Research Center* ermittelte im Vorfeld der diesjährigen Präsidentschaftswahl, dass von den über 200 Millionen eingetragenen Wähler:innen in den USA etwa 32 Millionen sogenannte *Hispanics* sind. Bundesweit waren sie somit zahlenmäßig bereits eine größere Gruppe als die der Afroamerikaner:innen. Ihre Hochburgen finden sich vor allem im Süden und Südwesten der USA, allen voran in den Bundesstaaten Kalifornien, Texas, New Mexiko, Arizona oder Florida, und hier sind es vor allem die Großstädte wie Los Angeles, Miami, Phoenix oder Houston, in denen viele Menschen lateinamerikanischer Herkunft leben.

che Identitäten und sprechen verschiedene Sprachen. Viele Kommentator:innen sprechen daher nicht mehr vom *Latino Vote*, sondern *Latinx Vote*, um auf die Diversität innerhalb jener Gruppe hinzuweisen. Lassen sich bei all diesen Facetten überhaupt noch Ansatzpunkte für Parteien finden, um politisch für sich zu mobilisieren?

Gekommen, um zu bleiben

Wenn es ein gemeinsames Band von vielen in den USA lebenden Latinos und Latinas gibt, dann ist es jenes der Migration. Einige leben seit Generationen in den USA, andere erst seit Kurzem. Die USA sind seit Dekaden Zielland für viele Lateinamerikaner:innen, die der strukturellen

Armut und Gewalt in ihren Herkunftsländern entkommen wollen. In den letzten Jahren waren dies vor allem Mexikaner:innen und Zentralamerikaner:innen. Im Zuge der konfliktiven Politik Trumps gegenüber jenen Migrant:innen wurde vielfach angenommen, dass nun besonders viele Latinos und Latinas ihre Stimme den Demokraten geben würden.

Dies traf vor allem auf die jüngere Generation zu, die sich in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen schon seit Jahren gegen die xenophobe Stimmung im Land stellte. Wie oben erwähnt, ist die Sache aber komplexer. Die Ergebnisse der Wahl zeigen, dass Biden zwar die Mehrheit der Latinx-Stimmen gewinnen konnte, aber im Vergleich zu Hillary Clintons Ergebnis nur minimal besser war.

Dementsprechend meint etwa der Historiker Geraldo Cadava von der *Northwestern University*, dass es – auch im Hinblick auf kommende Wahlen – ein Missverständnis in der Demokratischen Partei gibt, dass in Zukunft alle Latinos und Latinas ihre Stimme den Demokraten geben würden, da sie mit ihrer relativ liberalen Sozial- und Einwanderungspolitik die Bedürfnisse der *Latinx community* am besten ansprechen könnten. Der Tenor bei den Demokraten lautet, man müsse nur genügend Ressourcen bereitstellen und eventuell sogar auf eine Polarisierung á la Trump hoffen, da diese potenziell liberalen und moderaten Wähler:innen dann die Demokraten bevorzugten. Hierbei, so Cadava, wird die oft über Generationen weitergegebene Parteizugehörigkeit außer Acht gelassen, die bei republikanischen Wähler:innen stark ausgeprägt ist und sich weniger an Personen orientiert als an Themen. Denn, wie bei allen Wahlen, bestimmen die unterschiedlichen Lebenserfahrungen die (Wahl)Entscheidungen.

Der lange Schatten des Kommunismus

Die Mehrheit (fast 70%) der Wahlberechtigten Latinos und Latinas in den USA sind mexikanischer und nur etwa 5% kubanischer Herkunft. Deren Stimmen sind jedoch regional oft wichtig. Seit längerem entscheiden sie im Bundesstaat Florida den Ausgang mit, wo vor allem der Miami-Dade County als Hochburg des republikanischen Latinx Vote gilt. Viel wichtiger erscheint die Tatsache, dass das Stimmverhalten eine Art Nebenwirkung von politischen Entwicklungen im Herkunftsland ist. Bei Kubaner:innen, Nicaraguaner:innen, Venezolaner:innen und Kolumbianer:innen in den USA spielen anti-sozialistische und anti-kommunistische Diskurse eine zentrale Rolle, die teils an den Kalten Krieg erinnern. Bei ihnen ist eine Stimme für Trump auch eine Stimme gegen Maduro oder Ortega. Die politische Polarisierung ist somit längst transnational.

Zwischen Familie, Job und dem American Dream

Für die lateinamerikanischen *communities* sind die Katholische Kirche ebenso wie die seit einigen Jahren aufstrebenden evangelikalen Freikirchen zentral. Beide



Foto: Chip Somodevilla

Von Trump offenbar begeisterte Latinas

Der Begriff *Hispanic* ist unscharf und problematisch. Historisch bezeichnet er eigentlich die spanischen Einwanderer:innen aus Europa und deren Nachfahren und suggeriert eine kulturelle und soziale Homogenität, die es innerhalb der *Latino community* genauso wenig gibt wie bei den „Weißen“. Vielmehr sollte von *communities* die Rede sein, denn die Latinos und Latinas in den USA haben unterschiedli-

verbindet, dass sie ein gesellschaftlich an konservativen Moralvorstellungen orientiertes Familienbild vermitteln. Daher finden entsprechende Forderungen der Republikanischen Partei, wie etwa jene nach einer restriktiven Abtreibungspolitik, hier ein Echo. So kann die Ernennung von Amy Conney Barret, einer erklärten Abtreibungsgegnerin, zur Richterin am US-Supreme Court auch als Zeichen in Richtung der Latinos und Latinas verstanden werden.

Konservative Vertreter:innen von evangelikalen Kirchenverbänden geben sich oft sehr volksnah, was sie in ihren TV-Shows anschaulich zeigen. Sie vermitteln ein Gefühl der Nahbarkeit, ähnlich wie Trump selbst. Oft wurde in den Medien und von Expert:innen auf den Widerspruch hingewiesen, dass Trump sich volksnah gibt, in der Arbeiterklasse mobilisieren kann und sich gern als Repräsentant und Kämpfer für die „einfachen Leute“ darstellt, wengleich er aus einer wohlbehüteten Millionärsfamilie stammt. Im öffentlichen Diskurs war dieser Widerspruch jedoch nie ein großes Problem für ihn, da er als jemand gesehen wurde, der „es geschafft hatte“. Seine Ablehnung der politischen und gesellschaftlichen Hierarchien trifft einen zentralen Punkt der US-amerikanischen Identität: Egal wo jemand herkommt, er/sie kann es (theoretisch) bis ganz nach oben schaffen.

Dieses immer noch wirkmächtige Narrativ in der US-amerikanischen Gesellschaft ist auch für viele Lateinamerikaner:innen von Bedeutung. Viele sind selbst Kinder von Einwander:innen, die hoffen, eines Tages auch den *American Dream* für sich und ihre Familien erfüllt zu wissen. Dies setzt aber voraus, dass es überhaupt Jobs gibt, von denen viele im Zuge der Pandemie verloren gegangen sind. Vor allem den Dienstleistungssektor, in dem die meisten Latinos und Latinas tätig sind, hat es stark getroffen. Während die Trump-Administration wenig Interesse an einer Lösung des Problems zeigte, sprach sich Biden mehrmals für die Unterstützung besonders prekärer Bevölkerungsschichten aus. Dies geben die bisherigen Analysen kaum wieder. Angenommen werden kann aber, dass Lateinamerikaner:innen Biden eher vertrauen, aktuelle Probleme lösen zu können, als Trump. Wie Joe Biden seine Politik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern anlegen wird, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt noch Spekulation. ■

DER RETTER VON HAVANNA

Eine Hommage für den Stadthistoriker Eusebio Leal

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Als das puritanische Amerika in den 1920ern den Alkohol-Handel verbot, stiegen die Süchtigen in Miami in den Zug, der über viele Brücken nach Key West gondelte, um von dort, auf eine Fähre geschoben, in Havanna zu landen, das den Durst mit Rum löschte.

Diese Eisenbahn, mit der wohl schönsten Fahrt der Welt, wurde in den 1930ern von Wirbelstürmen zerstört. In der Folge brauchte man sie auch nicht mehr, weil nach dem 2. Weltkrieg zwischen Miami und Havanna das Flugzeug triumphierte: Aus dem nach wie vor puritanischen Amerika flogen jetzt die Söhne reicher Eltern ein, vergnügten sich ein Wochenende lang in Clubs, Bars und Spielsalons und ließen sich von den schönsten Mulattinnen der Karibik verwöhnen. So kehrte man am folgenden Montag happy in die Heimat zurück.

draufpacken zu können, gewann sie Diktator Fulgencio Batista für ein wahnwitziges Projekt: den historischen Stadtkern (*La Habana Vieja*), wo in zerfallenden historischen Altbauten die Prostitution hauste, zugunsten supermoderner Hotels abzureißen, um die Gringos vom Flughafen mit Helikoptern auf den Dächern anzulanden und von dort in Aufzügen direkt in die Clubs, Spielhöhlen, Musikshows und Pornoläden zu bringen.

Als ironische Fußnote: Mobster Meyer Lansky ließ derweil direkt am *Malecón*, der immer noch atemberaubenden Meerespromenade, von Stararchitekten das elegante *Riviera* als Gästehaus hochziehen. Alles war fertig im Dezember 1958. Wenige Wochen später beschlagnahmte die siegreiche Revolution das Gebäude, welches seither als staatliches Luxushotel dient.

Als Fidel Castro in den ersten Jänner-
tagen 1959 siegreich in Havanna einzog

und die Revolution ausrief, zerstob der Spuk. Es war auch höchste Zeit, denn am ersten historischen Gebäude in der Zone nagte bereits die Spitzhacke. *La Habana Vieja* war damit vorerst gerettet. Allerdings zeigte Fidel an der Stadt wenig Interesse. Die Revolution sollte vor allem dem ländlichen Bereich dienen. Havanna blieb sich selbst überlassen. Nur ein Nachtclub, das *Tropicana*, durfte überleben, bis heute mit betörend schönen Körpern der Tänzerinnen in überbordenden Kostümen, aber nunmehr, da verstaatlicht, ausschließlich als Au-



Eusebio Leal, der im Sommer verstorbene „Retter Havannas“

Dieser Wochenend-Tourismus verdichtete sich mit der Zeit, was die US-Mafia, damals stark unter Meyer Lansky, auf den Plan rief, mit eigenen Nachtclubs, Pornographie und Prostitution, um die Gewinne abzuschöpfen. Um noch mehr

genschmaus, und vorerst – nach dem damaligen Prinzip der „moralischen Anreize“ – gratis für verdiente Zuckerrohrschneider, Fabrikarbeiter:innen, Zigarrendreher:innen oder Revolutionsheld:innen. (Devisentourist:innen mit teuren Eintritts-

⇒ von Seite 31: DER RETTER VON HAVANNA

karten waren erst wieder ab den 1970ern willkommen.)

Aus Havanna, damals die modernste Stadt Lateinamerikas, begann die große Flucht nach Miami. Anti-Castristen und Angehörige des Bürgertums sowieso, aber auch die inzwischen verfemten Musik-, Gesangs- und Tanzkünstler:innen und alle sonstigen Angehörigen des leichten Gewerbes; sie alle gaben mit der Zeit auf oder wanderten ab. Havanna verlor an Farbe, wurde grau und stumm. Wer blieb, konnte sich immerhin mit Rum, inzwischen nicht mehr Bacardi-Monopol, sondern als *Havanna Club* staatlich destilliert und vertreiben, trösten.

Derweil durchlief die Revolution ihre widersprüchlichen Phasen, was der Bevölkerung einen immer entbehrungsreicheren Alltag aufzwang. Nach einer Hungerphase in den 1960ern, gefolgt vom Zerfall der Sowjetunion 1989, stand das Land bankrott da. Von der Not getrieben, begann man doch wieder den Tourismus anzudenken.

Fidel Castro opponierte. Eventuell, meinte seine Entourage, ließe sich ein Projekt versuchen, um Devisentourist:innen auf die paradiesische Halbinsel *Varadero* (vor 1959 exklusiver Ort für US-Oligarchen) zu locken – natürlich unter Aussperung der einheimischen Bevölkerung. Letzteres kam dann doch nicht in Frage, denn es wäre schlimmer gewesen als in der plutokratischen Ägide davor.

Es war das Genie von Dr. Eusebio Leal, damals als „Stadthistoriker“ in eine bürokratische Nebenstelle abgeschoben, der den Revolutionschef davon überzeugen konnte, dass Qualität einige der befürchteten negativen Auswirkungen (insbesondere ein schamloses Anbetteln der Devisentourist:innen durch Jung und Alt) neutralisieren könnte. Sein Vorschlag: Die historische, vom Salz der Meerluft zeretzte Altstadt mit ihren historischen Gebäuden aus der spanischen Kolonialzeit Schritt für Schritt zu renovieren und mit den daraus erhofften Einnahmen das ehrgeizige Projekt zu finanzieren.

Die Rechnung ging auf. Nicht zuletzt auch deswegen, weil die Armeeoffiziere sich mittels eigener Firmen das ertragreiche Management des neuen Tourismus unter den Nagel rissen. Wie auch immer: Nach fast vier Dekaden sorgsamer Sanie-

rung glänzt heute die historische Altstadt als Juwel und ist anerkanntes UNESCO-Kulturerbe. (Nicht zu vergessen: Geholfen hat mit ihrer Erfahrung in Altstadtsanierung auch die Stadt Wien, welche Dr. Leal mehrfach eingeladen hat.)

Und die Tourist:innen kamen: zuerst Kanadier und Brasilianer, gefolgt von Westeuropäern und dann auch Russen. Bald Millionen, und, mit zögerlicher Reiseerlaubnis aus Washington für US-Bürger:innen, Hunderttausende extra. Im bisher letzten Zähljahr schloss der Tourismus mit mehr als vier Millionen Besucher:innen ab, inzwischen freilich weniger die Hautevolee von seinerzeit, sondern eher die kleinbürgerlichen Bucher:innen von All-inclusive-Reisen.

Trotzdem, Kubas Tourismus-Planer:innen begannen hochzustapeln: Innert fünf Jahren sollten pro Jahr sieben Millionen Tourist:innen einfliegen – wofür internationale Investoren in Havanna 5-Sterne-plus-Häuser aufzogen und Taucherfreaks auf schwimmenden Hotels vor Kubas unberührten Korallenkeys paradiesische Meeresgärten vorfinden würden.

Angesichts dieses touristischen Ansturms brauchte die Revolution nun auch wieder die in den 1960ern verfemten Künstler:innen. Es explodierte der *Son Cubano*. Der Musikfilm „*Buena Vista Social Club*“, eigentlich eine deutsche Spurensuche, brachte das vergessene Erbe zum Glänzen. Bald kein Staatshotel ohne Combo, Tanz, Ballett. Paradiesvögel überall, offiziell übrigens sehr keusch (informell natürlich nicht ganz so).

Kubas Eingeborene nehmen diesen Kitsch achselzuckend zur Kenntnis, denn ihre Salsa-Lebensfreude – Fidel Castro hat sie nie geteilt – bleibt davon unberührt. Nur wenn eine Combo auf touristisches Verlangen – und man verlangt sie immer – die Revolutionshymne „*Comandante Che Guevara*“ anstimmt, drückt es Altrevolutionäre im Hals. Aber was soll's. Hauptsache, Dollar- oder Euro-Trinkgeld klingelt!

Es begannen interessante Jahre. Immerhin, bei aller Ungleichheit, regte sich dank erlaubter Privatinitiativen das Leben in Havanna immer bunter. Und dann passierten überhaupt Wunder. Wiederaufnahme der Beziehungen Havanna-Washington. US-Präsident Obama persönlich in der kubanischen Kapitale. Havanna und Miami begannen erstmals wieder zu kommunizieren. Schließlich durften sogar US-

Kreuzfahrtschiffe in das riesige Hafenbecken von Havanna einfahren, deren Passagiere zu Tausendschaften die bunte Altstadt, zumindest für ein paar Stunden, stürmten.

Das alles ist schon wieder vorbei. Infolge von Präsident Trumps Hass herrscht wieder die Strenge des *bloqueo*, wie die Kubaner das US-Embargo nennen. Auch keine US-Kreuzfahrtschiffe mehr. Die Altstadt gähnt leer. Und dann die schlimme Nachricht: Covid-19 erreichte Havanna im März 2020. Sechzigtausend Devisentourist:innen wurden über eine Luftbrücke ausgeflogen. Alle Hotels, alle Privatunterkünfte, alle Restaurants ohne Gäste! Kubas Regierung steht unter Druck, mit wirksamen Maßnahmen auf diese Krise zu reagieren. Vielleicht taucht sogar ein kubanischer Reformler auf? Ein fast revolutionärer Schritt wurde getan: Kubanische Bürger:innen dürfen inzwischen straflos mit Dollar oder Euro auf den Lebensmittelmärkten einkaufen!

Und noch eine Warnung, um kein falsches Bild vom heutigen Havanna zu vermitteln: Die großartige Renovierung von *La Habana Vieja* lässt alle anderen Stadtviertel – wo die Eingeborenen wohnen – links liegen. Insbesondere das *Centro*, das im 19. Jahrhundert auswuchernde Viertel jenseits der damaligen Stadtmauer, verfällt erschreckend. Eigentlich müsste alles abgerissen werden. Ganz zu schweigen vom Viertel *Guanabacoa*, wo die illegal aus dem Osten Zugewanderten in Zuständen hausen, die Leonardo Padura, Kubas Meisterromancier, „schlimmer als Haiti“ nennt.

Und dann gibt es noch ein ganz anderes Viertel, supermodern, im Westen, akzentuiert vom Betondaumen der russischen Botschaft, wo sich inzwischen das internationale Geschäftsleben abspielt, mit Hotels, Büros, Banken, Restaurants. Eine moderne Enklave, in die sich die Bewohner:innen des bitterarmen Stadtviertels *Regla*, auf der anderen Seite der Bucht, fast durchwegs afrokubanisch und der schwarzen Muttergottes (*Virgen de Regla*) abgöttisch verbunden, nie hintrauen würden.

Ach, unser Stadthistoriker Eusebio Leal, dem das Wunder der Rettung von *La Habana Vieja* gelang, hätte noch viel zu restaurieren. Aber sein Werk ist getan. Die Zeituhr des 80-Jährigen lief Mitte dieses Jahres ab. Möge ihm die revolutionäre Erde von Havanna leicht sein. ■

IN MEMORIAM

JOAQUÍN „QUINO“ SALVADOR LAVADO TEJÓN

(1932-2020)

Am 30. September starb der argentinische Cartoonist Joaquín Salvador Lavado, besser bekannt unter seinem Künstlernamen Quino. Wir erinnern an einen großen Künstler und Intellektuellen.

Von Laurin Blecha

In einer kurzen Autobiografie, erschienen auf seiner persönlichen Internetseite, beschrieb Quino seine Suche nach den vermeintlich „Guten“ und „Bösen“, nach dem „Richtigen“ und „Falschen“ in der Welt. Denn ein paar Jahre nachdem er 1932 als Sohn aus Andalusien eingewanderter Spanier:innen in Mendoza auf die Welt kommt, tobt bereits der Spanische Bürgerkrieg. Die bösen Spanier (Franquist:innen) töten nun die guten (Republikaner:innen), wird ihm gesagt. Damit nicht genug: Im Zweiten Weltkrieg stellt sich das eigentlich „gute“ Italien auf die Seite der Faschist:innen, während Großbritannien – der Erzfeind Argentinienens – auf der Seite der „Guten“ kämpft. Nach dem Krieg wandeln sich die USA, einst die „Guten“ im Kampf gegen den Faschismus, zum fraglichen Demokratieexporteur, der mehr Chaos und Krieg stiftet als Frieden. Letztlich ist sogar die Zugehörigkeit zu Argentinien problematisch: 1976 kommt es zum Putsch und die Militärdiktatur wendet sich bis 1983 gegen das eigene Volk. Quino verlässt Argentinien Richtung Italien – nun wieder auf der guten Seite – und lebt bis zur Rückkehr der Demokratie in Mailand.

Am besten bekannt ist Quino durch seine Comicfigur *Mafalda*, die das erste Mal 1964 in der Zeitschrift *Primera Plana* erschien. Das Mädchen aus der argentinischen Mittelklasse mit ihrem charakteristischen *flequillo* (Stirnfransen) ist von kindlicher Naivität und Neugierde ebenso geprägt wie ihre ironischen Feststellungen. Oft ohne sozialen Filter stellt sie Fragen an die Gesellschaft und sich selbst und entlarvt die Scheinheiligkeit der Menschen ebenso wie die Widersprüche des alltäglichen Zusammenlebens. In *Mafalda* porträtiert Quino die argentinische Gesellschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Vater geht seinem eintönigen Bürojob

nach, der ihn täglich in den überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln verzweifeln lässt. Ausgleich möchte er bei seinen Topfpflanzen finden, die jedoch dauernd von Ameisen aufgefressen werden. Die Mutter ist Hausfrau, und nachdem sie die Wohnung geputzt, Hemden gebügelt und die Teller abgewaschen hat, fragt Mafalda, ob es ihr eigentlich gefallen würde, „wirklich am Leben zu sein“.

Auch Mafaldas Freunde sind Spiegelbilder der argentinischen Gesellschaft: Da ist Susanita, die vom Leben als brave Hausfrau träumt; Manolito, der Immigrant, der die soziale Leiter hinaufsteigen will; Felipe, der immer etwas unsicher ist und nicht weiß, was er einmal in seinem Leben machen soll, und Libertad, eine Idealistin und Rebellin. In den *Mafalda*-Comics bewegt sich Quino stets zwischen dem privaten und dem öffentlichen Raum. Stereotype Figuren sollen nicht nur den Mythos einer einheitlichen argentinischen Mittelklasse aufzeigen, sondern es wird generell die bürgerliche Moderne in Frage gestellt. Heute existieren Übersetzungen in über zwanzig verschiedenen Sprachen und *Mafalda* ist längst als GIF auf Twitter und Instagram im virtuellen Raum unterwegs.

Aber Quino war und ist nicht nur *Mafalda*. In seinen unzähligen Comics war kein Berufsstand und keine soziale Schicht vor ihm sicher: Egal ob Priester, Politiker:innen, Ärzt:innen, Künstler:innen oder Taschendieb:innen, Quino dekonstruierte Geschlechterrollen, soziale und generative Hierarchien und ökonomische Ungleichheiten. Die von ihm porträtierten Lebensrealitäten zeigen, wie er mit viel Ironie und teils schwarzem Humor gesellschaftliche Bruchlinien aufzeigen konnte.

So spitz und stets direkt seine Figuren agieren, so war Quino privat eher introvertiert und schüchtern, im großen Gegensatz zu seiner Frau. Alicia Colombo war 57 Jahre lang, bis zu ihrem Tod 2017,



Foto: Wikipedia (2014)

seine Lebensgefährtin. Als Doktorin der Chemie arbeitete sie für die Nationale Atomenergiebehörde, jedoch gab sie ihren Job für die Karriere ihres Mannes auf. Ein Schicksal, das sie mit vielen Frauen von international bekannten Persönlichkeiten teilt, wie etwa mit María Kodama, der Frau von Jorge Luis Borges. Bei Familienfeiern führte Alicia die Gespräche ebenso wie mit den internationalen Verlagen und Zeitschriften; sie beantwortete auch die Fanpost. Quino und Alicia bildeten eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft, und als er 2014 mit dem prestigeträchtigen Prinzessin-von-Asturien-Preis ausgezeichnet wurde, widmete er diesen seiner Frau. ■



KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika (<https://www.npla.de>, E-mail: poonal@npla.de), des Lateinamerika-Portals amerika21.de (<https://amerika21.de>, E-mail: redaktion@amerika21.de) und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

GUATEMALA

Anhaltende Proteste

Die Demonstrationen in Guatemala gegen die Regierung von Präsident Alejandro Giammattei und den Kongress reißen nicht ab. Wie bereits am 21. und 22. November gingen auch Ende November wieder Tausende in mehreren Städten „gegen die Korrupten“ auf die Straße. Ihre Wut hatte sich zunächst vor allem gegen die Verabschiedung des Haushaltsplans 2021 gerichtet, der eine enorme Neuverschuldung und Kürzungen im Bereich Gesundheit und Bildung sowie die Erhöhung der Mittel für Privatunternehmen und für die Abgeordneten vorsah. Obwohl der Kongress das Budget inzwischen suspendiert hat, gehen die Proteste weiter.

Die Zustimmungswerte des Präsidenten sind seit seinem Amtsantritt zu Beginn dieses Jahres deutlich zurückgegangen. Seine Regierung steht schon länger in der Kritik. Ihr wird neben Korruption vorgeworfen, nicht genügend Mittel für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit bereitzustellen. Auch der Umgang mit der Covid-19-Pandemie wird kritisiert. Selbst Vizepräsident Guillermo Castillo hatte am 20. November Giammattei öffentlich aufgefordert, „zum Wohle Guatemalas zurückzutreten“.

An den Demonstrationen am 21. November waren laut Medienberichten mehr als eine halbe Million Menschen beteiligt, es kam zu heftigen Zusammenstößen mit staatlichen Sicherheitskräften. Die *Policia Nacional Civil* ging massiv gegen die Protestierenden vor, zahlreiche Menschen wurden verletzt, mehr als 30 verhaftet. Teile des Parlamentsgebäudes wurden in Brand gesetzt. Inzwischen haben Gerichte die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen mehr als 20 Polizisten zu ermitteln, die an der Unterdrückung der Proteste beteiligt waren. Giammattei sprach nach dem 21.

November von einem „Staatsstreich, den minoritäre Gruppen erzwingen wollen“, und rief die Organisation Amerikanischer Staaten unter Berufung auf die Interamerikanische Demokratiecharta um Hilfe.

Forderungen der andauernden Proteste sind unter anderem der Rücktritt des Präsidenten und der Abgeordneten, die dem Kongress vorstehen, sowie die Absetzung des erst kürzlich ernannten Innenministers Gendri Reyes und des Polizeichefs José Tzúbán. Auch der Ruf nach einer verfassungsgebenden Versammlung wird lauter. Die sozialen Organisationen prangern zudem an, dass die Regierung den Protest kriminalisiere. Dies mache es schwierig, einen echten Dialog zu führen, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Krise des Landes zu finden.

Michael Kohli, amerika21

MEXIKO

Frauenfeindliche und homophobe Polizeigewalt

Mehrere frauenfeindliche und homophobe Vorfälle von Polizeigewalt erschütterten im November Südmexiko. Am 7. November kam es im südmexikanischen Bundesstaat Oaxaca zu frauenfeindlichen und homophoben Übergriffen der Polizei. In der Hauptstadt Oaxaca de Juárez gingen Einheiten der örtlichen Polizei gegen einen selbstorganisierten Markt vor. Insbesondere eine Transperson war von homophober Polizeigewalt betroffen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Polizist:innen verletzten weitere Personen, u.a. eine junge Mutter mit ihrem Kleinkind, mit Schlagstöcken und Tränengas.

Die Frauenrechtsorganisation *Consortio Oaxaca* verurteilte die Übergriffe als Machtdemonstration von Oaxacas Bürgermeister García Jarquín. Mit autoritären Mitteln versuche dieser, gegen die sozialen Organisationen vorzugehen, die sich für die Rechte von Frauen, Homosexuellen und nicht-binären Personen einsetzen. Eine Woche nach den Polizeiübergriffen fand der Markt wieder statt, diesmal allerdings mit einer sehr politischen Ausrichtung.

Die Teilnehmer:innen forderten eine Entschädigung und dass die Verantwortlichen für die Polizeigewalt zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Markt wird seit einigen Wochen von vorwiegend jungen Menschen organisiert. Sie wollen mit ihm eine Möglichkeit schaffen, die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den lokalen Handel abzumildern. Die Händler:innen bringen neben selbstproduzierten Waren auch gebrauchte Gegenstände mit, die sie untereinander tauschen.

Einen frauenfeindlichen Vorfall gab es auch im südmexikanischen Bundesstaat Quintana Roo. Am 9. November fand eine von Feministinnen organisierte Demonstration in der Touristenhochburg Cancún statt. Auslöser war der Femizid an der 20-jährigen Alexis sowie an zwei weiteren Frauen; die Teilnehmer:innen forderten ein Ende der Gewalt gegen Frauen im Bundesstaat. Nach Sachbeschädigungen am Regierungspalast löste die Polizei die Demonstration gewaltsam und unter Einsatz von Schusswaffen auf.

Miriam Flores & Knut Hildebrandt, npla

BRASILIEN

Hoffnungsschimmer für die Opposition

In São Paulo meldete sich am Abend nach den Kommunalwahlen vom 15. November der linke Bürgermeisterkandidat Guilherme Boulos zu Wort: „Wir haben das Programm von Hass, Rückschritt und Lügen besiegt.“ Kurz zuvor war bestätigt worden, dass er in Lateinamerikas größter Stadt in die Stichwahl einziehen werde.

Boulos ist Koordinator der Wohnungslosenbewegung MTST und war 2018 Präsidentschaftskandidat für die Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL). Im ersten Wahlgang bekam er 20 Prozent der Stimmen. Voran lag der amtierende Bürgermeister Bruno Covas von der Mitte-rechts-Partei PSDB, der sich nun als Gegenwicht zu „den Radikalen“ verkaufte. Da er über mehr Zeit für TV-Werbepots und einen stabilen Parteiapparat verfügte, gewann er die Stichwahl vom 29. November.

Dennoch: Für die krisengebeutelte Linke war das Wahlergebnis vom 15.11. ein langersehnter Hoffnungsschimmer. Knapp 150 Millionen Brasilianer:innen waren zur Wahl von mehr als 5.000 Kan-

didat:innen aufgerufen. Das Wahlsystem sieht in Städten mit mehr als 200.000 Einwohner:innen eine zweite Runde vor, wenn kein:e Kandidat:in die absolute Mehrheit holt.

In Rio de Janeiro erreichten zwei rechte Politiker die Stichwahl, die Ex-Bürgermeister Eduardo Paes gegen Amtsinhaber Marcelo Crivella klar für sich entschied. Ein lang diskutiertes Wahlbündnis linker Parteien war gescheitert. Die Kandidatin der Arbeiterpartei PT landete mit 11 Prozent nur auf dem vierten Platz.

In der südbrasilianischen Hafenstadt Porto Alegre zog Manuela D'Ávila, Kandidatin der sozialdemokratisch geprägten Kommunistischen Partei von Brasilien (PCdoB), als Zweitplatzierte in die Stichwahl, die sie aber verlor. In der Küstenmetropole Salvador wurde der Mitte-rechts-Kandidat Bruno Reis mit 65 Prozent der Stimmen direkt gewählt.

Neben den Bürgermeister:innen wählen die Brasilianer:innen auch die Stadträt:innen. Vielen Schwarzen, LGBTI und Indigenen gelang es, sich ihren Platz in der Politik zu erkämpfen. In Rio de Janeiro wird Monica Benício, Witwe der ermordeten Politikerin Marielle Franco, künftig im Stadtparlament sitzen. In São Paulo zieht die schwarze Transfrau Erika Hilton als Abgeordnete mit den meisten Stimmen in den Stadtrat der Megametropole ein. Beide sind Mitglied der PSOL. Die sozialistische Partei, die 2004 von abtrünnigen Politiker:innen der Arbeiterpartei PT gegründet wurde, läuft der PT immer mehr den Rang ab. Bis auf einzelne Ausnahmen (Sieg in Belem) setzte diese ihren Abwärtstrend fort.

Die PSOL genießt große Unterstützung bei der jungen Wählerschaft und der intellektuellen Mittelschicht. Auch die linke Kulturszene hatte sich fast einstimmig hinter PSOL-Kandidat Boulos gestellt. Doch trotz charismatischer Politiker:innen und eines klar linken Profils hat die Partei Probleme, arme Wähler:innen zu mobilisieren – so wie es der PT viele Jahre gelang.

Auffällig ist das schlechte Abschneiden von Kandidat:innen, die Rücken-deckung von Präsident Jair Bolsonaro erhielten. Der von Bolsonaro unterstützte Kandidat in São Paulo landete nur auf dem vierten Platz. Präsidentenspross Carlos holte 34 Prozent weniger Stimmen als vor vier Jahren. Die Kommunalwahlen sind allerdings kaum ein Gradmesser für die Präsidentschaftswahl 2022. Dafür ist das Parteiensystem in Brasilien zu komplex

und Wahlentscheidungen sind zu sehr personalisiert. Trotz des schlechten Abschneidens seiner Kandidat:innen verzeichnet Bolsonaro derzeit Rekordwerte in den Umfragen.

Niklas Franzen, taz

Schwarzer von Sicherheitskräften totgeprügelt

Der 20. November wird in Brasilien als Tag des Scharzen Bewusstseins gefeiert. In diesem Jahr trugen jedoch Tausende von Menschen ihre Empörung auf die Straße: Am Abend zuvor war der 40-jährige João Alberto Beto Silveira Freitas in einem Supermarkt des französischen Unternehmens *Carrefour* von zwei Sicherheitsbeamten totgeprügelt worden. Nach der Version des Sicherheitspersonals hatte der Mann in einer Filiale in Porto Alegre eine Kassiererin angegriffen und wurde daraufhin aus dem Geschäft entfernt. Dies ist jedoch auf den Kameras im Supermarkt nicht zu erkennen, und auch die Angestellten des Supermarkts wollen diese Geschichte nicht bestätigen.

Am nächsten Tag wurden mehrere Videos ins Netz gestellt, die das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte dokumentieren, außerdem ist zu hören, wie João Beto um Hilfe bittet, weil er keine Luft mehr bekommt. Der Mann starb schließlich im Parkhaus, nachdem einer der Sicherheitsleute ihm ein Knie auf den Hals gedrückt hatte. Die Polizei untersucht den Vorfall nun als rassistisch motiviertes Gewaltverbrechen, der brasilianische Vizepräsident Hamilton Mourão lehnt diese Sichtweise jedoch ab: In Brasilien gebe es keine Hassverbrechen. Die Regierung von Jair Bolsonaro habe die Diskriminierung von Schwarzen beendet.

Die offizielle Stellungnahme der Regierung wurde praktisch von keiner politischen Partei geteilt. Stattdessen sprachen mehrere Parteisprecher:innen und politische Akteur:innen ausdrücklich von rassistischer Gewalt und äußerten sich empört über die Geschehnisse. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften sowie mehrere Richter:innen des Obersten Gerichtshofs schlossen sich an. Der Konzern *Carrefour* seinerseits bedauerte den Vorfall und kündigte an, man werde sich von dem für die Vorfälle verantwortlichen Sicherheitsunternehmen trennen.

Das Verbrechen löste heftige Reaktionen aus. Zahlreiche Verbände riefen zu Protesten auf und prangerten unter dem

Leitsatz „*Black lives matter*“ den Rassismus in Brasilien an. In einem Supermarkt in São Paulo wurde ein Feuer gelegt. Vor und in den *Carrefour*-Filialen in Rio de Janeiro, Brasília und Porto Alegre sammelten sich wütende Protestierende. Die Polizei setzte Tränengas ein.

CHILE

Chef der Carabineros gefeuert

Am 19. November hat die chilenische Regierung unter Sebastián Piñera den Generaldirektor der Carabineros, Mario Rozas, entlassen. Rozas hat die Militärpolizei, die für Todesfälle, Folter, schwere Augenverletzungen und Verschwindenlassen verantwortlich gemacht wird, fast zwei Jahre lang geleitet

Der unmittelbare Anlass für die Entlassung war ein Vorfall am 18. November im südchilenischen Talcahuano. Bei einem Polizeieinsatz in einem Heim der staatlichen Fürsorge für Minderjährige (*Sename*) haben Carabineros zwei Jugendliche angeschossen. Die Umstände sind noch ungeklärt, doch der Aufschrei war enorm. Patricia Muñoz, die Ombudsfrau für Kinderrechte, reichte Klage gegen die Verantwortlichen ein.

Doch die kriminelle Bilanz von Rozas' Amtszeit ist bereits seit dem Beginn des sozialen Aufstands am 18. Oktober 2019 eindeutig: Dazu gehören mehrere nicht aufgeklärte Morde; hunderte Augenamputationen; tausende Verletzte; politische Gefangene, die noch immer ohne Beweise und ohne Prozess einsitzen; Folter und zehntausende Festnahmen. Die systematischen Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit betrafen nicht nur politisch Andersdenkende, sondern auch die *Mapuche* und ihren Kampf um Landrechte und politische Autonomie.

Der Sturz von Rozas wurde formell als „Rücktritt“ deklariert und sofort vom Präsidenten angenommen. Er verabschiedete ihn mit den Worten: „Ich habe größten Respekt, Bewunderung und Dankbarkeit für die Arbeit, die General Rozas geleistet hat.“ Auf dessen Posten wurde General Ricardo Yáñez gesetzt. Dabei handelt es sich lediglich um eine kosmetische Veränderung in einer der diskreditiertesten Institutionen Chiles (laut einer Meinungsumfrage lehnen 70 Prozent der Chilen:innen das Vorgehen der Carabineros ab).

Andrés Figueroa Cornejo

EINE GRÜNE STIMME FÜR WIENS LATINOS

Wiens lateinamerikanische Community hat seit November eine Stimme im Rathaus. Mit **Huem Otero García** zog eine gebürtige Kolumbianerin als Abgeordnete der Grünen ins Stadtparlament ein. Sie ist für Umwelt und Verkehr zuständig, wird aber auch ein offenes Ohr für Anliegen der migrantischen Gemeinde haben.

Von Ralf Leonhard

Doppelstaatsbürgerschaften sollten etwas Normales sein, meint Huem, die einen österreichischen und einen kolumbianischen Pass hat: „Ich fühle mich zu 100 Prozent als Wienerin, als Österreicherin und zu 100 Prozent als Kolumbianerin. Darin sehe ich keinen Widerspruch, sondern eine wunderschöne Ergänzung“. Huem steht voll hinter der Position der Grünen, das kommunale Wahlrecht an die Residenz, nicht an die Staatsbürgerschaft, zu binden. Leider sei das Bundes- und nicht Länderkompetenz. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft sollte außerdem erleichtert werden: „Der ist mit zu hohen Kosten und Hürden verbunden“.

Huem Otero wurde 1984 in Bogotá geboren. Ihren Großvater Rudolph Huemer aus Wien hat sie nicht mehr kennengelernt, sie hat ihm nur ihren eher ausgefallenen Vornamen zu verdanken. Er war – arbeits- und perspektivenlos – aus dem Elend der Zwischenkriegszeit nach Kolumbien ausgewandert. Dort konnte er Fuß fassen und eine Familie gründen. An Rückkehr dachte er offenbar nicht, sonst hätte er seiner Tochter seine Muttersprache beigebracht.

Als Huem zehn Jahre alt war, zog die Mutter mit ihr und ihrem älteren Bruder nach Wien, in die Heimat ihres Vaters, wo sie von vorn anfangen mussten. Alle drei sprachen kein Deutsch. Huem, „eine zweifache Wirtschaftsmigrantin“, fühlte sich „wie ins kalte Wasser geschmissen“. Ihre Mutter konnte ihren Beruf als Kindergartenpädagogin nicht ausüben, da ihre Ausbildung nicht anerkannt wurde. Sie musste sich mit Hilfsarbeiten in der Küche, Putzen und Kinderbetreuung durchschlagen. Aber es gab auch positive Erlebnisse. So erkannte Huem, die in Bogotá eine katholische Privatschule besucht hatte, dass auch öffentliche Schulen qualitativsten Unter-

richt bieten können und dass soziale Unterschiede durch solidarische Umverteilung zumindest reduziert werden können: „Ich durfte am Schikurs teilnehmen, obwohl wir kein Geld hatten“. Das habe sie geprägt.

Als sie auf der Universität für Bodenkultur Kulturtechnik und Wasserwirtschaft studierte, begann sie sich bei den Grün-Alternativen Studierenden (GRAS) zu engagieren und wurde auch in die ÖH gewählt. Inhaltlich spezialisierte sie sich auf Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung, Siedlungsbau und Ressourcenmanagement. Für den Autobahnbau, wo ihre Qualifikationen gefragt wären, hat sie sich nie interessiert. Konsequenterweise landete Huem Otero zunächst als Landwirtschaftssprecherin bei Greenpeace. Zuletzt war sie bei der Aktion Familienfasttag der Katholischen Frauenbewegung als Finanzreferentin angestellt.

Bei den Grünen stieg sie 2017 ein, als sie im Wahlkampf die schlechten Umfragewerte sah und meinte, es sei Zeit, sich zu engagieren. Bekanntlich flogen die Grünen damals aus dem Nationalrat. Aber 2019 folgte das Erfolgserlebnis des Wiedereinzugs und der Regierungsbeteiligung. Huem wurde dann bald von Parteifreund:innen angesprochen, ob sie nicht selbst kandidieren wolle. Nach kurzem Überlegen „habe ich mich dann entschlossen, dass ich politisch arbeiten mag. Und wo kann ich das besser als in der Stadt Wien, wo wir in der Regierung sind (Anm. d. Red.: waren) und am nächsten bei den Menschen?“ Bei der Landesversammlung im Februar wurde sie dann auf den halbwegs aussichtsreichen 12. Platz gewählt. 16 Mandatar:innen sind es dann geworden dank des besten Ergebnisses der Wiener Grünen bisher.

Dass die ehemalige Vizebürgermeisterin Birgit Hebein in keine Funktion gewählt wurde, bedauert Huem: „Ich hätte mir gewünscht, dass wir im Team für sie Platz haben, aber der Klub entscheidet, wie er die nächsten fünf Jahre arbeitet“. Die



Foto: Karo Pernegger

Grünen seien eben keine Führerpartei, sondern basisdemokratisch organisiert. Als Vizebürgermeisterin habe Hebein gute Arbeit gemacht. Pop-up-Radwege seien nicht aktionistisch, sondern eine echte Entlastung für Radfahrer:innen.

Für die Grünen in der Koalition mit der türkisen ÖVP wünscht sich Huem Otero mehr Verständnis: „Auf Bundesebene ist Österreich ein konservatives Land. Da bringen unsere Grünen sehr viel weniger weiter. Das schmerzt uns sehr, ist aber ein anderer Kontext“. Huem gibt sich schon am Anfang ihrer politischen Laufbahn als Realpolitikerin: „Die Frage ist, was man realpolitisch wirklich erreichen kann. Ich kenne in kolumbianischen Kreisen viele, die froh sind, dass die Grünen in der Regierung sind. Menschen die betroffen sind, sind unendlich froh, dass Alma Zadić Justizministerin ist“. Die Debatten in den sozialen Medien, wo die Grünen für ihren geringen Widerstand gegen die ÖVP-Politik geprügel werden, seien das Eine, „das Andere sind die Auswirkungen auf die Lebensrealität vieler Menschen“. Den Neos, die die Grünen als Koalitionspartner der SPÖ in Wien abgelöst haben, wünscht Huem Otero im Übrigen viel Glück: „Wir kennen das selbst, wie es ist, wenn die SPÖ bremst. Mit einem kleineren Partner ist das noch leichter“. ■



BUCHBESPRECHUNG

NICARAGUA UND DIE ZUKUNFT LINKER POLITIK

Hat ein linkes Projekt in Nicaragua Zukunft und steht die oppositionelle Basisbewegung für die traditionellen sandinistischen Werte, die die Solidaritätsbewegung in Deutschland 40 Jahre lang unterstützt hat? Das sind Fragen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Tagung in Berlin umtrieben. Die Dokumentation der dreitägigen Veranstaltung, die im April 2019 von *medico international*, dem *INKOTA-Netzwerk*, der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und *SOS Nicaragua* organisiert wurde, hat das Infobüro Nicaragua jetzt in der Reihe Nahua Skripte herausgegeben.

Auf der Tagung fand keine Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des autoritären Ortega-Regimes statt. Vielmehr ging es um eine Aufarbeitung des gescheiterten Aufstandes von 2018, der zur Bildung neuer Allianzen von Studierenden, Bauernbewegungen, Frauenorganisationen und selbst Unternehmerverbänden führte. Nach der blutigen Niederschlagung der Rebellion steckt die Opposition allerdings in der Krise und ist durch interne Auseinandersetzungen von ihrem Ziel, bei den Wahlen vom November 2021 eine glaubwürdige Alternative zu Daniel Ortega zu präsentieren, abgelenkt.

Gleich zu Beginn kommt die bekannte Menschenrechtsanwältin *Vilma Núñez* zu Wort und nützt die Gelegenheit für eine Kritik und Selbstkritik, die man getrost als historisch einstufen kann. Erstmals verurteilt eine der Protagonistinnen der Revolution die Menschenrechtsverletzungen in den frühen Tagen der sandinistischen Machtübernahme und den Jahren danach. Núñez, die als Anwältin damals voll informiert war, geht nicht nur auf die Erschießung von 50 Gefangenen in Granada ein, nachdem man die Todesstrafe abgeschafft hatte, sondern auch auf den Betrug an über 6.000 minderbelasteten Mitgliedern der Nationalgarde, denen man Vergebung und sogar mögliche Integration in eine neue Armee zugesagt hatte. Sie wurden von Sondertribunalen ohne rechtsstaatliche Garantien abgeurteilt und für Jahre ins Gefängnis geworfen. „Die Men-

schenrechte wurden zur Zeit der Revolution instrumentalisiert“, resümiert sie selbstkritisch. Sie selbst betrachtet sich immer noch als Sandinistin und hofft, dass die heutige Opposition den Sandinismus wieder zum Leben erwecken könne: „Das was heute Danielismus genannt wird, ist nicht ein entarteter Sandinismus, sondern hier ist ein neues Monstrum entstanden“.

Die im spanischen Exil lebende Feministin *Yerling Aguilera* beantwortet die zentrale Frage der Tagung negativ. Sie bezweifelt, dass die Menschen in Lateinamerika sich nach „linken“ oder „progressiven“ gesellschaftlichen Alternativen sehnen würden, „weil sie im kollektiven Gedächtnis mit der Linken automatisch Mätker und Repression verbinden“. Teile der europäischen Solidaritätsbewegung seien nicht hilfreich, wenn sie meinen „da sich Nicaragua mit Venezuela, Kuba und Russland verbündet hat, muss man es um jeden Preis als Teil der Globalen Linken verteidigen“. Das Dilemma: „Da ein Teil der europäischen Linken fortfährt, Ortega zu legitimieren, können wir intern auch kein alternatives Bild einer Linken mit positiven Gesellschaftsentwürfen entwickeln“.

Da hilft es auch nichts, dass *Thelma Brenes*, die Tochter eines politischen Gefangenen und sandinistischen Veteranen, klarstellt: „Für mich hat der Danielismus und der Sandinismus nichts mit links zu tun“. Die von manchen gepriesene Sozialpolitik Ortegas sei klientelistisch und, wie die Dozentin *María Teresa Blandón* auf einem späteren Panel mit Beispielen und Zahlen ergänzt, nicht geeignet, die Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Der Band dokumentiert mit großteils gehaltenen Beiträgen die hohe Qualität der Vordenkerinnen der nicaraguanischen Opposition, aber auch deren Hilflosigkeit gegenüber einem hochgerüsteten Machtapparat, der entschlossen ist, seine Herrschaft gegen Widerstand auch noch nach den kommenden Wahlen zu verlängern.

Ralf Leonhard

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.):
Nicaragua und die Zukunft linker Politik.



Utopie und Zerfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe

Nahua Sprit
18, Berlin
2020. 150
Seiten, 8 Euro
(zuzügl. Versandkosten)

Zu beziehen
bei: Informationsbüro

Nicaragua e.V., Deweerthstr. 8, 42107 Wuppertal
<https://infobuero-nicaragua.org/> oder per
mail info@informationsbuero-nicaragua.org

GUATEMALAS INDIGENE IM FRIEDEN

Simon Granovsky-Larsen: *Dealing with peace. The Guatemalan Campesino Movement and the Post-Conflict Neoliberal State*
University of Toronto Press, Toronto, 2019;
275 Seiten, USD 48,75

In diesem sehr klar strukturierten Buch befasst sich der kanadische Politikwissenschaftler Granovsky-Larsen mit zwei kleinbäuerlichen Bewegungen in Guatemala: der *Coordinadora Nacional Indígena y Campesina CONIC* und dem *Comité Campesino del Altiplano CCDA*. Beide haben unterschiedliche Geschichten in Bezug auf den Bürgerkrieg, revolutionäre Bewegungen und die Aushandlung der Friedensverträge. Daraus folgen auch unterschiedliche Strategien im Umgang mit jenen staatlichen Institutionen, die aus den Friedensverträgen entstanden sind und Zugang zu Land oder Entschädigungszahlungen an Vertriebene administrieren. Für die Analyse dieser Strategien und ihrer Erfolge und Misserfolge führte der Autor Interviews mit Schlüsselpersonen der Organisationen und erhob in vier Gemeinden Daten. Die äußerst heterogenen Ergebnisse dieser Forschung bilden die Grundlage für Schlussfolgerungen über die Möglichkeiten und Grenzen, staatliche Strukturen, deren Ziel die Durchsetzung individualisierter neoliberaler Wirtschaftsformen war und ist, für Gemeinwohl und kollektives Wirtschaften zu nutzen.

Umfangreiche Erhebungen für die Studie fanden 2008 und 2009 statt, diese Daten wurden durch weitere Erhebungen

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: **BUCHBESPRECHUNGEN**

2015 ergänzt. So konnten die wirtschaftlichen und organisatorischen Erfolge und Misserfolge beider Organisationen auf der Basis einer mehrjährigen Beobachtung eingeschätzt werden.



CCDA entstand 1982 in enger Verbindung mit indigenen Gemeinden in Chimaltenango und Sololá und bezog sich in seiner Analyse vor allem auf Klassenwiderstände.

CONIC hingegen entstand aus einer Abspaltung des CUC im Jahr 1992 und betont indigene Identität und Spiritualität. Während eine Stärke von CONIC die Lösung von Landkonflikten und der Zugang zu Land für indigene Gemeinden durch beharrliche Verhandlungen mit staatlichen Institutionen ist, liegt der Schwerpunkt von CCDA auf der Schaffung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle. Rückgrat hierfür ist ein solidarisches Kaffeeexportprojekt mit Kanada. Die daraus resultierenden Gewinne kommen einerseits kleinbäuerlichen Familien direkt zu Gute und werden andererseits in gemeinschaftliche Organisation und Lobbying für die Anliegen von Kleinbäuer:innen auf Regierungsebene investiert. Im Beobachtungszeitraum sinkt die Bedeutung von CONIC. CCDA gewinnt eine neue, junge Basis und transformiert sich zu einer deutlich indigen orientierten Kraft.

In den untersuchten Gemeinden (Victoria III in San Juan Ostuncalco, Quetzaltenango und San José La Pasión in Chahal, Alta Verapaz für CONIC; Salvador Xolhuitz in Nuevo San Carlos, Retalhuleu und Don Pancho Escuintla, Escuintla für CCDA) führen unterschiedliche interne Prozesse sowie externe Bedingungen dazu, dass die Gemeinden entweder stabile ökonomische Eigenständigkeit erreichen können oder aber von Projektanträgen und externen Unterstützungen abhängig bleiben. Dabei zeigt sich, dass die Nutzung neoliberal orientierter staatlicher Institutionen nicht automatisch zur Übernahme des entsprechenden Wirtschaftsmodells führt.

Vielmehr gelingt es indigenen Organisationen unterschiedlich gut, diese für sich wirksam zu machen.

Das Buch bietet interessante Einblicke in Organisationen, denen der Autor nahesteht, die er aber trotz offenkundiger Sympathie nicht idealisiert. Es ist für all jene geeignet, die Einblicke in lokale Dynamiken und Konflikte indigener Gemeinden erhalten wollen und deren ökonomische Eigenständigkeit unterstützen möchten.

Eva Kalny

DIE KUNST DES WANDELS

Patrik Eser/Jan-Henrik Witthaus (Hg.): Rechtswende in Lateinamerika.

Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart
Mandelbaum Verlag, Wien/Berlin, 2020,
296 Seiten, 26,- Euro

Rechtswende! Rechtswende? Bolivien zeigt gerade: Das Spiel der Kräfte ist offen, der Ausgang ungewiss. Das Buch greift ein wichtiges und facettenreiches Thema auf und beleuchtet es

aus unterschiedlichen Perspektiven und in verschiedenen Ländern. Dabei sticht gleich der gedankenreiche Überblicksbeitrag von *Dieter Boris* hervor. Sozio-ökonomische, politische, aber auch kulturelle Triebkräfte werden analysiert. *Hans-Jürgen Burchardt* beleuchtet abschließend noch einmal die Versäumnisse und Fehler progressiver Regierungen. Er betont dabei die Extraktivismusfälle, die Umverteilung und Sozialleistungen ohne tiefgreifende Strukturveränderungen ermöglicht: „Beutegemeinschaften“ aller anstelle etwa progressiver Steuerreformen. *Stefan Peters* tut dies vorher schon in prägnanter Weise für Venezuela, was besonders verdienstvoll ist. Schließlich fürchten sich viele – zum Beispiel in Bolivien – vor einer Venezolanisierung. Ein sehr erhellender Beitrag von *Stefan Ruderer* stellt die Protestwelle in Chile als Konsequenz einer langen Konti-



nuität neoliberaler, „rechter Politik im linken Gewand“ vor.

Nicht wirklich gut in einen roten Faden verwoben ist ein 60-seitiger, literaturkritischer Block. Insgesamt ist das Buch etwas argentinienlastig. Brasilien dagegen wird – fast pamphletartig – auf knappen acht Seiten quasi nachgereicht. Das ist schade.

Die Herstellung von Hegemoniefähigkeit im Sinne Antonio Gramscis sei eine regelrechte Kunst, die keine Rezepte oder Gebrauchsanweisungen jenseits historischer Situationen kennt, schreibt *Alejandro Grimson*. Das kann als Fazit gelten. Ein lesenswertes Buch.

Robert Lessmann

HAITI MIT KONTEXT

Katja Maurer, Andrea Pollmaier: Haitianische Renaissance – Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation
Brandes & Apsel, Frankfurt 2020
226 Seiten, 20,50 Euro

Dieser Sammelband tritt dem Stereotyp von Haiti als „Armenhaus der westlichen Hemisphäre“ und des „hoffnungslosen Falls der humanitären Hilfe“ entgegen. Dafür kreist das Buch von Beginn an und unter der Regie der Kulturjournalistin Andrea Pollmaier rund um die einzigartige Revolution, die an der Geburtsschwelle der zeitgenössischen Republik steht: Im Anschluss an die Französische Revolution forderten die Sklav:innen der damals reichsten Kolonie in der Karibik mit ihrem Unabhängigkeitskampf quasi die Universalisierung der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ von der französischen Kolonialmacht.

Die 1804 errungene politische Unabhängigkeit stellte etwas Unerhörtes dar und musste unmittelbar in einem ökonomisch verlustreichen Kampf gegen potente Mächte verteidigt werden. Das weiter vom Rohstoffexport abhängige Haiti zahlte schließlich einen hohen Preis für das Ende des von Frankreich verhängten – und von den USA mitgetragenen – Embargos. Die junge Republik hatte einer gigantischen „Reparationssumme“ an Frankreich zuzustimmen. Die Zahlungen endeten erst in den 1950er Jahren (!) und waren von Beginn an fatal: Notwendige Investitionen zur Überwindung der kolonialen Deformationen konnten nur ungenügend erfolgen und der dem Embargo folgende Export auf Teufel-komm-raus (v.a. Ent-

waldung) legte den Grundstein für die bis heute anhaltenden ökologischen Verwüstungen. Die Besetzung durch die USA 1915-34, fast 30 Jahre Duvalier-Diktatur ab 1957 und die Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre verschärften die Schuldenkrise.



Dann kam das verheerende Erdbeben von 2010. Der folgende internationale Hilfseinsatz geriet zur „Katastrophe nach der Katastrophe“, so das vernichtende Urteil von Katja Maurer

über die Leistung von NGOs und Regierungsagenturen. Als Haitibeauftragte einer deutschen NGO hat sie tiefe Einblicke gewonnen und berichtet von kolonialistischen Einstellungen bei manchen Helfer:innen und dem Ergebnisdruck von Geldgeber:innen und medialer Öffentlichkeit, die dem Eingehen auf die Verhältnisse vor Ort entgegenstanden.

Das Buch ist in neun thematische Kapitel mit jeweils einem Artikel und einem Interview gegliedert. Es geht unter anderem um das Widerständige des Volkes, (gescheiterte) Freihandelszonen, das ungleiche Verhältnis zum Inselnachbarn Dominikanische Republik und die (problematische) Rolle der Vereinten Nationen mit ihren jahrzehntelangen, aufeinanderfolgenden Missionen vor Ort. In den jeweiligen Interviews kommen haitianische Intellektuelle und Aktivist:innen ausführlich zu Wort, aber auch solidarische Wissenschaftler aus dem Ausland, die sich kritisch mit der fortwährenden Einflussnahme des „Westens“ auseinandersetzen.

Der Wechsel zwischen Analyse, Kommentar und Interview wirkt auflockernd. Bemängeln ließe sich die eher akademische Auswahl der Interviewten. Die „Stimme der Straße“ kommt auch in diesem Buch nicht vor. Insgesamt gelingt es jedoch, die in der medialen Berichterstattung oft grell geschilderte Gegenwart des Inselstaates in einen verständlichen Kontext zu setzen.

Jürgen Kreuzroither

THEODOR KRAMER-PREIS AN ERICH HACKL

Erich Hackl, Freund, kritischer Wegbegleiter und auch fallweise Autor in *Lateinamerika anders*, wurde am 11. September 2020 mit dem 20. Theodor Kramer-Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Geburtsort Kramers, in Niederhollabrunn, einer kleinen Gemeinde im Weinviertel nördlich von Wien, statt. Der Namensgeber, geboren 1897, verbrachte seine Kindheit als Sohn des jüdischen Gemeindefarztes in dieser sanften Hügellandschaft, die ebenso wie die kleinen Leute aus Dorf und Vorstadt Thema seiner Lyrik waren. 1938 mit Berufsverbot belegt, be-

warb er sich u.a. um eine Stelle als Bibliothekar in der Dominikanischen Republik und konnte schließlich 1939 nach Großbritannien ausreisen. Erst 1957 kehrte er nach langem Zögern wieder nach Wien zurück, wo er im Jahr darauf stirbt.

Die 1984 gegründete Theodor Kramer-Gesellschaft machte es sich zur Aufgabe, den durch Exil und lange Abwesenheit oft nur mehr wenigen bekannten Lyriker vor dem Vergessen zu bewahren und seine Tradition des Widerständigen zu erhalten. Die Zugänge zu dieser Tradition – so die Preisbegründung – eröffnet Hackl mit seinen Erzählungen. *B. Ghafouri-Schmidt*

